Heft 110 / 2021

GEGEN VERGESSEN FÜR DEMOKRATIE

Schwerpunktthema:

Polizei und Demokratie

weitere Themen:
- **Strategien und Theorien der Neuen Rechten**
- **Online-Diskussion mit Ibrahim Arslan**

Informationen zur politischen Bildungsarbeit

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.,

das bundesweite „Netzwerk demokratische Polizei“ hat im September in Hannover einen großen Kongress veranstaltet, an dem ich gemeinsam mit Michael Parak, dem Geschäftsführer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., teilnehmen konnte. Es wurde darüber diskutiert, wie das demokratische Selbstverständnis und die Widerstandskraft gegen demokratiefeindliche Phänomene innerhalb der Polizei gestärkt werden können. Dabei hat mich beeindruckt, dass die Organisatoren aus der Polizei Niedersachsen zu dieser Tagung auch zahlreiche Kritikerinnen und Kritiker der Polizeipraxis eingeladen hatten.

Das Vertrauen in die Polizei in Deutschland ist in der Bevölkerung nach wie vor sehr groß, und dieses Vertrauen erarbeiten sich die Polizistinnen und Polizisten jeden Tag neu in ihren Einsätzen. Es ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, dass auch Handlungsbedarf besteht. In den vergangenen Wochen und Monaten haben wir immer wieder erlebt, dass rechtspopulistische oder gar -extremistische Kräfte auch in Sicherheitsorganen auf Resonanz stoßen. Und in diesen Tagen befassen sich zahlreiche Medienberichte mit dem zehnten Jahrestag der Selbstenttarnung der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) im November 2011. Bis heute bleiben viele Fragen zu den NSU-Morden und ihrer mangelhaften Aufklärung offen. Ein Befund, der nachdenklich macht.

Das Netzwerk demokratische Polizei will Teil der Lösung sein und geht mit diesem Ansinnen auch auf die Zivilgesellschaft zu. So hat die Polizei Niedersachsen schon 2019 gemeinsam mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ein Projekt für die Ausbildung sogenannter Strategiepatinnen und -paten gestartet, die künftig direkt in den niedersächsischen Polizeidirektionen wirken werden. Dieses Projekt nehmen wir zum Anlass, das Thema „Polizei und Demokratie“ im vorliegenden Heft in unterschiedlichen Facetten und aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten.

In vielen der Artikel wird deutlich: Für Polizei wie Zivilgesellschaft ist es wichtig, miteinander in den Dialog zu treten. In diesem Zusammenhang freue ich mich außerordentlich, dass wir in diesen Tagen unseren Vereinspreis an den Kommunikationspsychologen Friedemann Schulz von Thun und den Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen verleihen können. Die beiden Preisträger liefern uns viele Erkenntnisse darüber, wie wir auch in gesellschaftlich schwierigen Zeiten konstruktiv miteinander im Gespräch bleiben können.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Andreas Voßkuhle

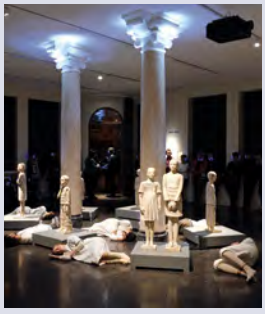
PS: Für die Illustration der Beiträge hat uns die Polizeiakademie Niedersachsen Zeichnungen aus sogenannten Graphic Recordings zur Verfügung gestellt, die während des Kongresses erstellt wurden. Dafür danken wir herzlich.

Den Waltraud-Netzer-Jugendpreis erhalten in diesem Jahr Jugendliche aus dem Heilbronner Projekt „Der Tugendvogel“. Mit dem Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ werden die Wissenschaftler Prof. Dr. Dr. h.c. Friedemann Schulz von Thun und Prof. Dr. Bernhard Pörksen ausgezeichnet.

IMPRESSUM
Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, *info@gegen-vergessen.de*, *www.gegen-vergessen.de*
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn · IBAN DE45 3705 0198 0008 5517 07 · BIC COLSDE33XXX

Titelfoto: Sabina Ide. Auf dem Bild sind Mitwirkende des Osnabrücker Polizeiscout-Projektes zu sehen (siehe Seite 18)

Redaktion: Liane Czeremin, Dr. Dennis Riffel, Theresa Ostertag, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Lektorat: Ines Eifler, Görlitz
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH
Die Zeitschrift wird klimaneutral auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.
Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Redaktion oder des Vereins dar.
Die Redaktion überlässt die Entscheidung über eine Verwendung gendergerechter Sprache den Autorinnen und Autoren.
ISSN 2364-0251



Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

SCHWERPUNKTTHEMA

Die Rolle der Polizei beim Schutz unserer Demokratie 4
Polizeischutz für die Demokratie 7
Interview: „Wir sollten ein positives Spiegelbild der Gesellschaft sein“ 9
Fakten und Forderungen zu den Themen Rassismus und Vielfalt in der Polizei 12
Interview: „Die Hürden sich zu beschweren, sind sehr hoch“ 14
Interview: „Die Vernünftigen müssen gestärkt werden“ 16
Mit Pumps und Gummistiefeln – Sabina Ide ist Dialogbeauftragte der Osnabrücker Polizei 19

BLOG MIGRATIONS-GESCHICHTEN.DE

60 Jahre Anwerbeabkommen – 60 Jahre türkeistämmiges Leben in Deutschland 20

ANALYSE UND MEINUNG

Zur Zusammenarbeit von Polizei und Zivilgesellschaft 21
Alter Wein in noch älteren Schläuchen 23

AUS UNSERER ARBEIT

Macht euch ein Bild vom Widerstand! 25
Jugendbotschafter*innen diskutieren mit Ibrahim Arslan 26
RAG Südhessen: Jüdische Anwälte im Darmstadt der NS-Zeit 28
RAG Mittelrhein: Fortsetzung des Versöhnungsprozesses in Maillé 30
RAG Nordhessen-Südniedersachsen: Eine Mauer, die kommunizieren will 32
RAG Münsterland: Gedenken an den Brandanschlag 1991 in Hünxe 35
RAG Hannover: Topografie der Verfolgung: Das digitale Projekt „Zukunft heißt Erinnern“ 36
LAG Baden-Württemberg: „Kunst belebt Erinnerung“ 38

NAMEN UND NACHRICHTEN

Sinti und Roma: Neue Broschüre über deportierte Kinder aus Ettlingen 41

REZENSIONEN

Ernst-Jürgen Walberg bespricht – eine Sammelrezension: 42
Eine Seuche in der Stadt. Szenario.
Kann das wirklich weg? 57 Interventionen für die Kultur.
Der Wert der Geschichte. Zehn Lektionen für die Gegenwart.
Freya Klier: Unter mysteriösen Umständen. Die politischen Morde der Staatssicherheit. 46

IMPRESSUM 2
VORSTAND UND BEIRAT 47

Andreas Voßkuhle

Die Rolle der Polizei beim Schutz unserer Demokratie

„Wenn es morgens um sechs Uhr an meiner Tür läutet und ich kann sicher sein, dass es der Milchmann ist, dann weiß ich, dass ich in einer Demokratie lebe."

Dieses Zitat von Winston Churchill macht deutlich, welch unterschiedliche Rollen der Polizei in einer Diktatur und in einer Demokratie zukommen: In Diktaturen droht den Menschen Gefahr durch die Polizei, in Demokratien schützt die Polizei die Bürgerinnen und Bürger. Polizisten, die im Auslandseinsatz waren, können hierzu vieles berichten.

In der Bundesrepublik Deutschland schützt die Polizei die Demokratie – sowohl als politisches System wie auch in der konkreten Lebenswelt der Menschen. Wir leben in der glücklichen Situation, dass Demokratie und Grundrechte in unserer Verfassung festgeschrieben sind. Demokratie und Rechtsstaat gehören zusammen; die Gültigkeit von Menschen- und Bürgerrechten entzieht sich einfachen Mehrheitsentscheidungen.

In der aktuellen Situation bleibt die liberale Demokratie jedoch nicht mehr unangefochten, bislang für selbstverständlich Gehaltenes ist nicht mehr selbstverständlich. Unterschiedliche Krisensymptome – Erfolge populistischer Parteien, Angriffe auf den Rechtsstaat, Tendenzen zum Autoritären – führen uns ins Bewusstsein, dass Demokratie kein Naturgesetz ist. So schön es wäre: Es gibt keine Gewähr für positive lineare Entwicklungen in der Geschichte.

Foto: © Polizeiakademie Niedersachsen

Andreas Voßkuhle während der Keynote-Speech zum Kongress des Netzwerkes demokratische Polizei in Hannover.

Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, die Demokratie zu schützen, zu gestalten und weiterzuentwickeln. Je besser uns dies gelingt, desto enger werden die Räume für jene, die der Demokratie und den Grundrechten feindlich gegenüberstehen. Hierbei kommt der Polizei als Institution wie auch allen dort Beschäftigten eine zentrale Rolle zu.

Drei Themenfelder möchte ich vor diesem Hintergrund schlaglichtartig beleuchten:

1) die Bedeutung der Institutionen für das Funktionieren einer Demokratie,
2) den Schutz und die Stärkung des Vertrauens in die Polizei und
3) den Einfluss von Alltagserfahrungen der Beamtinnen und Beamten auf deren Einschätzung politischer Zusammenhänge.

1. Die Bedeutung der Institutionen für das Funktionieren einer Demokratie

Der Pädagoge Gerhard Himmelmann hebt hervor, dass die Demokratie als Herrschafts- und Gesellschaftsform, aber auch als Lebensform betrachtet werden muss.

Herrschaftsform meint vor allem, was wir als politisches System kennen. Ein auf Volkssouveränität und Grundrechten basierendes System, das einerseits Menschenrechte sichern und andererseits Willkür und Machtmissbrauch verhindern will.

Als *Gesellschaftsform* zeichnet sich Demokratie unter anderem durch Pluralismus, Solidarität, Offenheit und Öffentlichkeit aus.

Als *Lebensform* durchdringt Demokratie weite Teile der Lebensführung in zwischenmenschlichen Verhaltensweisen und Interaktionen, im privaten wie im beruflichen Kontext.

Diese drei Formen der Demokratie beziehen sich aufeinander und bedingen einander. Eine lebendige Demokratie, in der Bürgerinnen und Bürger zufrieden sind, ist somit mehr als die bloße Existenz bestimmter Institutionen und (Wahl-) Rechte.

Nach dem Grundgesetz gibt es auch nicht „die eine Demokratie". Demokratie lässt sich unterschiedlich organisieren, wie etwa ein Vergleich der Bundesrepublik mit der Schweiz zeigt. Auf die Einhaltung bestimmter Minimalbedingungen kann der

demokratische Verfassungsstaat aber nicht verzichten. Dazu gehören etwa die Gewährleistung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Volkssouveränität und Minderheitenschutz. Wer diese Grundsätze infrage stellt, wendet sich gegen die Demokratie.

Dabei kann und muss ein freiheitliches System sich gegen seine Feinde zur Wehr setzen. Einer wehrhaften Demokratie stehen verschiedene Instrumente zur Verfügung, wie zum Beispiel das Verbot von Vereinigungen oder von Parteien, die gegen die Verfassung kämpfen. Unter anderem entscheidet das Bundesverfassungsgericht, ob für diejenigen, die der Demokratie und dem Rechtsstaat aktiv entgegentreten, Einschränkungen bei Grundrechten zulässig und zum Schutz der Demokratie auch notwendig sind.

Stärker im alltäglichen Leben verankert sind die Aufgaben, die die Polizei zum Schutz von Demokratie und Rechtsstaat wahrnimmt. Sie ahndet Verbrechen, die das Recht auf körperliche Unversehrtheit infrage stellen. Die Polizei muss aber auch dafür sorgen, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit gelebt werden können.

Unsere Demokratie ist darauf angewiesen, dass die Institutionen, die mit der Gefahrenabwehr und dem Schutz der Grundrechte beauftragt sind, gute Arbeit leisten. Hinzu kommt, dass die Institution Polizei ein wesentliches Element der Demokratie als Herrschaftsform ist. Deshalb sind die hier Beschäftigten in besonderer Weise verpflichtet, sich aktiv für den demokratischen Staat einzusetzen.

2. Das Vertrauen in die Polizei schützen und stärken

Ein wichtiger Gradmesser für die Akzeptanz des politischen Systems ist das Institutionenvertrauen. Haben die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in die Institutionen, unterstützen sie im Allgemeinen die bestehende gesellschaftliche Ordnung. Ein gesunkenes Vertrauen in die Demokratie und ihre politischen Institutionen ist ein Warnsignal für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein Angriffspunkt für Populisten. Aktuell zeigen sich hier deutliche Unterschiede zwischen repräsentativen und regulativen Institutionen. Das Vertrauen der

Zeichnung zum Vortrag Andreas Voßkuhles auf dem „Kongress Netzwerk demokratische Polizei".

Bevölkerung in Regierungen, Parlamente und Parteien ist geringer ausgeprägt als das in Polizei und Gerichte. Letztere werden stärker als neutrale, zuverlässige Akteure wahrgenommen. In gewisser Weise ist dieses Ergebnis von Meinungsumfragen paradox, bedeutet es doch, dass die Bevölkerung jenen Institutionen weniger vertraut, die sie selbst wählen können. Dagegen vertraut sie jenen Institutionen mehr, deren personelle Zusammenstellung sie nicht selbst bestimmen können.

Unter den Institutionen, die breites Vertrauen in der Bevölkerung genießen, ragt die Polizei heraus. Eine breit angelegte repräsentative Studie im März 2017 ergab, dass 69,9 Prozent der Befragten großes oder sehr großes Vertrauen in die Institution Polizei haben. 22,1 Prozent vertrauen ihr teils, teils. Nur 8,0 Prozent der Bevölkerung haben geringes oder überhaupt kein Vertrauen. Diese grundsätzliche Bewertung besteht auch unter aktuellen Bedingungen fort: Eine von Infratest dimap durchgeführte Umfrage kam im Oktober 2020 auf Vertrauenswerte von 84 Prozent für die Polizei.

Dieser ausgesprochen positive Befund zeigt, dass das Gewaltmonopol des Staates als eine wichtige Errungenschaft der Neuzeit von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nicht nur prinzipiell befürwortet wird. Auch die tatsächliche Ausübung des Gewaltmonopols durch die Polizei wird nicht infrage gestellt. Es wäre hingegen eine reelle Bedrohung für unsere Demokratie, wenn größere Gruppen den Staat und seine Institutionen nicht mehr als legitim betrachten und mit Verweis auf ein „Recht auf Notwehr" eigene Gewalt zu legitimieren versuchen würden.

Institutionenvertrauen ist jedoch kein Selbstläufer. Das Vertrauen muss stets aufs Neue erarbeitet werden. Dazu gehört auch eine strukturelle Verantwortung der betreffenden Institution. Dies hebt der sogenannte NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags hervor. Dort heißt es: „Alle Organisationen und Institutionen müssen damit rechnen, dass immer wieder von Einzelnen Fehler gemacht werden – und sie müssen Vorsorge dafür treffen, dass solche Fehler erkannt und korrigiert werden können. Hier haben Be- »

Foto: © Polizeiakademie Niedersachsen

Auf Abstand – der Kongress des Netzwerkes demokratische Polizei unter Corona-Bedingungen.

» hördenleitung und Fachaufsicht besondere Verantwortung."

Das Ziel muss sein, bei allen Bevölkerungsgruppen als vertrauenswürdig zu gelten: systematische und strukturelle Unterschiede gilt es abzubauen. Bislang gibt es zum Beispiel kaum systematische Studien zu Rassismus und Diskriminierung durch Polizeibeamte. Demnach ist es zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, eine verlässliche oder gar quantitative Aussage darüber zu treffen, wie groß dieses Problem innerhalb der Polizei ist. (siehe dazu Seite 12)

Für die Polizei gelten besonders hohe Maßstäbe. Richtigerweise fordert der Politikwissenschaftler Hermann Groß: „Polizeien sollen eben kein ‚Spiegelbild der Gesellschaft' sein, wie es bei polizeilichem Fehlverhalten als entschuldigende Floskel oft heißt, sondern eine Positivauswahl an Personen, die im Dienste von Bürgern und Staat agieren."

3. Die Auswirkung von Alltagserfahrungen der Beamtinnen und Beamten im Dienst auf deren Einschätzung politischer Zusammenhänge

Der Diensteid zum Polizeiberuf beinhaltet das klare Bekenntnis zum demokratischen Verfassungsstaat: „Ich schwöre, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Niedersächsische Verfassung und die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze zu wahren und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe."

Zunächst hat die Institution Polizei dafür Sorge zu tragen, dass Menschen, die der freiheitlich-demokratischen Grundordnung entgegentreten, nicht in den Polizeidienst gelangen beziehungsweise aus diesem entfernt werden. Darüber hinaus gilt es jedoch, darauf hinzuwirken, dass das zum Diensteintritt abgelegte Bekenntnis auch in der Praxis das Berufsleben der Polizistinnen und Polizisten prägt.

Das ist ein hoher Anspruch, der zahlreichen Herausforderungen im Berufsalltag – und manchmal daraus resultierender Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im konkreten Fall – standhalten muss. Polizistinnen und Polizisten arbeiten in gesellschaftlich sehr sensiblen Bereichen. Die Erfahrungen, die sie dort machen, unterscheiden sich von Erfahrungen, die Menschen in anderen Berufen machen. Drei Herausforderungen gilt es besonders im Blick zu haben:
Generalisierungen: Die Aufgabe der Polizei ist es, sich mit den Schattenseiten der Gesellschaft auseinanderzusetzen: mit Menschen, die kriminell werden. Der Berufsalltag besteht eben nicht aus der Begegnung mit allen Bereichen des vielfältigen gesellschaftlichen Lebens, sondern mit speziellen Problemfeldern. Dies kann dazu führen, wie zum Beispiel der Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke feststellt, dass Erfahrungen, die mit einzelnen Menschen gemacht werden, generalisiert und auf ganze Gruppen übertragen werden.

Gewalterfahrungen: Polizistinnen und Polizisten sind in ihrer Berufsausübung von Gewalt betroffen. Ein Lagebild des BKA aus dem Jahr 2018 ergibt eine Summe von knapp 80.000 Beamten mit Gewalterfahrungen. Polizistinnen und Polizisten befinden sich oftmals in einer Zwickmühle. Einer ihrer Aufträge ist es, die Versammlungs- und Meinungsfreiheit zu verteidigen. Dabei sehen sie sich aber selbst oft körperlichen Angriffen ausgesetzt. Diese konkreten körperlichen Bedrohungen und Erfahrungen können auch Auswirkungen auf die eigenen Einstellungen und das polizeiliche Handeln haben.

Vergeblichkeitserfahrungen: Besonders schwierig kann es für Polizistinnen und Polizisten werden, wenn es ihrem Empfinden nach zu Diskrepanzen zwischen den einzuhaltenden Gesetzen und der Praxis kommt: zum Beispiel wenn Menschen, die sie einer Tat überführt haben, von Gerichten nicht verurteilt werden. Die Gründe dafür mögen unterschiedlich sein, doch aus solchen Beobachtungen kann für Polizistinnen und Polizisten der Eindruck entstehen, dass sie nicht mehr „in einer Linie" mit anderen Staatsorganen wie Gerichten oder Verwaltungen stehen.

Generalisierungen, Gewalt- und Vergeblichkeitserfahrungen sind Beispiele für berufliche Erlebnisse, die auch Auswirkungen auf die Einstellungen zu einzelnen Gruppen und zum demokratischen Rechtsstaat haben können. In der Mikroebene kann sich eine (gefühlte) Diskrepanz zwischen dem direkt Erlebten und dem politischen System auftun.

In jedem Beruf ist es verhängnisvoll, wenn Beschäftigte das Gefühl haben, dass ihre Bedürfnisse nicht hinreichend gesehen werden. Für die Polizei ist es besonders gefährlich, wenn die eigene Unzufriedenheit mit der Demokratie und dem Rechtsstaat insgesamt verbunden wird.

Diese Schwierigkeiten sind der Polizei natürlich bekannt und werden auch an verschiedenen Stellen bearbeitet. Die Polizei Niedersachsen hat das Thema Demokratie zum Beispiel strukturell auf die Tagesordnung gesetzt. Einer der Leitsätze der Strategie 2027 lautet: „Wir bewahren unser freiheitlich-demokratisches Selbstverständnis und stärken unsere Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Erscheinungen." Ein Teil dieser Strategie ist das Projekt „Polizeischutz für die Demokratie", das von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. mit Weiterbildungsangeboten flankiert wird. Mit diesem Projekt wird direkt auf der Ebene der Polizeiinspektionen angesetzt.

Dies ist auch gut so, denn Demokratie muss vor Ort gestaltet, gelebt und weiterentwickelt werden. Jeden Tag aufs Neue! ■

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle ist Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Der Text basiert auf Auszügen seiner Rede auf dem Kongress des Netzwerkes Demokratische Polizei am 9. September 2021 in Hannover.

Michael Parak, Martin Ziegenhagen

Polizeischutz für die Demokratie

Über das Projekt zur Qualifizierung von Strategiepatinnen und -paten in der Polizei Niedersachsen

Die Polizei Niedersachsen hat im November 2019 die Initiative „Polizeischutz für die Demokratie" gestartet. Diese Initiative soll dazu beitragen, das freiheitlich-demokratische Selbstverständnis und die Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Erscheinungen in der Polizei zu stärken. Diese beiden Aufgaben wurden in der „Strategie 2027" der Polizei Niedersachsen sogar explizit als Strategieziel ausgewiesen – ein einzigartiger Ansatz in Deutschland.

Das Projekt will ausdrücklich mehr sein als eine Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in den eigenen Reihen. Es geht darum, das Bekenntnis, das die Polizeianwärter bei ihrem Diensteid gegeben haben, während des gesamten Berufslebens zu vergegenwärtigen. Reflektieren Demokratinnen und Demokraten das eigene Handeln und sind sich der eigenen Stärken und Schwächen bewusst, kann besser mit jenen umgegangen werden, die feindlich gegenüber den Werten der Verfassung eingestellt sind.

Die Besonderheit ist, dass die Polizei proaktiv auf eine zivilgesellschaftliche Organisation, den Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., zugegangen ist, um ein Konzept für eine entsprechende Weiterbildung zu entwickeln und dieses dann auch gemeinsam umzusetzen. Die Zusammenarbeit bezieht eine zivilgesellschaftliche Organisation genau in dem Sinne ein, wie es der Untersuchungsausschuss zur mangelhaften Aufklärung der NSU-Morde in seinem Abschlussbericht vorgeschlagen hat: Es geht um Reflexion der eigenen Arbeit, Expertenwissen und Perspektiverweiterung.

Die Entwicklung des Konzepts wurde von der Polizeiakademie Niedersachsen gemeinsam mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und dem Landespräventionsrat Niedersachsen in Angriff genommen. Letzterer ist daran interessiert, dass die Ergebnisse der Zusammenarbeit später auch auf andere staatliche Organisationen übertragen werden können.

Idee und Konzept

In der gemeinsamen Konzeptentwicklung standen Strukturüberlegungen im Fokus. Entschieden wurde, polizeiinterne „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie" zu qualifizieren, damit diese künftig innerhalb der Polizei das vorhandene Demokratiebewusstsein stärken. Sie sollten in der Organisation selbst verankert sein, weil sie ihre Kenntnisse und Fähigkeiten so wirksamer und langfristiger einbringen können, als wenn es nur einen gewöhnlichen inhaltlichen Input von außen gibt. Dennoch ist eine Zusammenarbeit mit Trägern und Experten außerhalb der Organisation vorgesehen, um die Qualität durch entsprechende Impulse zu sichern und weiterentwickeln zu können.

Für die Polizei Niedersachsen lag es nahe, die Ansprechpersonen als „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie" zu bezeichnen, weil damit der sprachliche Bezug zur „Strategie 2027" hergestellt wird. Mit der Rolle als Patin oder Pate wird zudem eine Prozess(mit)verantwortlichkeit akzentuiert.

Für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hat sich die Polizeiakademie als Kooperationspartner entschieden, weil der Verein den Verantwortlichen bereits seit Längerem gut bekannt war. Schon als die Polizeiakademie in den Jahren 2011 und 2012 die bundesweite Ausstellung „Polizei im NS-Staat" zeigen und um einen Bezug zu Niedersachsen erweitern wollte, hatte sich ein Kontakt zur Regionalen Arbeitsgruppe Hannover von »

Gruppenfoto mit Teilnehmenden und Mit-Organisatoren des Projektes.

Foto: © Akademie Niedersachsen

» Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sowie ihren Sprechern Wilfried Wiedemann und Albrecht Pohle ergeben. Der Direktor der Polizeiakademie Carsten Rose erinnert sich, dass sich auch anschließend in Gesprächen immer wieder Berührungspunkte zeigten. Carsten Rose: „Wir haben festgestellt, dass der Verein für uns ein wertvoller Partner ist. Und so ist die Kooperation für die Qualifikation entstanden."

Herausforderungen

Für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. war die Idee nicht neu, feste Ansprechpersonen zu qualifizieren, die dann in ihren jeweiligen Strukturen langfristig und bei Bedarf zum Einsatz kommen. So war der Verein im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe" bereits mit der Ausbildung sogenannter „Demokratietrainer" in den ostdeutschen Landessportbünden beschäftigt. Und das Bundesministerium für Familie, Soziales, Frauen und Jugend unterstützt inzwischen mehr als 300 „Partnerschaften für Demokratie" in Landkreisen und Kommunen. Auch hier ist Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. bei der Qualifizierung des Personals beteiligt.

Neu war es hingegen, sich auf die Logiken einzulassen, die die Arbeitsweisen der Polizei bestimmen. Denn diese unterscheiden sich in den Methoden und Herangehensweisen von dem Vorgehen, das die Geschäftsstelle in der politischen Bildung bislang gewohnt war. Es gab zwar vorher schon punktuelle Kontakte und Austausch mit der Polizei, dennoch fand sich die Geschäftsstelle des Vereins in einer Pioniersituation, für diese Zielgruppe in einem Projekt eine passende Ansprache zu entwickeln.

Für beide Seiten galt es, sich aneinander heranzutasten. Dazu gehören auch unterschiedliche Akzentuierungen von Weiterbildungen. Im Ergebnis entstand ein Konzept, dass sehr dialogisch und ergebnisoffen angelegt ist. Die Schärfung des demokratischen Selbstverständnisses soll auf der Ebene einzelner Polizeidienststellen prozessartig und zugeschnitten auf die Situation vor Ort erfolgen.

Ziele und Umsetzung

In Zusammenarbeit mit der Polizeiakademie Niedersachsen und dem Landespräventionsrat wurden in dem Konzept vorab vier Ziele definiert, die im Rahmen der Qualifikation erreicht werden sollen. Dabei geht es neben der Stärkung der demokratischen Haltung und des Selbstverständnisses auch darum, notwendiges Fachwissen zu vermitteln und den Strategiepatinnen und Strategiepaten das nötige Rüstzeug zu geben, damit sie in ihrer Situation vor Ort handlungsfähig sind und Projekte starten können. Aber es geht auch darum herauszufinden, wie Kontakte zur Zivilgesellschaft am besten hergestellt oder intensiviert werden können.

An diesen Leitzielen orientieren sich die vier Module der Fortbildung:

- Im ersten Modul werden das eigene Rollenverständnis und das Demokratieverständnis reflektiert. Dabei werden auch Bezüge zur Polizeigeschichte herangezogen und die Situation in anderen Staaten berücksichtigt. Im schon durchgeführten ersten Ausbildungsdurchgang hat beispielsweise eine Polizistin von ihren Erfahrungen aus Auslandseinsätzen berichtet und veranschaulicht, wie sich die Organisation der Polizei in einer stabilen Demokratie von der in autokratischen oder in konfliktreichen, fragilen Gesellschaften unterscheidet.

- Im zweiten Modul werden Fachwissen zu Rechtspopulismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vermittelt und auch die Sprechfähigkeit dagegen trainiert. Dabei kommen unter anderem Elemente des Kommunikationstrainings von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zum Einsatz.

- Im dritten Modul steht die Sensibilisierung für Diskriminierung und Rassismus im Vordergrund. Dabei geht es auch um das Reflektieren von (eigenen) Vorurteilen. Mit Bezug zur konkreten Situation vor Ort wird dann die Frage gestellt: Was wollen wir verhindern und wie können präventive Maßnahmen dabei wirken?

- Im vierten Modul werden schließlich Grundlagen von Projektarbeit zusammengestellt, organisatorische Fragen behandelt und wiederum ein Blick auf die Lage vor Ort gerichtet: Welche Akteure gibt es dort und mit welchen könnte man sich vernetzen? Beispielhaft hat hierfür im ersten Ausbildungsdurchgang die Zuständige für die "Partnerschaft für Demokratie" vom federführenden Amt der Stadt Cuxhaven, Gabriele Hoffmann, aus ihrer Arbeit berichtet.

In Cuxhaven arbeitet die Partnerschaft für Demokratie schon lange mit der Polizei zusammen. Gabriele Hoffmann findet es wichtig, dass sich die Polizei vor Ort vernetzt. Sie sagt: „Es ist etwas anderes, ob du von den Polizistinnen und Polizisten vor Ort nur die Uniform kennst, oder auch das Gesicht. Und für die Polizeiarbeit ist es wichtig, gute Kontakte zu den örtlichen Schlüsselpersonen aufzubauen." Zudem verändere sich auch die Sichtweise der Bürgerinnen und Bürger auf den Staat, wenn sie merken, dass die Polizei vor Ort auch präventiv Gesicht zeigt. Gabriele Hoffmann: „Dann wird der Staat nicht mehr so schnell als monolithischer Block gesehen, dem man für alle Missstände pauschal die Schuld geben kann."

Inzwischen gibt es 40 fertig ausgebildete Strategiepatinnen und -paten, die vor Ort damit begonnen haben, das ambitionierte Vorhaben mit Leben zu füllen. Bis Mitte 2022 sollen niedersachsenweit noch weitere 40 Ansprechpersonen folgen. Damit wird es in Kürze in allen größeren Organisationseinheiten wie den Polizeiinspektionen speziell-qualifizierte Kolleginnen und Kollegen geben, die rund um das Thema Demokratie ansprechbar sind.

Wie sich das Tätigkeitsgebiet der „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie" auf lange Sicht hin entwickeln wird, hängt von den Schwerpunkten vor Ort ab: Die Vermittlung von Weiterbildungsangeboten, gemeinsame Projekte mit der Zivilgesellschaft, immer ein offenes Ohr für Fragen von Kolleginnen und Kollegen, fachliche Beratung bei Problemfällen – vieles ist möglich. Die „Strategiepatinnen und Strategiepaten für Demokratie" können sich hier nach den Umständen und dem Bedarf in den Dienststellen richten, aber auch nach persönlichen Schwerpunkten. Auf eine zentrale Steuerung soll bewusst verzichtet werden. Denn Demokratie muss vor Ort gestaltet, gelebt und weiterentwickelt werden. ■

Dr. Michael Parak ist Historiker und Geschäftsführer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., **Martin Ziegenhagen** Erziehungswissenschaftler und Leiter des Fachbereichs Extremismusprävention in der Geschäftsstelle.

Interview

„Wir sollten ein positives Spiegelbild der Gesellschaft sein“

Das „Netzwerk demokratische Polizei“ hat im September in Hannover einen Kongress veranstaltet, auf dem es unter anderem um das Projekt „Polizeischutz für die Demokratie“ ging, an dem Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. mit der Ausbildung von Strategiepatinnen und -paten beteiligt ist. Aber auch polizeikritische Stimmen und Studien wurden während der Tagung diskutiert. Wir sprachen mit dem Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen Carsten Rose über Herausforderungen, die sich der Polizei in der aktuellen Situation stellen, und über das gemeinsame Projekt.

Wir beobachten seit Jahren eine polarisierte gesellschaftliche Debatte, die sich weiter zuspitzt. Bekommen Sie solche gesellschaftlichen Veränderungen in der Polizeiakademie auch zu spüren? Und was bedeuten diese Entwicklungen für die Polizei generell?

Carsten Rose: Als Polizei insgesamt bekommen wir das unmittelbar und hautnah mit. Wir treten täglich mit Menschen in Kontakt, und zwar auch dort, wo die Bruchkanten der Gesellschaft zu finden sind, also an Stellen, an denen Probleme entstehen. Der verschärfte Ton in der Gesellschaft und polarisierende Aussagen haben unmittelbare Folgen für uns. Das merken wir auch in der Polizeiakademie. Wir qualifizieren nicht nur Nachwuchspolizistinnen und -polizisten, die bei uns einen Bachelor-Studiengang absolvieren und anschließend als Kommissarinnen und Kommissare arbeiten. Wir sind auch für die lebenslange Fortbildung der schon im Dienst befindlichen Kolleginnen und Kollegen zuständig, und die spiegeln uns diese Entwicklungen ebenfalls.

Welche Herausforderungen bestehen konkret?

Wir müssen einen stärkeren Fokus auf diese Thematik legen. Hierfür müssen wir uns auf die originäre Aufgabe der Polizei in einem demokratischen Staat zurückbesinnen. Als klassisches Exekutivorgan sind wir nicht dafür zuständig zu entscheiden, was gut oder schlecht ist. Wir sind dafür zuständig, die Werte unserer Verfassung zu schützen und dafür einzutreten, dass die Sicherheit und die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet bleiben.

Foto: privat

Carsten Rose

Wenn der Tonfall schärfer wird und die Debatten „intensiver“, sind die besten Führungs- und Einsatzmittel der Polizei nicht die, die wir an den Gürteln tragen, sondern das gesprochene Wort, die professionelle Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern. Das bedeutet für uns, dass wir uns sprechfähig halten müssen. Wir brauchen eine professionelle Höflichkeit und wir müssen uns thematisch aktuell halten. Gerade bei schwierigen Einsätzen wie bei sogenannten Lager-Demonstrationen müssen wir unsere Aufgaben in einem demokratischen Rechtsstaat für uns klar herausstellen und in der Nachbereitung gegebenenfalls auch kritisch reflektieren.

Der AfD-Politiker Björn Höcke ruft in seinem Buch dazu auf, dass Rechtspopulisten versuchen sollten, „frustrierte Teile des Staats- und Sicherheitsapparates“ für sich zu gewinnen. Birgt dieser Versuch eine reale Gefahr?

Die Gefahr ist in der Tat da. Während „Linke“ dem Staat oft insgesamt kritisch gegenüberstehen, sind „Rechte“ traditionell bestrebt, staatliche Institutionen auf die eigene Seite zu ziehen und für ihre Sache zu instrumentalisieren. Denn sie wollen tendenziell die Macht der Staatsgewalt nutzen. Dies merkt man auch bei Demonstrationen, bei denen es zu gewalttätigen Gegendemonstrationen kommt. Hier versucht die rechtspopulistische Seite mitunter, Polizeikräfte für sich zu vereinnahmen.

Deshalb ist es wichtig, dass die Polizistinnen und Polizisten ihre Rolle reflektieren. Das funktioniert über Bildung, über die Arbeit an der eigenen Haltung, über ein ausgeprägtes Rechtsbewusstsein und über ein differenziertes Verhältnis zur Anwendung von Gewalt.

Dabei können wir auf das Wertvollste bauen, das man als Institution mit Gewaltmonopol in einem demokratischen Rechtsstaat überhaupt bekommen kann: das Vertrauen der Bevölkerung. Nur dem Bundesverfassungsgericht werden noch höhere Vertrauenswerte entgegengebracht als der Polizei. Aus diesem Vertrauen heraus ergibt sich eine Verantwortung, die wir Polizistinnen und Polizisten jeden Tag aufs Neue beweisen müssen. Viel im Kleinen, aber auch im Großen. Wenn wir als Akademie die Kolle- »

» ginnen und Kollegen gegen rechtspopulistische Parolen sprechfähig machen, sind wir auf dem richtigen Weg.

Wo wollen Sie mit dem Programm „Polizeischutz für die Demokratie" ansetzen, das wir als Verein mit Weiterbildungen begleiten?

Wir haben als Polizei Niedersachsen – das ist meines Wissens einmalig in Deutschland – ein Strategieziel für die nächsten sieben Jahre festgelegt, als Auftrag für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: „Wir bewahren unser freiheitlich-demokratisches Selbstverständnis und stärken unsere Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Erscheinungen." Unsere Aufgabe besteht darin, dieses Ziel mit Leben zu füllen. Dafür arbeiten wir bewusst mit der Zivilgesellschaft zusammen, um uns Know-how von außen einzuholen. Es soll ein flächendeckendes Netz von demokratiestärkenden Strategiepatinnen und -paten vor Ort in den Dienststellen entstehen. Nicht auf der Ebene herausgehobener Führungskräfte, sondern ganz nah dran an den Polizeibeschäftigten. Dafür qualifizieren wir vor allem Kolleginnen und Kollegen aus der Personalvertretung und der ersten Führungsebene.

Was erhoffen Sie sich von diesen neu ausgebildeten Strategiepatinnen und -paten für Demokratie vor Ort?

Sie sind diejenigen, die vor Ort wissen, mit welchen Schritten die Strategie umgesetzt werden kann. Das kann ganz unterschiedlich laufen, etwa über Bildungsangebote, Diskussionsrunden oder Exkursionen. Wir reglementieren das bewusst nicht. Es geht darum, einen offenen Blick für die Breite der Gesellschaft zu formen.

Die Strategiepaten aus unserer Akademie in Nienburg haben zum Beispiel eine Patenschaft für sechs Stolpersteine von jüdischen Bürgern initiiert, die aus Nienburg deportiert wurden. Zudem gehen wir zu Orten der Demokratie, wir fahren in Parlamente, sprechen mit Abgeordneten darüber, wie Demokratie funktioniert.

Und wir haben eine Kooperation mit der Gedenkstätte Esterwegen im Emsland. Das Konzentrationslager dort stand früher zeitweise unter der Verantwortlichkeit des preußischen Innenministeriums, Polizeikräfte haben dort Wachmannschaften gestellt. Aber man findet dort auch die andere Perspektive: In Esterwegen war der ehemalige Polizeipräsident von Hamburg-Altona inhaftiert, der 1932 für den *Altonaer Blutsonntag* verantwortlich gemacht wurde. 1933 ist er im Lager ums Leben gekommen, angeblich „auf der Flucht erschossen". Aus diesen Beispielen können wir für das Hier und Jetzt etwas über unsere Verantwortung lernen.

Andere Beispiele für Aktivitäten können sein, mit den Kollegen in eine Moschee oder in Asylunterkünfte zu gehen und dort Gespräche zu führen oder sich in Dienststellen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammenzusetzen.

Wird es nicht schwierig für die Demokratiepatinnen und -paten, bei den Polizistinnen und Polizisten vor Ort dafür Unterstützung zu erhalten? Die Kolleginnen und Kollegen sind ja ohnehin gut beschäftigt und stehen oft unter großem Arbeitsdruck.

Ja, aber das wäre eine Einstellung nach dem Motto: „Ich habe keine Zeit, die Axt zu schärfen, ich muss Holz hacken." Am Ende des Tages habe ich so aber viel weniger Holz, als wenn ich mir die nötige Zeit genommen hätte. Ich spüre ein großes Interesse der Kolleginnen und Kollegen für diese Themen. Das funktioniert, wenn man ihnen den nötigen Raum gibt und wenn man das richtig angeht.

Unser Projekt setzt nicht zuvorderst an den Defiziten an. Wenn es konkrete Probleme gibt, haben wir in den Polizeidienststellen ja auch noch andere Mechanismen, etwa die systemische Einsatznachbereitung, die sehr niederschwellig ist. Dort wird nach schwierigen Einsätzen reflektiert, was gut lief und was nicht gut lief.

Im Projekt „Polizeischutz für die Demokratie“ sagen wir hingegen: Die Kolleginnen und Kollegen treten tagtäglich auf der Straße für unsere Werte ein, dafür möchten wir sie noch mehr stärken. Wir wollen also eine polizeikulturelle Herangehensweise wählen, bei der Vielfalt und die Bedeutung einer gefestigten Haltung betont werden. Daran besteht vor Ort großes Interesse. Das ist etwas anderes, als wenn man gezielt fragt: Wo ist hier der eine, der neben der Spur läuft?

Sie setzen viel auf die Beschäftigung mit Geschichte, auch hinsichtlich der Rolle der Polizei in der Weimarer Republik. Was kann das bringen?
Wir können daraus viele Lehren ziehen. Die Zeit der Weimarer Republik war für die Entwicklung der Polizei sehr ambivalent. In der Startphase wurde die zuvor obrigkeitsorientierte Polizei des Kaiserreiches zu einer erstmals bürgerlich ausgerichteten Polizei umgestaltet. Es fand eine Entmilitarisierung statt, Polizist wurde ein eigenständiger Beruf. Vorher hatten Soldaten oder ehemalige Soldaten diese Aufgabe übernommen. Bis hin zum Gefahrenabwehrrecht wurden in der Weimarer Republik Grundlagen geschaffen, die heute immer noch gelten. Das war die Geburtsstunde des Polizisten als „Freund und Helfer“.

Aber dann kam die Zeit des Umbruchs, die Zeit, in der sich die Machtübernahme der Nationalsozialisten ankündigte, die Überleitung in die Diktatur: Die Polizei stand bei Straßenkämpfen erst zwischen den Fronten, ließ sich dann immer mehr vereinnahmen und wurde schließlich zum Gehilfen des neuen Regimes.

Aus diesen Entwicklungen können wir lernen, wie diffizil diese Dinge zu betrachten sind, auch dass die Demokratie täglich verteidigt werden und die Polizei sich an Grundwerten ausrichten muss. Die Verbindung zu heute kann man sehr gut an Erlebensorten veranschaulichen oder in Gesprächen mit Zeitzeugen.

Was würden Sie sich für ein besseres Zusammenwirken bei diesen Anliegen von der Zivilgesellschaft wünschen?
Dabei geht es wieder um die Frage des Vertrauens. Uns wird schon ein hohes Vertrauen entgegengebracht, aber wir müssen weiter darum werben. Wenn es (scheinbar oder wirklich) zu Fehlverhalten in der Polizei kommt, sehen wir oft Überreaktionen und sehr schnelle, generelle Verurteilungen, etwa wenn in Einsätzen Gewalt angewendet werden muss. Dann geht es in der Diskussion häufig nicht mehr um die Frage, was tatsächlich passiert ist und ob der Einsatz rechtmäßig war oder nicht, sondern es wird ganz schnell pauschal von der prügelnden, gewalttätigen Polizei gesprochen. Hier würde ich mir wünschen, dass nicht so vorschnell geurteilt und der Kontext einbezogen wird.

Das heute übliche sofortige Positionieren über soziale Netzwerke ist kaum zu verhindern. Aber das gezeichnete Negativbild bleibt auch dann bestehen, wenn das Verhalten der Polizei sehr gut begründbar ist. Hier wäre ein bisschen mehr Vertrauen darauf wünschenswert, dass wir in solchen Fällen eine gute rechtsstaatliche Kontrolle haben.

Sollte man die Polizei auch aktiver in gesamtgesellschaftliche Strategien gegen Rechtsextremismus oder bei Konflikten zwischen verschiedenen Gruppen einbeziehen?
Wenn so etwas funktioniert, ist es ideal. Prävention ist immer besser, als hinterher kitten zu müssen. Dies setzt auch bei der Polizei die Bereitschaft voraus, sich vorurteilsfrei mit Problemen auseinanderzusetzen. Wenn Migranten aus autoritären Staaten kommen, in denen die Polizei üblicherweise nicht als „Freund und Helfer“ agiert, besteht bei ihnen häufig kein Vertrauen in die Polizei. Dann kann es sein, dass sie auch in Deutschland aus Reflex abwehrend reagieren, wenn sie eine Uniform sehen. Auch diesen Umstand müssen wir den Polizistinnen und Polizisten mitgeben.

Aber auch in Deutschland kann man schlechte Erfahrungen machen. Wenn jemand mit Migrationsgeschichte zu Ihnen kommt und sagt, nach den Erfahrungen mit dem Verhalten der Polizei bei den NSU-Morden und den Berichten über rechtsextreme Umtriebe vertraue ich der Polizei nicht und fühle mich auch nicht mehr sicher – was antworten Sie ihm?
Das nehme ich sehr ernst, damit muss man sich inhaltlich auseinandersetzen. Und dann kann man nur durch eigenes Vorleben Vertrauen schaffen und zeigen: Wir sind nicht so. Eine Gesamtorganisation wie die Polizei in Niedersachsen mit 25.000 Beschäftigten und die Polizei in Deutschland mit mehr als 200.000 Beschäftigten ist nicht frei von Fehlern und von Fehlverhalten. Dazu muss man stehen. Und man muss beweisen, dass solche Fehler vorurteilsfrei und unabhängig aufgearbeitet werden, sodass der Eindruck nicht entstehen kann, hier herrsche ein falscher Korpsgeist.

Und wir müssen uns für einen kritischen Diskurs von außen öffnen, für polizeikritische Forschung.

Was bewegt Sie persönlich dazu, sich für die Stärkung der Demokratie in der Polizei, also für die von Ihnen beschriebenen Anliegen einzusetzen?
Ich bin seit 37 Jahren bei der Polizei, habe als Polizist auf der Straße und in Bereitschaftspolizei-Einheiten begonnen und seither viele Erfahrungen gesammelt. Ich weiß, dass sehr viele Polizistinnen und Polizisten in Deutschland und hier in Niedersachsen für die demokratischen Werte eintreten. Wir haben eine besondere Funktion in dieser Gesellschaft, wir sollten ein positives Spiegelbild der Gesellschaft sein. Dafür trete ich gerne und mit voller Überzeugung ein. Als Verantwortlicher einer Bildungseinrichtung muss ich das auch als mein Kernanliegen verstehen, sonst bin ich in einer falschen Position. Und ich habe viele Kolleginnen und Kollegen, die diesen Weg mit viel Engagement und Begeisterung mitgehen. ■

Die Fragen stellte Liane Czeremin.

Liane Czeremin

Fakten und Forderungen zu den Themen Rassismus und Vielfalt in der Polizei

Nach den Mordtaten der rechtsextremen Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) in den Jahren 2000 bis 2007 gerieten zahlreiche Angehörige der Opfer zunächst selbst in den Fokus polizeilicher Ermittlungen. Auch deutliche Hinweise auf einen rechtsextremistischen Tatzusammenhang änderten hieran oft nichts. Während Angehörige bereits im Jahr 2006 in Kassel und Dortmund auf die Straße gingen und unter dem Motto „kein zehntes Opfer" forderten, endlich ein zusammenhängendes, rassistisches Motiv für die Morde in Betracht zu ziehen, geschah dies auf offizieller Ebene nicht, bis sich der NSU im Jahr 2011 schließlich selbst enttarnte.

Diese Mängel in der Aufklärung haben das Vertrauen der Angehörigen in die Sicherheitsorgane nachhaltig erschüttert. Der Fakt, dass die Ermittlungen nicht nur an einem Tatort, sondern in nahezu allen betroffenen Städten in die völlig falsche Richtung gingen, legt die Vermutung nahe, dass auch stereotype Denkmuster hierbei eine Rolle gespielt haben.

Auch Ibrahim Arslan, der im November 1992 bei den rassistischen Mordanschlägen von Mölln mehrere Familienangehörige verlor, hat darüber berichtet, dass seine Familie und auch er selbst Jahre nach der Tat im Kontakt mit Möllner Polizeibeamten kriminalisiert wurden. So habe man ihm als Schüler bei einem Tag der offenen Tür ins Gesicht gesagt, er werde „irgendwann sowieso im Gefängnis landen".

Eine Befragung des Bielefelder Erziehungswissenschaftlers Wilhem Heitmeyer und anderer kam zudem Ende der 1990er Jahre zu dem Ergebnis, dass sich rund 34 Prozent der befragten türkeistämmigen Jugendlichen damals häufig beziehungsweise sehr häufig durch Polizistinnen und Polizisten ungerecht behandelt fühlten.

Keine verlässlichen Zahlen

Doch eine verlässliche quantitative Aussage darüber, wie groß dieses Problem innerhalb der Polizei ist, lässt sich bis heute nicht treffen, weil es kaum systematische Studien zu Rassismus und Diskriminierung durch Polizeibeamte gibt.

An der Ruhr-Universität Bochum wird immerhin gerade ein größeres Forschungsprojekt zur „Körperverletzung im Amt durch Polizisten" durchgeführt. Dabei wurden eine quantitative Befragung von 3.373 Personen und 17 qualitative Interviews zum Thema rechtswidriger Polizeigewalt ausgewertet und geprüft. Allerdings wurden für die Befragung keine repräsentativen Stichproben herangezogen. Die Forschungsfagen: Wie unterscheiden sich die Erfahrungen sogenannter People of Colour (PoC) von anderen? Wie unterscheiden sich die Erfahrungen von Menschen ohne Migrationshintergrund von den Erfahrungen von Menschen mit Migrationsgeschichte?

Unterschiede wurden hier unter anderem beim Thema Diskriminierungserfahrungen in Gewaltsituationen offenbar. 42 Prozent der befragten Personen mit Migrationshintergrund gaben an, dass sie sich im Kontakt mit der Polizei diskriminiert gefühlt haben, bei Menschen of Colour waren es sogar 62 Prozent. Bei Personen ohne Migrationshintergrund betrug dieser Wert hingegen nur 31 Prozent. Als Anlässe für die Diskriminierung vermuten PoC in großem Maße die (zugeschriebene) ethnische und kulturelle Zugehörigkeit und die Hautfarbe. (siehe Tabelle).

Bei den PoC war zudem in 28 Prozent der Fälle eine Personenkontrolle der Auslöser für einen Polizeikontakt, bei Menschen mit Migrationshintergrund war dies bei 22 Prozent der Befragten der Fall. Bei Menschen ohne Migrationshintergrund gaben dies hingegen nur 14 Prozent an. Menschen of Colour werden also häufiger ohne Anlass kontrolliert.

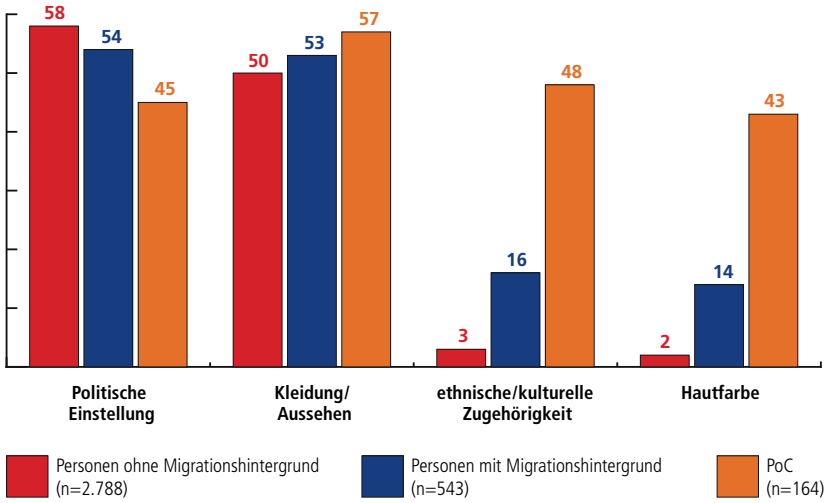
In der Bochumer Studie heißt es resümierend:
„Die Auswertung hat gezeigt, dass PoC [people of colour] und Personen mit Migrationshintergrund in anderer Weise von (als rechtswidrig bewerteten) polizeilichen Gewaltanwendungen betroffen waren und diese in anderer Weise wahrgenommen haben als weiße Personen bzw. solche ohne Migrationshintergrund […]

*Die Befunde dieser Auswertung verweisen darauf, dass die Benachteiligung von PoC und Personen mit Migrationshintergrund nicht vorrangig ein individuelles Problem einzelner Beamt*innen darstellt. Es handelt sich ebenso um ein strukturelles Problem polizeilicher Praxis. Dies meint nicht, dass die Polizei in Gänze davon betroffen wäre oder gezielt so handelte. Um ein strukturelles Problem handelt es sich vielmehr, da sowohl die Entstehung von Erfahrungswissen und verräumlichtem Polizeihandeln als auch unbewusste Stereotype keine zufälligen Erscheinungen bei einzelnen Beamt*innen sind, sondern (auch) aus den Strukturen der Organisation Polizei entstehen – etwa ihren Aufgaben und Tätigkeiten, der Art und Weise der Umsetzung dieser sowie den Formen des Umgangs mit Fehlern und Missständen."*

Hinsichtlich des Erfahrungswissens konstatiert die Studie:
*„In diesem Wissen vermischen sich eigene berufliche Erfahrungen mit Wissensbeständen aus anderen Quellen. Dazu zählen unter anderem Erfahrungen von Kolleg*innen, Berichte über Erfahrungen Dritter sowie eigene Einstellungen.*

Einflussfaktoren für wahrgenommene Ungleichbehandlung nach Gruppen

Frage: Glauben Sie, dass folgende persönliche Eigenschaften einen Einfluss darauf haben, wie die Polizei Sie behandelt hat?



Grafik: Alexander Atanassow; Quelle: Ruhr-Universität Bochum, Projekt KviAPol (ausgewählte Kategorien)

People of Colour (PoC) gaben im Vergleich deutlich häufiger an, dass Merkmale der (zugeschriebenen) Herkunft wie ihre ethnische/kulturelle Zugehörigkeit oder die Hautfarbe Einfluss darauf gehabt hätten, wie sie von der Polizei behandelt wurden. Für Personen mit Migrationshintergrund galt das ebenfalls, jedoch in geringerem Maße.

Auch nicht selbst erlangtes Erfahrungswissen kann zu einem ‚Gruppenkonsens' werden, der ‚fälschlicherweise […] objektiviert wird'".

Qualitative Interviews der Studie haben überdies gezeigt, dass Polizistinnen und Polizisten vor ihrem Erfahrungshintergrund entsprechende Situationen häufig sehr anders einschätzen als die Betroffenen. Von letzteren empfundene Diskriminierungen werden von den Beamtinnen und Beamten oft nicht als solche wahrgenommen.

Forderungen von Verbänden

Um Ungleichbehandlungen entgegenzuwirken, haben Migrantenverbände und Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international und das Deutsche Institut für Menschenrechte in den vergangenen Jahren verschiedene Forderungen formuliert, unter anderem diese:

- die generelle Abschaffung anlassloser Kontrollen,
- unabhängige Beschwerdestellen und Polizeibeauftragte,
- Antidiskriminierungsgesetze nach Berliner Vorbild für alle Bundesländer,
- eine erweiterte Kennzeichnungspflicht der Beamten und die generelle Nutzung von Bodycams im Einsatz,
- mehr Studien zu Rassismus in der Polizei,
- sowie ein größerer Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Polizeibelegschaft.

Zum Thema Vielfalt in der Polizei trägt der Mediendienst Integration seit einigen Jahren Daten zusammen. Der Befund: Es wird langsam besser. Ein Anstieg des Anteils ist demnach vor allem dort zu verorten, wo es eine gezielte Ansprache an Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund gibt. So wirbt beispielsweise die Brandenburger Polizei in polnischer Sprache für Karrieremöglichkeiten, auch in Baden-Württemberg spricht die Polizei seit einigen Jahren Menschen mit Migrationshintergrund gezielt mit einer eigenen Webseite an.

Allerdings sind Menschen mit Migrationsgeschichte im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtgesellschaft in allen Bundesländern bis auf Berlin (33,1 Prozent) und Sachsen-Anhalt (knapp 7 Prozent) bei den Polizeibewerbern und -anfängern nach wie vor unterrepräsentiert. Unter älteren Kolleginnen und Kollegen sind sie noch seltener zu finden als unter jüngeren.

In Berlin sind besonders viele Beamtinnen und Beamte mit Migrationshintergrund im „mittleren Dienst" tätig. Im Zeitraum 2018–2020 hatten in Berlin rund 38 Prozent aller neu Eingestellten eine Einwanderungsgeschichte.

Seit 2009 erhebt auch die Bundespolizei auf freiwilliger Basis Daten zum Migrationshintergrund ihrer Beschäftigten. Zum 1. Januar 2021 haben demnach von den rund 46.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundespolizei mehr als 1.600 Personen einen Migrationshintergrund, das sind nur 3,4 Prozent. Seit 2009 hat sich die Zahl der Kolleginnen und Kollegen mit Einwanderungsgeschichte damit aber mehr als verdreifacht. Da der Migrationshintergrund auf freiwilliger Basis erhoben wird, geht das Innenministerium davon aus, dass der tatsächliche Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund höher ist.

Diese Zahlen ergeben zumindest den Hinweis darauf, dass es eine Entwicklung hin zu mehr Vielfalt in der Polizei gibt, die auch bei der Bekämpfung einseitiger Denkmuster helfen könnte. ■ »

■ Quellen:

Laila Abdul-Rahman / Hannah Espín Grau / Luise Klaus / Tobias Singelnstein, Zweiter Zwischenbericht zum Forschungsprojekt „Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamt*innen" (KviAPol) Rassismus und Diskriminierungserfahrungen im Kontext polizeilicher Gewaltausübung, 11. November 2020, *https://kviapol.rub.de/images/pdf/KviAPol_Zweiter_Zwischenbericht.pdf*

Mediendienst Integration: Interkulturelle Öffnung. Polizist*innen mit Migrationshintergrund, März 2021, *https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Polizistinnen_mit_Migrationshintergrund_2021.pdf*

Wilhelm Heitmeyer / Joachim Müller / Helmut Schröder, Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland, Frankfurt / M. 1997.

Hendrik Cremer: „Racial Profiling" – Menschenrechtswidrige Personenkontrollen nach § 22 Abs. 1 a Bundespolizeigesetz, Empfehlungen an den Gesetzgeber, Gerichte und Polizei, herausgegeben vom Deutschen Institut für Menschenrechte 2013

Amnesty International: #BTW21: Polizei – Einsatzbereit gegen Rassismus?, *https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/deutschland-sechs-forderungen-antirassismus-in-polizeiarbeit*

Liane Czeremin ist Politikwissenschaftlerin und leitet die Öffentlichkeitsarbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

» Interview: Rassistische Vorfälle in der Polizei

„Die Hürden sich zu beschweren, sind sehr hoch."

Das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB) ist ein Projekt des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg e.V. und wurde 2003 gegründet. Das vom Berliner Senat geförderte Netzwerk berät und unterstützt Menschen in Berlin, die rassistische und damit verwobene Diskriminierungserfahrungen machen. Wir sprachen mit dem Projektleiter Shemi Shabat über die Erfahrungen der Beratungsstelle mit Vorfällen im Zusammenhang mit der Polizei.

Wie groß schätzen Sie das Problem diskriminierender Behandlung durch Polizeikräfte derzeit ein?
Shemi Shabat: Ich halte es für ein sehr großes Problem. Die Fälle, die uns in der Beratung erreichen, erwecken den Eindruck, dass bei Polizist*innen kaum eine ausgeprägte Diskriminierungssensibilität vorhanden ist. Wenn wir eine Dienstaufsichtsbeschwerde einreichen, zieht dies auch bei klarem Fehlverhalten meistens keine sichtbare Konsequenzen nach sich, was für die Beschwerdeführer*in sehr frustrierend ist. In den internen Beschwerdestrukturen wird Beamt*innen mehr geglaubt als Betroffenen. Wenn Betroffene in der konkreten Situation mit Beschwerden drohen, bekommen sie nicht selten zu hören (sinngemäß): „Machen Sie das ruhig, aber Sie haben keine Chance. Das Gericht glaubt sowieso uns."

Foto: Patrick Behn/Pixabay

Die Proteste der Black-Lives-Matter-Bewegung fanden im vergangenen Jahr auch in Deutschland großen Widerhall. Shemi Shabat vom Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin sagt, dass diskriminierendes Verhalten von Polizistinnen und Polizisten auch hier ein großes Problem darstelle.

Schwarze Menschen und People of Colour (BPoC) fühlen sich von Polizist*innen zudem häufig kriminalisiert. Dies geschieht bei Kontrollen, aber auch während der Beschwerdeprozesse, wenn das Verhalten der Ratsuchenden als aggressiv und emotional problematisiert wird. Es existieren klare Bilder, wer als Täter*in und wer als Opfer gesehen wird, Diese Bilder gilt es kritisch zu reflektieren.

Überdies gibt es teilweise ernstzunehmende rechte Tendenzen innerhalb der Polizei, offene Feindseligkeit und rassistische Aussagen sind keine Seltenheit. Das Problem: Polizist*innen schützen sich untereinander und machen Fälle nicht öffentlich.

Wie spiegeln sich Ihre Befunde in den Anfragen Ihrer Beratungsstelle wider?
Wir haben jedes Jahr eine zweistellige Anzahl von Anfragen mit Polizeibezug. Im Jahr 2018 waren es zehn von 168 Fällen insgesamt, 2019 zwölf Fälle aus 286 Beratungen, 2020 dann 19 von 404 Fällen. Im Jahr 2021 sind bisher 15 Fälle von insgesamt 289 eingegangen. Nicht in dieser Statistik enthalten sind Beschwerden über rassistische Mobbingfälle innerhalb der Polizei, die uns ebenfalls erreichen.

Unsere Zahlen sind natürlich nicht repräsentativ. Und nur aus den Beratungszahlen heraus lässt sich auch nicht ableiten, wie eine Tendenz tatsächlich aussieht. Wenn wir mehr Anfragen bekommen, kann dies auch bedeuten, dass sich mehr Menschen trauen sich zu wehren, und dass das Bewusstsein für das Problem gestiegen ist. Auf der anderen Seite ist die Hürde, gegen Ungleichbehandlung seitens der Polizei vorzugehen, noch immer sehr hoch. Viele Fälle bekommen wir deshalb auch gar nicht zu sehen.

Machen Sie im Kontakt mit der Polizei auch positive Erfahrungen?
Durchaus, aber es sind nicht so wahnsinnig viele. Es gab zum Beispiel einen Fall, in dem eine Kassiererin die Polizei rief, weil ein Kunde rassistisch beleidigt wurde. Die Polizei verkannte die Diskriminierung vor Ort und weigerte sich, die Anzeige aufzunehmen („hier ist nichts passiert"). Nach unserer Beschwerde haben sich die Beamt*innen dann aber entschuldigt, den rassistischen und klassistischen Inhalt gesehen und die Ermittlungen an die Staatsanwaltschaft übergeben.

Positive Erfahrungen machen wir öfter auch mit der Leitungsebene der Polizei. Da spüren wir eine Offenheit. Es gab in der Vergangenheit sogar ein Rundschreiben an alle Berliner Direktionen, dass bei Fällen von Diskrimi-

nierung die betroffenen Personen an Beratungsstellen wie unsere weiter verwiesen werden sollen. Dieses Jahr hatten wir zum Beispiel einen Anruf aus der Polizeidienststelle Weißensee, nachdem eine Person in einer Lottoannahmestelle beleidigt worden war, was allerdings nicht strafrechtlich relevant war. Wir konnten dann diese Person weiter begleiten.

Aber wir sind eine Beratungsstelle für von Rassismus Betroffene und haben deshalb natürlich vor allem mit problematischen Erfahrungen zu tun.

Was für Erfahrungen sind das zum Beispiel?
Ratsuchende haben häufig das Gefühl, dass sie bei Kontrollen wegen ihres Äußeren aus der Menge herausgepickt werden. Auch bei der Überprüfung der Maskenpflicht kam dies vor. Oder es wurde bei einem Verkehrsunfall ein PoC, der Beifahrer war, gar nicht als Zeuge gehört. Wir hören davon, dass Menschen, die selbst die Polizei verständigt haben, von dieser keine Unterstützung erfahren, sondern als Problem wahrgenommen werden. Oder der typische Fall: Polizist*innen fragen: „Woher kommst du?“, der Angesprochene sagt „aus Köln“, und sie lachen dann und sagen: „Aber wo kommst du wirklich her?“. Damit beginnt ein Prozess der Ausgrenzung und Fremdmachung (othering).

Hilft bei Beschwerden denn aus Ihrer Sicht das neue Berliner Antidiskriminierungsgesetz?
Die Schwierigkeiten bleiben. Oft scheitern Beschwerden an fehlenden Zeug*innen und weil es schwierig ist, die Ungleichbehandlung zu beweisen. Es braucht viel Zeit, Energie und Ressourcen. Und trotzdem kommen die meisten Fälle am Ende nicht vor Gericht, es gibt keine Entschuldigung, keine Entschädigung. Im Gegenteil haben die Betroffenen vielleicht sogar zusätzliche Probleme, Stichwort Viktimisierung.

Dennoch ist das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) wichtig. Es gibt mehr Rechtssicherheit, eine Schadenersatzgrundlage, und die Anspruchslage ist klarer. Damit werden Rechtschutzlücken bei Diskriminierungen durch staatliches Handeln teilweise geschlossen. Überdies entfaltet es eine symbolische Wirkung, wenn gesagt wird: Diskriminierung wird nicht geduldet, wir stehen für Wertschätzung und Vielfalt.

Ganz wichtig ist die im Rahmen des LADG eingerichtete Ombudsstelle für uns, an die sich Betroffene und auch wir als Beratungsstelle wenden können. Die Ombudsstelle hat weitgehende Befugnisse, kann Einschätzungen abgeben, Stellungnahmen einfordern und die Behörde um Abhilfe bitten. Es ist auch einfach etwas anderes, wenn sich eine Behörde an eine Behörde wendet. Außerdem ist das Verfahren für uns transparenter geworden.

Nachdem die Ombudsstelle einen von uns gemeldeten Vorfall beanstandet hatte, haben wir es zum ersten Mal erlebt, dass eine Polizeidienststelle sich schriftlich für die diskriminierende Wirkung ihres Handelns entschuldigt hat.

Was würde aus Ihrer Sicht außerdem helfen, die Situation für die Betroffenen zu verbessern?
Eine unabhängige, externe Beschwerdestelle oder Polizeibeauftragte brauchen wir bundesweit, allein schon, um die Transparenz und das Vertrauen in die Verfahren zu erhöhen und die Polizei hauseigene Diskriminierungen nicht allein verfolgen zu lassen. Außerdem brauchen wir breit angelegte Studien, die die Probleme systematisch erfassen. Und wir fordern eine klare Kampagne zur Sensibilisierung von Einsatzkräften – nicht nur rechtliche Schulungen. Rechtsextreme und rassistische Tendenzen müssen bekämpft werden – offen rassistische Beamt*innen können nicht im Dienst bleiben!

Hilft mehr Diversität in der Polizei?
So leicht ist es nicht. Mehr PoC in der Polizei sind ein wichtiger Schritt, stellen aber keinen Garanten für Diskriminierungssensibilität dar. Es kann auch das Gegenteil bedeuten: Erst wenn Menschen aufeinandertreffen, sind bestehende Machtverhältnisse zu spüren. Zwei Beamt*innen, die sich wegen rassistischen Mobbings an uns gewendet haben, haben berichtet, dass sie überhaupt erst in der Polizei mit dem Thema Rassismus konfrontiert wurden. Mehr Vielfalt in der Polizei kann nur der erste notwendige Schritt sein, wir brauchen funktionierende Beschwerdemöglichkeiten, Transparenz, Empowermentangebote, den Mut zu Vielfalt. ■

Die Fragen stellte Liane Czeremin.

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des TBB
ADNB

■ Mehr Infos zum Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin auf: *www.adnb.de*

www.gegen-vergessen.de

DER BLOG demokratiegeschichten.de

Haben Sie eine persönliche Demokratiegeschichte, die Sie mit anderen teilen wollen? Dann schreiben Sie doch einen Beitrag für unseren Blog auf www.demokratiegeschichten.de

Interview

„Die Vernünftigen müssen gestärkt werden."

Dr. Jochen Christe-Zeyse ist Vizepräsident der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg in Oranienburg. Dort werden die Beamtinnen und Beamten des mittleren und des gehobenen Polizeivollzugsdienstes des Bundeslandes aus- und fortgebildet. Im Interview nimmt er Stellung zur Debatte über Rassismus in der Polizei und gibt Auskunft darüber, wie angehende Polizistinnen und Polizisten an der Hochschule für derartige Themen sensibilisiert werden.

In der Polizei ist es besonders wichtig, dass die Kolleginnen und Kollegen sich auch in schwierigen Situationen aufeinander verlassen können. Kritiker sprechen aber davon, dass dadurch auch ein falscher Korpsgeist entstehen kann, durch den von außen kommende Kritik über Fehlverhalten häufig abgeblockt oder als „Generalverdacht" abgelehnt wird. Stimmt dieser Eindruck?

Die Gefahr, dass ein potenziell problematischer Korpsgeist entsteht, gibt es bei allen Gefahrengemeinschaften – vor allem dann, wenn man unter Druck gerät oder sich angegriffen fühlt. Das heißt aber nicht, dass jede Art von Kritik von der Polizei reflexhaft abgeblockt wird. Es gibt ja durchaus auch berechtigte Kritik an bestimmten Phänomenen und Praktiken in der Polizei. Selbstverständlich gibt es in der Polizei Beamtinnen und Beamte mit problematischen Einstellungen und Verhaltensweisen – das zu leugnen, wäre absurd.

Aber ich sehe auch, dass die Verantwortlichen in den vergangenen Jahren ein erhebliches Maß an Problembewusstsein zu diesem Thema entwickelt haben. Gerade auf den oberen Führungsebenen, bei den Behörden- und Dienststellenleitungen sowie auf der Leitungsebene der Polizeihochschulen sehe ich kaum jemanden, der versucht, die bekannt gewordenen Fälle von rassistischem Verhalten oder rechtsextremen Äußerungen kleinzureden. Im Gegenteil: Dieses Thema wird dort nach meinem Eindruck sehr ernst genommen und differenziert diskutiert. Die Abwehr richtet sich eher gegen undifferenziert und pauschalisiert vorgetragene Kritik, und das kann ich auch gut nachvollziehen. Ich halte etwa die Diskussion darüber, ob rassistische Vorkommnisse in der Polizei Einzelfälle sind oder ob es sich um ein strukturelles Problem handelt, für müßig. Ab wann hören denn Einzelfälle auf, Einzelfälle zu sein? Und was genau ist „struktureller Rassismus"? Da gibt es sehr unterschiedliche Definitionen. Für mich ist es ziemlich eindeutig: Es handelt sich um ein wichtiges Thema, wir müssen uns darum kümmern, und nach meinem Eindruck tun wir das auch.

Foto: privat

Dr. Jochen Christe-Zeyse

Über die Bewegung *Black Lives Matter* kam nach dem Tod von George Floyd in den USA auch in Deutschland eine Debatte über Racial Profiling auf. Zahlreiche Betroffene berichten darüber, dass sie etwa in Bahnhöfen oder anderen öffentlichen Orten häufig ohne jeden Anlass kontrolliert würden und allgemein von Beamtinnen und Beamten schlechter behandelt würden als andere. Obwohl die Racial-Profiling-Praxis verboten ist, ist sie offensichtlich noch immer ein Problem. Warum ist das so?

„Racial" oder „Ethnic Profiling", also die Kontrolle nur aufgrund des Aussehens oder der vermuteten Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe, ist rechtswidrig; das ist für mich eindeutig. Es müssen immer weitere Kontextvariablen mit in die Entscheidung einfließen, ob jemand kontrolliert wird oder nicht.

Aber warum ist das immer noch ein Problem? Gute Frage! Drei Faktoren spielen dabei sicherlich eine Rolle. Der erste Faktor ist der, dass viele Polizeibeamtinnen und -beamte eine Art „Bauchgefühl" haben, bei welchem Typ Mensch man besser etwas genauer hinschauen sollte. Und auf dieser Liste rangieren junge Männer, die wirken, als seien soziale Normen für sie nicht sonderlich verbindlich, ziemlich weit oben. Wir alle halten uns vor allem da an soziale Normen, wo wir befürchten müssen, von Menschen, die uns wichtig sind, missbilligend angeschaut zu werden, und wo wir durch diese Missbilligung Nachteile befürchten müssen. Wir wissen, dass junge Männer, die wenig attraktive Perspektiven und kein entsprechendes soziales Umfeld haben, auch deutlich weniger Anreize haben, sich an soziale Normen zu halten, was dazu führt, dass sie bei Polizisten eben schneller dieses „Bauchgefühl" auslösen.

Der zweite Faktor ist die sich selbst erfüllende Prophezeiung. Wenn ich dieselbe Gruppe immer und immer wieder kontrolliere, finde ich natürlich auch immer wieder Dinge, die mir das Gefühl geben, die Richtigen kontrolliert zu haben. Und so kommt mancher Polizeibeamte gar nicht auf die Idee, dass es sich auch lohnen könnte, einmal die Mitglieder anderer Gruppen zu kontrollieren. In solchen Fällen hilft nur, den beteiligten Beamtinnen und Beamten diesen Mechanismus bewusst zu machen. Für mich ist das die Aufgabe der Führungskräfte und der polizeilichen Aus- und Fortbildung. Ich glaube schon, dass das hilft, aber bis es sich bei

allen herumgesprochen hat und bis auch wirklich alle Beamtinnen und Beamten ein Gespür für dieses Phänomen entwickelt haben, braucht es leider seine Zeit.

Der dritte Faktor spielt da eine Rolle, wo Polizeibeamtinnen und -beamte nach Menschen Ausschau halten, die sie verdächtigen, keine Aufenthaltserlaubnis oder -berechtigung zu haben. Da orientieren sich viele leider immer noch an sehr oberflächlichen Merkmalen wie dem Aussehen und haben dabei ein Bild im Kopf, wie ein „normaler Deutscher" angeblich aussieht. Ein solches Bild ist allerdings schon lange nicht mehr zeitgemäß, und ich kann es gut verstehen, dass jemand, der diesem überkommenen Bild nicht entspricht, sich darüber ärgert, wenn er immer wieder nach seinem Ausweis gefragt oder wie ein potenzieller Straftäter behandelt wird. Auch da ist es wichtig, weitere Kontextvariablen zu berücksichtigen, etwa das konkrete Verhalten der betreffenden Person oder den Ort, an dem sie sich aufhält. Erfahrene Polizeibeamtinnen und -beamte haben einen Blick dafür, ob jemand Angst hat, als Mensch ohne Aufenthaltserlaubnis entdeckt zu werden, oder ob jemand auf die S-Bahn wartet, um zur Arbeit zu fahren.

Betroffene fordern ein Antidiskriminierungsgesetz, wie es in Berlin verabschiedet wurde, auch in anderen Bundesländern. Was halten Sie davon?
Ich habe die Diskussion über das Berliner ADG mit großem Interesse verfolgt. Die ersten Erfahrungen liegen inzwischen vor, und ich habe den Eindruck, dass die Ergebnisse nach etwas mehr als einem Jahr sehr viel weniger dramatisch sind als von einigen befürchtet. Grundsätzlich ist es gut, wenn der Gesetzgeber Hoheitsträgern als Norm vorgibt, alle Menschen unvoreingenommen und vorurteilsfrei zu behandeln und niemanden nur aufgrund von äußerlichen Merkmalen oder wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe zu diskriminieren.

Das Problem, dass nachher Aussage gegen Aussage steht und es mitunter schwer sein kann festzustellen, welche Version jetzt stimmt, haben wir nicht nur bei diesem Thema, sondern auch in anderen Situationen.

Wenn ich Dienststellenleiter wäre, würde ich etwas genauer hinschauen, wenn immer wieder dieselben Beamten mit solchen Vorwürfen konfrontiert werden. Als Führungskraft macht man sich ja mit der Zeit ein Bild von seinen Leuten, und dann bekommt man schon eine Intuition, wer in der Dienstgruppe immer mal wieder etwas überreagiert oder wer ein eher problematisches Menschenbild hat. Wenn sich solche Vorfälle häufen, muss man intervenieren.

© Tobias Wieland www.bikablo.com

Graphic Recording aus dem Workshop „Rassismus und Vorurteile. Aktuelle Diskurse aus politikwissenschaftlicher Sicht", den Jochen Christe-Zeyse auf dem Kongress Netzwerk Demokratische Polizei in Hannover geleitet hat.

Aber andersherum gibt es das auch: Wenn ich Richter wäre und immer wieder einen jungen Mann vor mir hätte, der schon wegen mehrerer Delikte angeklagt war, und dieser junge Mann würde jedes Mal behaupten, er sei nur aus rassistischen Motiven heraus kontrolliert worden, dann würde ich wohl auch sehr genau hinschauen, ob diese Version stimmt oder nicht.

Man wird in dieser Hinsicht Erfahrungen sammeln müssen, und man sollte nach zwei oder drei Jahren evaluieren, ob es sich bewährt hat oder nicht.

Was für Veränderungen könnten ansonsten helfen, damit von Rassismus betroffene Menschen den Sicherheitsbehörden mehr vertrauen und sich sicher fühlen können?
Auf die Frage gibt es sicherlich keine einfache Antwort. Die „Kontakthypothese" besagt ja, dass Vorurteile weniger werden, wenn man sich besser kennt, aber ich weiß natürlich auch, dass die Kontakthypothese in der Wissenschaft nicht ganz unumstritten ist. Grundsätzlich glaube ich, dass es hilft, wenn auch die Polizei diverser wird. Es ist doch naheliegend, dass ein Polizeibeamter, der einen Kollegen mit türkischen Wurzeln hat und gern mit ihm zusammenarbeitet, irgendwann mal merkt, dass türkenfeindliche Stereotype nicht so ganz stimmen können.

Aber das ist sicherlich kein Allheilmittel. Viele Flüchtlinge haben schon in ihren Herkunftsländern schlechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht und leben auch bei uns in der ständigen Angst, von der Polizei kontrolliert, schlecht behandelt oder sogar abgeschoben zu werden. Bei diesen Menschen Vertrauen in die Sicherheitsbehörden zu schaffen, ist kein einfacher Prozess, den man durch ein paar wohldurchdachte Maßnahmen in den Griff bekommen könnte.

Vertrauen in die Sicherheitsbehörden wächst nur mit den konkreten Erfahrungen, die man mit Polizeibeamtinnen und -beamten macht. Und dabei gilt häufig eben auch das, was im Umgang mit anderen Menschen immer gilt: „Wie's in den Wald hineinschallt, so schallt es heraus." Ein höflich und professionell auftretender Polizeibeamter schafft Vertrauen, auch wenn er immer wieder Dinge tun muss, die sich der Betroffene nicht unbedingt gewünscht hat. Aber diese Regel gilt natürlich auch in die andere Richtung: Wer einen Polizisten freundlich anspricht, bekommt in aller Regel auch eine freundliche Reaktion. Wer ihn beschimpft oder angreift, bekommt diese freundliche Reaktion eher mal nicht.

Ich halte viel von den altbewährten Formen der gemeinwesenorientierten Polizeiarbeit: von Revierpolizistinnen und -polizisten, die zu Fuß unterwegs sind und die Leute in ihrem Revier gut kennen, die ansprechbar sind und sich auch um die kleineren Sorgen und Nöte der Menschen kümmern können. Doch das gibt »

»der Personalbestand meistens gar nicht her. Wenn der Dienstgruppenleiter Probleme hat, seine Streifenwagen vollzukriegen, kann er seine Leute nicht auch noch durchs Revier schlendern lassen.

Für Brandenburg gibt es keine verlässlichen Zahlen, wie viele Menschen mit Migrationsgeschichte im Polizeidienst stehen. Haben Sie den Eindruck, dass sich in puncto Diversität in Brandenburg etwas verändert?
Wir merken schon, dass der Anteil an Anwärterinnen und Anwärtern steigt, die neben Deutsch noch eine andere Muttersprache haben oder die einem von sich aus erzählen, dass ihre Eltern aus einem anderen Land oder von einem anderen Erdteil kommen. Der Anteil von jungen Leuten, die als Muttersprache Polnisch, Iranisch, Türkisch, Russisch oder Arabisch haben, ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Ob jemand unter unseren Anwärterinnen und Anwärtern nach den Kriterien des Statistischen Bundesamtes einen Migrationshintergrund hat, erfassen wir aus guten Gründen nicht. Man muss aber auch sehen, dass das Land Brandenburg deutlich weniger divers ist als andere Bundesländer. Das merken wir schon auch bei den Bewerbungen – etwa im Vergleich zu Berlin.

Hat sich hinsichtlich der Sensibilisierung von zukünftigen Polizistinnen und Polizisten für Rassismus bei den Lehrinhalten etwas weiterentwickelt, seit Sie in Oranienburg an der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg angefangen haben?
Auf jeden Fall! Wir haben vor Jahren schon einen eigenen Bereich zur Entwicklung sozialer Kompetenzen eingerichtet. Dort finden Trainings statt, die angehenden Polizistinnen und Polizisten helfen, ihre sozialen und kommunikativen Kompetenzen weiterzuentwickeln und sensibel dafür zu werden, welche Signale man aussendet, wie das Gegenüber reagiert, was in der Kommunikation schiefgehen kann und so weiter.

Aber das ist natürlich nicht nur ein Thema für Kommunikationstrainings, sondern es zieht sich durch fast alle Fächer: In der Psychologie behandeln wir die Frage, wie Stereotypen und Vorurteile entstehen, in der Kriminalistik wird geübt, wie man eine Vernehmung professionell durchführt und was dabei die Standards einer rechtsstaatlichen und guten Polizeipraxis sind, in Fächern wie Einsatzlehre und Verkehrslehre üben wir die Art und Weise, wie man in Einsatzsituationen, bei Verkehrskontrollen oder nach Unfällen so mit Menschen kommuniziert, dass niemand befürchten muss, unangemessen behandelt zu werden. Selbst im Englischunterricht ist das ein Thema.

Sie selbst sind zwar kein Polizist, suchen aber als Vizepräsident der Polizeihochschule den Dialog mit Kritikerinnen und Kritikern. Was haben Sie persönlich dabei für Erfahrungen gemacht?
Das variiert sehr stark. Es gibt Kritikerinnen und Kritiker, mit denen man gut ins Gespräch kommt und mit denen auch ein fruchtbarer Austausch möglich ist. Aber es gibt auch diejenigen, bei denen das nicht der Fall ist. Die sind aber besonders laut, und sie scheinen den antirassistischen Diskurs stärker zu bestimmen als die etwas moderateren Stimmen.

Ich habe schon zu verschiedenen Gelegenheiten, bei Podiumsdiskussionen oder ähnlichen Veranstaltungen Einladungen ausgesprochen, zu uns zu kommen, sich anzuschauen, wie Polizeibeamtinnen und -beamte bei uns heute ausgebildet werden, Gespräche darüber zu führen, was wir noch besser machen können, aber die Reaktion war gleich null. Und ich weiß auch – ehrlich gesagt – nicht, was wir in dieser Hinsicht noch tun können. Unsere Türen sind sperrangelweit offen, wir reden mit jedem, der mit uns reden will, wir hören uns Kritik an und überlegen gemeinsam, was man anders machen kann. Ein Teilnehmer auf einer Podiumsdiskussion, bei der ich ebenfalls auf dem Podium war, sagte wörtlich: „Die deutsche Polizei ist eine durch und durch rassistische Organisation." Ja, was soll man da noch sagen?

Was ich bei den Aktivistinnen und Aktivisten im Kampf gegen Rassismus mitunter vermisse, ist die Differenzierung zwischen denjenigen in der Polizei, die Teil des Problems sind, und denjenigen, die Teil der Lösung sind oder sein könnten. Diejenigen, die Teil der Lösung sind oder Teil der Lösung sein könnten, die braucht man als Verbündete, wenn etwas besser werden soll. Doch dafür muss man miteinander reden. Und dazu gehört es auch, grundsätzlich die Möglichkeit zuzulassen, dass die andere Seite vielleicht gar nicht so ist, wie man bisher immer dachte.

Was könnte helfen, mehr Offenheit auf beiden Seiten zu erreichen?
Ich habe nicht den Eindruck, dass die Debatte zwischen der Polizei und den gemäßigten Protagonisten der Zivilgesellschaft derzeit so furchtbar problematisch ist. Es gibt auf beiden Seiten vernünftige Leute, die gut miteinander kommunizieren. Wir machen gemeinsame Veranstaltungen, wir tauschen uns aus und es gibt – gerade auch in Polizeihochschulen und anderen polizeilichen Bildungseinrichtungen – genug Leute, die Mitglied sind etwa bei Amnesty International oder vergleichbaren Organisationen beziehungsweise Initiativen und die manche Phänomene in der Polizei durchaus kritisch sehen und das auch artikulieren.

Wir sollten weiter konsequent darauf hinwirken, dass alle Polizeibeamtinnen und -beamte wissen, an welchen Standards sie sich orientieren müssen, was die Gesellschaft von ihnen erwartet und welches Verhalten auf keinen Fall toleriert wird. Und wir sollten vor allem auch dafür sorgen, dass die Vernünftigen stark genug sind, ihre problematischen Kolleginnen und Kollegen zu bremsen, wenn die wieder dabei sind, diese Standards zu verletzen – sei es durch unprofessionelles Verhalten, durch rassistische Witze oder durch was auch immer.

Letztendlich geht es immer darum, die Gemäßigten, die Vernünftigen, die Reflektierten nicht den Zynikern in die Arme zu treiben, die ihr negatives Menschenbild mit all dem Problematischen und Frustrierenden begründen, das man im Polizeialltag leider auch oft erlebt.

Damit die Vernünftigen nicht den Zynikern in die Arme getrieben werden, sollten wir aber auch aufhören, jedes Mal, wenn dann doch etwas Inakzeptables passiert, mit dem Finger auf die ganze Organisation zu zeigen und so zu tun, als sei das doch wieder typisch für „die" Polizei. Damit wird nichts besser. ■

Die Fragen stellte Liane Czeremin.

Best Practice:

Mit Pumps und Gummistiefeln

Sabina Ide ist Dialogbeauftragte der Osnabrücker Polizei

Foto: Andreas Lemper

Sabina Ide

In Niedersachsen gibt es in einigen größeren Polizeidienststellen schon seit längerem spezielle Dialogbeauftragte, die als Ansprechpersonen für Vereine bei interkulturellen oder interreligiösen Fragen im Einsatz sind. In der Polizeidirektion Osnabrück ist das Sabina Ide. Die gelernte Fremdsprachenkorrespondentin ist seit zehn Jahren dafür zuständig, einen vertrauensvollen Kontakt zwischen Polizei und der vielfältigen Zivilgesellschaft in Osnabrück zu fördern.

Bevor Ide ihre Anstellung bei der Polizei antrat, hatte sie bereits ehrenamtlich für die interkulturelle und interreligiöse Verständigung vor Ort gearbeitet. Sie kannte alle Akteure, die im Zuständigkeitsgebiet ihrer Direktion wichtig sind, wenn es um diese Themen geht. Und es hat ihr genutzt, dass sie selbst länger in der Türkei gelebt hatte und wusste, was es bedeutet, zunächst fremd in einem Land zu sein und die Sprache nicht zu beherrschen. Sabina Ide: „Das war eine einschneidende Lebenserfahrung, die mir sehr geholfen hat, andere Perspektiven zu verstehen. Als ich dann die Stellenanzeige der Polizei gelesen habe, wusste ich: Da bin ich richtig."

Dennoch war es zunächst eine Herausforderung, die in Osnabrück neu geschaffene Aufgabe auszufüllen. Auf Seiten der Zivilgesellschaft hat sie von Beginn an positive Reaktionen erhalten. Viele waren froh, dass es nun eine Ansprechpartnerin bei der Polizei gab, die sie schon aus anderen Zusammenhängen kannten. Sabina Ide: „Polizeiintern galt es am Anfang dagegen noch, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es so jemanden wie mich braucht." Geholfen hat ihr, dass die Polizeiführung sie die ganzen Jahre über aktiv unterstützt hat. Aber vor allem war Geduld nötig: „Die Kolleginnen und Kollegen haben irgendwann im konkreten Fall gemerkt, dass der Dialog für ihre Arbeit etwas bringt."

Hilfreich ist für sie auch, dass sie in ihrer Arbeit mehr Freiheiten hat als Kollegen in anderen Funktionen: Sie muss nicht ermitteln, braucht niemanden in seinem Verhalten zu beurteilen und keine Einschränkungen bei der Kontaktaufnahme machen. Sabina Ide sagt: „Ich rede wirklich mit allen, auch mit Einrichtungen, die als problematisch angesehen werden. Wenn ich mit ihnen rede, heißt es ja nicht, dass ich mich mit ihnen gemein mache." Die Dialogbeauftragte organisiert Besuche in Moscheen und Synagogen sowie Präsenz auf Veranstaltungen und Festen – anlasslos, um Vertrauen aufzubauen. Auch die Polizeibeamten lernen die Leute so anders kennen als in ihren üblichen Einsätzen.

Was hat sich dadurch geändert? Laut Ide melden sich zum Beispiel Vereine inzwischen frühzeitiger, wenn sie denken, dass Probleme entstehen könnten, zum Beispiel bei geplanten Demonstrationen. Und dann wird gemeinsam nach einer Strategie gesucht, wie Gewalt verhindert werden kann. Und die Polizeibeamten sind achtsamer in der Vorbereitung von Einsätzen, wie etwa beim Schutz der örtlichen Synagoge: Hier haben die Polizeikräfte bei Festen vorab Kontakt zur jüdischen Gemeinde aufgenommen um abzusprechen, worauf geachtet werden muss, damit die Polizistinnen und Polizisten sich vor Ort kultursensibel verhalten.

Ein besonderes Projekt der Polizeidirektion Osnabrück sind jugendliche Polizeiscouts, die gemeinsam mit Beamten zu Veranstaltungen gehen, auf denen sie bei Gleichaltrigen für den Polizeiberuf werben. Sabina Ide sagt: „Das sind junge Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte, die natürlich eine ganz andere Ansprache an die Zielgruppe finden, als wenn ein 50-jähriger Polizist allein losgeht." Sie erhöhen die Glaubwürdigkeit und Authentizität und verändern das Polizeibild in ihren eigenen Milieus. „Entscheidend ist dabei immer die Begegnung, die kann keine Powerpoint-Präsentation ersetzen", sagt Sabina Ide.

Neben intensiven Kontakten zu der Zivilgesellschaft geht es für Sabina Ide aber auch darum, Einfluss auf Entscheidungsstrukturen zu nehmen und in den Fachaustausch zu gehen. Ide: „Ich sage immer: Für meine Aufgabe brauche ich Gummistiefel und Pumps." Sie redet mit der Führungsebene, damit diese Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Arbeit vor Ort in die dafür wichtigen Entscheidungsgremien einbringen können. Sabina Ide: „Von großem Vorteil war für uns auch von Anfang an, dass wir hier das Institut für islamische Theologie haben, mit dem wir gemeinsame Fachtagungen und Symposien ausrichten."

Im Grunde hat Sabina Ide mit allen zu tun, die in der Region irgendwie mit dem Thema Migration befasst sind, auch als Service- und Fachstelle wird ihr Amt rege genutzt. Die Dialogbeauftragte sagt: „Meine Arbeit ist nicht immer einfach, oftmals sind die Themen sehr emotionsgeladen und es werden unterschiedlichste Erwartungen an mich herangetragen. Da ist es wichtig, bei allem Perspektivwechsel auch die professionelle Distanz zu wahren." ■

Die jugendlichen Polizeiscouts aus Osnabrück.

Fotos: Sabina Ide

Dilay Yahlier und Kaan Bağcı

60 Jahre Anwerbeabkommen – 60 Jahre türkeistämmiges Leben in Deutschland

Der 30. Oktober 1961 hat das Leben von unzähligen Menschen und die Geschichte Deutschlands nachhaltig verändert. Auf Grundlage einer vermeintlich simplen Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei, dem sogenannten Anwerbeabkommen, kamen zwischen 1961 und 1973 rund 900.000 türkeistämmige Menschen zunächst zum Arbeiten nach Deutschland. Viele von ihnen sind geblieben und prägen Deutschland seit damals auf vielfältigste Weise.

Feier im Haus der Kulturen der Welt

Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) hat am 5. Oktober 2021 dieses geschichtsträchtige Jubiläum gemeinsam mit ca. 130 geladenen Gästen im Haus der Kulturen der Welt gefeiert. Mit dabei waren der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der eine Festrede hielt, sowie seine Exzellenz der Botschafter der Türkei, Ahmet Başar Şen.

Die TGD war hoch erfreut darüber, dass Bundespräsident Steinmeier warme und ermutigende Worte für die 60-jährige Geschichte der Migration aus der Türkei gefunden hat.

„Die Geschichten der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter verdienen einen angemessenen Raum in unseren Schulbüchern und in unserer Erinnerungskultur; eine Randnotiz wird ihrem Beitrag für unser Land nicht gerecht. Wenn wir ihre Geschichten erzählen, als integralen Teil der Geschichte dieser Republik, dieses Landes, erst dann verstehen wir unser aller Geschichte“, so Bundespräsident Steinmeier. Deutschland sei außerdem ein Land mit Migrationshintergrund und es sei höchste Zeit, dass wir uns dazu bekennen würden.

Am Ende seiner Festrede bestärkte Bundespräsident Steinmeier Jugendliche, junge Frauen und Männer in Deutschland, sich den Platz zu nehmen, der ihnen zusteht. „Nehmen Sie sich den Platz in der Mitte, und füllen Sie ihn aus! Gestalten Sie diese Gesellschaft mit, denn es ist Ihre Gesellschaft.“

Foto: wikipedia/Rainer Zenz

Selbstgemachte deutsch-türkische Fahne in Berlin-Neukölln.

Gökay Sofuoğlu, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland meint: “Insgesamt können wir eine Erfolgsgeschichte sehen. Eine Geschichte, die damit angefangen hat, dass Menschen ihre Heimat für die Hoffnung auf ein besseres Leben verlassen haben. Eine Geschichte, die weiterging mit den großartigen Leistungen und Herausforderungen der Migrant:innen und ihrer Kinder und die jetzt mit der Enkel- und Urenkel-Generation in der Gegenwart angekommen ist. Sie sind fester Bestandteil dieses Landes und tragen den Willen zur Teilhabe in sich. Das sind gute Nachrichten!“

Wo Licht ist, ist auch Schatten

Es bleibt aber nicht nur bei diesen guten Nachrichten und Erfolgsgeschichten. Neben ihnen gibt es auch eine dunklere Seite unserer Geschichte. “So viele unterschiedliche Menschen und trotzdem gibt es eine Reihe schmerzhafter Erfahrungen, die ihren Platz im kollektiven Gedächtnis der Deutschtürkinnen und Deutschtürken einnehmen“ meint Atila Karabörklü, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland. „Da geht es um politische Fehler, wie die „Türkenklassen“, die Residenzpflicht oder die Rückkehrprämie unter Bundeskanzler Kohl. Und es geht um Rassismus und Rechtsextremismus, es geht um die vielen Mordanschläge und um den skandalösen Umgang der staatlichen Behörden damit.

Wir glauben, dass eine ehrliche Auswertung der 60 Jahre notwendig ist. Denn damit können auch die Erinnerungen der „Gastarbeiter:innen und ihrer Kinder“ endlich zum Teil deutscher Geschichte werden. Dann erst haben wir ein stabiles Fundament, auf dem wir eine Einwanderungsgesellschaft bauen können“, betont Karabörklü abschließend.

#GenerationAlmanya

Die TGD hat das 60. Jubiläum aber nicht nur mit einem großen Festakt gefeiert sondern u.a. auch mit der Social Media-Kampagne #GenerationAlmanya. Dabei wurden 12 Menschen der ersten, zweiten und dritten Generation zusammengebracht. Ihnen wurden Fragen zu Themen wie Identität, Bildung, Liebe und Sexualität, Vergangenheit und Zukunftsaussichten gestellt. Herausgekommen sind zwei ca. 30-minütige Videos mit emotionalen und interessanten Gesprächen, die auf dem Youtube-Kanal *VideosTGD* zu sehen sind. Die Videos zeigen auch die Diversität der türkeistämmigen Community, anstatt sie, wie so häufig, als „die Türken“ zu sehen. ■

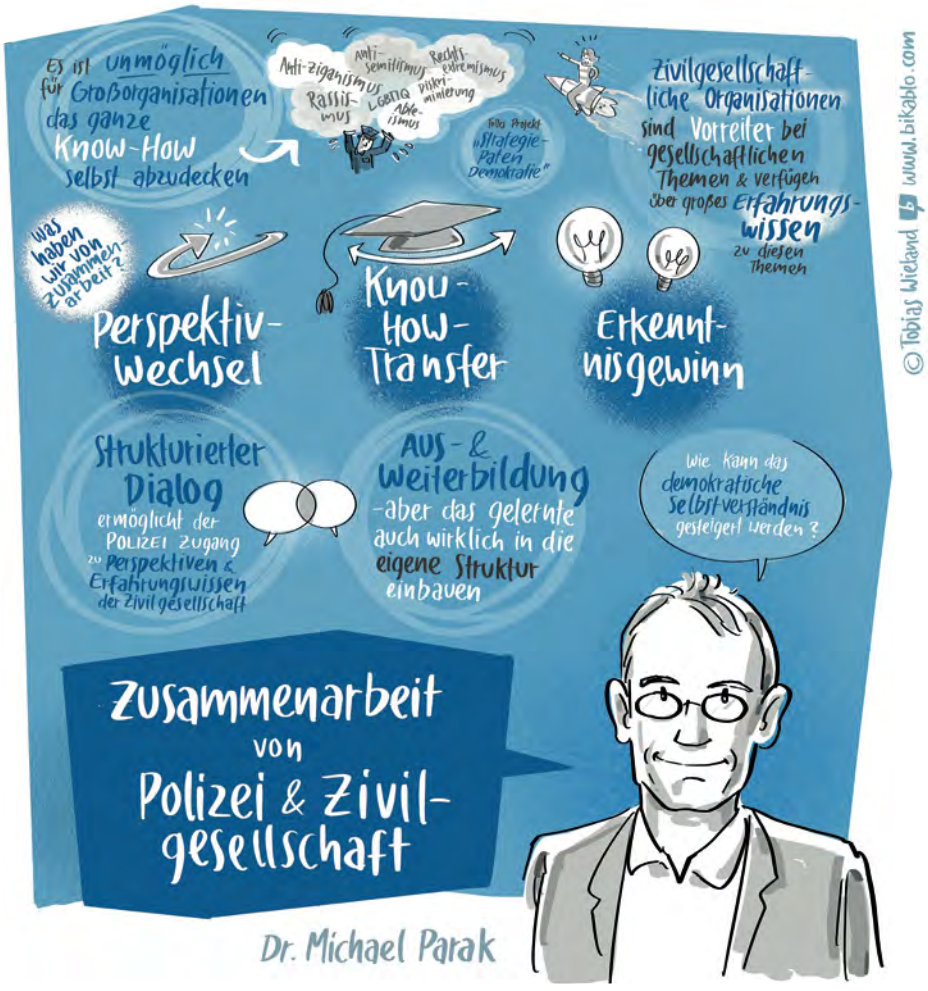
Dilay Yahlier ist Projektreferentin bei der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD), **Kaan Bağcı** ist dort für die Pressearbeit verantwortlich. Die TGD ist Kooperationspartner von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. im Kompetenznetzwerk für das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft. Der Festakt fand in Kooperation mit mehreren Projekten und Partnern statt. Mehr dazu im vollständigen Bericht auf: *www.migrations-geschichten.de*

Michael Parak

Zur Zusammenarbeit von Polizei und Zivilgesellschaft

Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat, Michèle Kiesewetter – dies sind die Namen der Menschen, die von der rechtsextremen Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) in den Jahren 2000 bis 2007 ermordet wurden. Der sogenannte NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags hat auf 1.368 Seiten eine Analyse zusammengetragen, die sich breit der Frage widmet, warum diese Morde nicht verhindert und lange Zeit nicht aufgeklärt werden konnten. Dabei wird dezidiert auf Versäumnisse der Sicherheitsbehörden eingegangen.

Der NSU-Untersuchungsausschuss gibt überdies Empfehlungen zur notwendigen Weiterentwicklung der Polizei ab. Hier wird den Sicherheitsbehörden unter anderem nahegelegt, „Expertenwissen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft" hinzuzuziehen. Zugleich wird „eine neue Arbeitskultur [gefordert], die anerkennt, dass z. B. selbstkritisches Denken kein Zeichen von Schwäche ist, sondern dass nur derjenige bessere Arbeitsergebnisse erbringt, der aus Fehlern lernt und lernen will. Zentral ist dabei die Diskurs- und Kritikfähigkeit, d. h. es muss eine ‚Fehlerkultur' in den Dienststellen entwickelt werden. Reflexion der eigenen Arbeit und Umgang mit Fehlern sollte daher Gegenstand der polizeilichen Aus- und Fortbildung werden." Wissenschaft und zivilgesellschaftliche Organisationen sollten in die Aus- und Fortbildung einbezogen werden.



Graphic Recording zum Vortrag von Dr. Michael Parak auf dem Kongress des Netzwerkes demokratische Polizei in Hannover.

Warum sich für die Polizei eine Zusammenarbeit lohnt

Selbst für eine Großorganisation wie die Polizei ist es kaum leistbar, die Themenfelder Demokratiestärkung und Rechtsextremismus in allen Facetten zu untersuchen. In einer arbeitsteiligen Gesellschaft bestehen aber Möglichkeiten, benötigte Erkenntnisse und Erfahrungswissen in anderer Form aufzugreifen und heranzuziehen. Das Wissen, das partiell in der eigenen Organisation nicht vorhanden ist, kann durch Zusammenarbeit mit anderen eingebracht werden. Entsprechendes Know-how findet sich in Bereichen „Staat" und „Markt", aber auch im sogenannten „Dritten Sektor". Dieser wird synonym oft auch als „Zivilgesellschaft" bezeichnet. Dazu gehören beispielsweise Vereine, Verbände, Stiftungen, Netzwerke, soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs).

Die Abgrenzung der Sektoren ist nicht trennscharf. So werden wissenschaftliche Erkenntnisse beispielsweise in staatlichen Einrichtungen wie auch in zivilgesellschaftlichen Organisationen gewonnen.

Scheinbar naturgemäß arbeiten staatliche Institutionen – wenn überhaupt – eher mit anderen staatlichen Akteuren zusammen, als dass sie Expertise aus der Breite der Gesellschaft einholen. Gerade im Themenfeld Rechtsextremismus ist dies aber nicht ausreichend.

»

» Dies hat auch mit der Entwicklung zu tun, wie das Thema in der Bundesrepublik Deutschland bearbeitet wurde. In der Zeit nach der Vereinigung Deutschlands wurden rassistisch motivierte Übergriffe und Anschläge – Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen – zu Fanalen der Menschenfeindlichkeit rechtsextremer Kräfte, die zugleich von Bürgern angefeuert wurden. Staatliche Akteure waren nicht in der Lage, dem Einhalt zu gebieten. Es folgte eine Gründungswelle zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich lokal oder überregional rechtextremistischen Tendenzen entgegenstellten. Die Bedeutung dieses zivilgesellschaftlichen Engagements unterstrich Bundeskanzler Gerhard Schröder, als er im Jahr 2000 nach dem Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge einen „Aufstand der Anständigen" einforderte. In der Folge richteten Bund und Länder „Aktionspläne" und spezielle Förderprogramme zur Unterstützung gesellschaftlicher Akteure ein.

Auch die aktuelle Strategie der Bundesregierung zur Extremismusbekämpfung und Demokratieförderung macht deutlich: „Eine aktive Zivilgesellschaft, das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern und ein gemeinsames Wirken von Staat und Zivilgesellschaft sind elementare Bestandteile einer effektiven Bekämpfung von Extremismus und der Stärkung demokratischer Gegenkräfte."

Dieser kurze Rückblick macht deutlich, warum wesentliches Expertenwissen in den Themenfeldern Demokratiestärkung und Rechtsextremismus bei zivilgesellschaftlichen Organisationen liegt. Dies ist eine Folge von Eigeninitiative und Selbstermächtigung wie auch bewusster staatlicher Entscheidung, diese Organisationen finanziell zu fördern.

2016 arbeitete der Bund zur Prävention gegen den Extremismus und zur Förderung von Demokratie und Vielfalt mit fast 700 zivilgesellschaftlichen Trägern und Zuwendungsempfängern in ganz Deutschland zusammen. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!" des Bundesministeriums für Familie, Soziales, Frauen und Jugend hat 2021 ein Haushaltsvolumen von 150 Millionen Euro. Im Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe" stehen zwölf Millionen Euro für die Förderung von regional verankerten Vereinen, Verbänden und Multiplikatoren zur Verfügung. Zudem unterhält die Bundeszentrale für politische Bildung eine eigene Projektförderung mit innovativen Pilotprojekten. Weiterhin gibt es auch in den Bundesländern eigene Förderprogramme wie das niedersächsische „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Menschenrechte", koordiniert durch den Landespräventionsrat Niedersachsen). Aufgrund dieser Bündelung von Erkenntnissen und Erfahrungswissen bei ganz unterschiedlichen Trägern des Dritten Sektors lohnt es sich für alle staatlichen Akteure, besonders auch für die Polizei, die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft zu suchen.

Perspektivwechsel und Perspektivenerweiterung

In Niedersachsen fand 2018 die modulare Fortbildungsreihe „Zwischen Konflikt und Konsens – Polizei und Zivilgesellschaft im Dialog" mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung statt. Im Rahmen der Fortbildung beschäftigten sich die Teilnehmenden unter anderem auch mit den Sichtweisen der jeweils „anderen Seite". Dabei traten Unkenntnis über Motive, Handlungslogiken des Gegenübers, aber auch Vorurteile und verfestigte Ressentiments zu Tage.
Die wissenschaftliche Evaluation der Fortbildungsreihe konnte in diesem Bereich im Verlauf dann aber wesentliche Veränderungen erfassen. Im Dialog der Teilnehmenden aus Polizei und Zivilgesellschaft gelang ihnen jeweils ein Perspektivwechsel. Im Bericht heißt es: „Erstaunlich sei gewesen zu erfahren, dass man auf unterschiedliche Weise ähnliche Ziele verfolge, wie u. a. den Schutz der Demokratie und Meinungsfreiheit. Dass die Vorgehensweisen sich aber oft so diametral entgegenstehen, habe eben auch mit den unterschiedlichen unverzichtbaren Rollen zu tun, die Polizei und Zivilgesellschaft für ein demokratisches Gemeinwesen einnehmen."

Mit dieser wichtigen Erkenntnis wird bislang im Verhältnis von Polizei und zivilgesellschaftlichen Organisationen noch nicht hinreichend gearbeitet. Statt mit scheinbar unvereinbaren Gegensätzen könnte stärker damit gearbeitet werden, dass es verbindende Elemente in der Zielsetzung gibt, je nach der gesellschaftlichen Rolle aber unterschiedliche Wege eingeschlagen werden.

Das Wissen und die Verständigung darüber führen zu Perspektivwechsel und Perspektiverweiterung auf beiden Seiten. Für die Projektseite bilanziert die Evaluation: „Als Projekt können wir bilanzieren, dass der intensive Austausch mit der Polizei dazu geführt hat, dass wir polizeiliche Perspektiven und Maßnahmen nun besser verstehen und nachvollziehen können – unabhängig davon, ob wir sie persönlich auch immer richtig finden."

Selbstverständlich wird die Zusammenarbeit von Polizei und Zivilgesellschaft – schon aufgrund der unterschiedlichen Rollen – niemals frei von Spannungen sein. Hilfreich könnte sein, sich stets zu vergegenwärtigen, dass es „die Zivilgesellschaft" nicht gibt. Das Feld ist breit aufgestellt. Gesellschaftliche Vorstellungen, politische Präferenzen, Bildungsansätze sowie Handlungs- und Aktionsformen sind vielfältig. So kann das Selbstverständnis zivilgesellschaftlicher Akteure bewusstes oppositionelles Handeln gegenüber staatlichen Akteuren umfassen, es kann aber auch bewusst kooperative Ansätze enthalten.

Für die Polizei ergibt sich der Handlungsauftrag, benötigte Erkenntnisse und Erfahrungswissen heranzuschaffen, egal woher sie kommen. Dazu gehört auch, Perspektiven einzubeziehen, die nicht von vornherein der eigenen Binnenlogik entsprechen. In der konkreten Zusammenarbeit können dann Erfahrungen darüber gesammelt werden, mit welchen zivilgesellschaftlichen Trägern produktiv, vertrauensvoll und langfristig zusammengearbeitet werden kann.

Mit dem Projekt „Polizeischutz für die Demokratie", das in diesem Heft an unterschiedlichen Stellen umrissen wird, haben die Polizei Niedersachsen und Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. einen vielversprechenden Versuch in diese Richtung gestartet. ■

Dr. Michael Parak ist Historiker und Geschäftsführer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Karina Korneli

Alter Wein in noch älteren Schläuchen

Strategien und Theorien der Neuen Rechten

Erst kürzlich lief ich an einem Veranstaltungsplakat vorbei, auf dem ein Vortrag über die extreme Rechte den Titel „Alter Wein in neuen Schläuchen" trug. Tatsächlich scheint mir das eine der beliebtesten Redewendungen zu sein, dieses Thema zu veranschaulichen – verständlicherweise. Ich zumindest hatte direkt einige Alt-Neu-Kombinationen vor Augen: Reichskriegsflaggen auf Corona-Demonstrationen, verherrlichende Anspielungen auf den Nationalsozialismus in Gruppenchats der Polizei, antisemitische Äußerungen nach kontroversen Entscheidungen der israelischen Regierung.

Aber ist heutiger Rechtsextremismus einfach die Wiederaufbereitung nationalsozialistischer Inhalte zu neuen Anlässen und auf neuen Kanälen? Oder muss vielleicht noch einen Schritt weitergegangen und neben dem „Wein" als Bild für eine menschenverachtende Kernideologie auch die Innovativität der „Weinschläuche", des strategischen und theoretischen Rahmens, infrage gestellt werden? Bei genauerem Hinsehen fällt nämlich auf, dass die Ursprünge so mancher Ansätze der „Neuen" Rechten noch weiter zurückliegen als der Nationalsozialismus.

Auch wenn die Bezeichnung „Neue Rechte" nicht zuletzt aus Praktikabilitätsgründen häufig Verwendung findet (z. B. in meinem Untertitel), ist „die" Neue Rechte keine geschlossene Bewegung mit einheitlichen Ideen und Zielen. Vielmehr kann sie als eine Art „überarbeitete Neuauflage" einer „extrem rechten Sammelbandreihe" verstanden werden. Wie in der 2021 erschienenen Sonderausgabe des DISS-Journals, der Zeitschrift des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS), von Laura Geray und Helmut Kellersohn dargestellt, zeichnet sich die sogenannte Neue Rechte besonders durch drei Merkmale aus:

1. Die soziale Herkunft und politische Sozialisation ihrer Akteur*innen ist breitgefächert; es findet sich über burschenschaftliche, bündische und neonazistische Hintergründe hinaus beispielsweise auch vormaliges Engagement in Vertriebenenverbänden oder linken Gruppierungen.
2. Statt in zentralen Einrichtungen sind sie in „losen Zirkeln und Gruppen" (Salzborn 2017, S. 37) organisiert und verfügen dank eigener Verlage, Zeitungen, Stiftungen, Internetportale usw. über eine relativ gesicherte ökonomische Basis.
3. Ihre Modernisierung vollzieht sich über die Intellektualisierung sowohl ihrer politischen Praxis als auch ihrer Inhalte – praxisstrategisch bedeutet dies ein Fokus auf „Metapolitik", während theoretisch an die „Konservative Revolution" angeknüpft werden soll.

Grafik: Pixabay

Intellektualisierung des Rechtsextremismus

Den auf den linken Theoretiker Antonio Gramsci zurückgehenden Begriff „Metapolitik" hat der neurechte Vordenker Alain de Benoist vor allem mit seinem 1985 erschienenen Buch „Kulturrevolution von rechts" auf den Plan gebracht. Hierin kritisiert er die Rechten für ihre „Unfähigkeit, die Notwendigkeit zu begreifen, daß [sic!] auf lange Frist geplant werden muß [sic!]" (de Benoist 2017, S. 38), und postuliert, dass es der Neuen Rechten weniger um realpolitische Kämpfe als den Einflussgewinn auf vorherrschende Bilder und Denkweisen gehen sollte. Metapolitisches Agieren müsse neurechte Deutungen anschluss- und hegemoniefähig machen, nur so würde die Rechte Legitimität erhalten und eine von der Bevölkerung getragene Realpolitik möglich werden. In diesem Zuge ist es für die intellektuelle Rechte beispielsweise elementar, sich vom Nati- »

» onalsozialismus abzugrenzen und biologistisch-rassistische Argumentationen zu vermeiden – stattdessen wird dann, wie von Sebastian Friedrich (2019) im „Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe" beschrieben, mit dem Konzept „Ethnopluralismus" die Homogenität des Volkes über eine geteilte kulturelle Identität imaginiert.

Auch fehlende rechte Theoriearbeit beschreibt de Benoist als Problem. In der „Konservativen Revolution" fand die Neue Rechte diesen Theoriebezug – wobei „finden" vielleicht das falsche Wort ist; eigentlich konstruierte sie ihn sich: Im Jahr 1949 veröffentliche Armin Mohler mit seiner Dissertation „Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932" den Versuch, verschiedenste radikalnationalistische Arbeiten aus der Weimarer Zeit zu einer Denkschule zusammenzufassen. Mohlers Bestreben war es, diese Positionen vom Nationalsozialismus zu trennen, so eine positive Theorietradition für die Neue Rechte zu etablieren und völkische Ideale in die Nachkriegszeit zu retten, wie es beispielsweise 2017 von Volker Weiß und Samuel Salzborn formuliert wurde. Während der Theorievereinigungsversuch zwar keiner wissenschaftlichen Prüfung standhält, was spätestens seit Stefan Breuers Analyse „Die ‚Konservative Revolution' – Kritik eines Mythos" (1990) als erwiesen gilt, scheint das Bemühen um einen gemeinsamen Bezugspunkt hingegen von Erfolg gekrönt: Auf unterschiedlichem Wege arbeitet die Intellektuelle Rechte nun schon seit einigen Jahrzehnten mit Werken, die der „Konservativen Revolution" zugeordnet werden.

Völkischer Nationalismus und (neu-)rechte Spaltungen

Entsprechend der Heterogenität der „Konservativen Revolution" wird auch in der Neuen Rechten nicht in allen Punkten der gleiche Kurs gefahren. Was die Denker*innen der Weimarer Zeit und neurechte Akteur*innen allerdings eint, ist ein „völkischer Nationalismus". Hiermit bezeichnet Helmut Kellershohn in der Sonderausgabe des DISS-Journals eine Weltanschauung, in der unter anderem das Volk als Abstammungsgemeinschaft verstanden wird, die Volksgemeinschaft über dem Individuum steht, opferbereite Volksgenoss*innen heroisiert werden und eine Nation über ethnische Homogenität konstruiert wird. Auch dichotomes Freund*in-Feind*in-Denken und autoritäre Staatsverständnisse inklusive Elite- oder Führerkult sind charakteristisch.

Differenzen tun sich auf, wenn es um die konkrete politische Gestaltung geht. So gilt etwa ein Staat, dessen Recht und Pflicht es ist, protektionistisch die nationale Wirtschaft zu regulieren, für Vertreter*innen eines „völkischen Antikapitalismus" als erstrebenswert. Von umfassender Kapitalismuskritik kann dabei allerdings nicht die Rede sein – rechter (Pseudo-)Antikapitalismus bezieht sich nur auf bestimmte Formen kapitalistischen Wirtschaftens und arbeitet mit dem antisemitischen Bild, „raffendes Kapital" global vernetzter Eliten müsse durch „schaffendes Kapital" fleißiger Volksgenoss*innen ersetzt werden. Antwort auf die „Soziale Frage von rechts" gibt, wie von Max Kroppenberg und Lara Wiese in der Sonderausgabe beschrieben, die Volksgemeinschaft: Durch eine völkische Leistungsgemeinschaft würden Klassenunterschiede vermeintlich aufgelöst. Als Vorbild kann hier die Vorstellung des „Nationalen Sozialismus" eines Personenkreises um die Zeitschrift „Die Tat" zwischen 1929 und 1933 erkannt werden. Modernisiert und vertreten wird dies heute unter anderem von Benedikt Kaiser, Mitarbeiter des neurechten Instituts für Staatspolitik (IfS), der 2020 sein Buch „Solidarischer Patriotismus" veröffentlichte (für eine tiefergehende Analyse dessen siehe DISS Journal 40 aus demselben Jahr). Ein grundlegend anderer Zugang findet sich im „völkischen Neoliberalismus". Hier wird die Volksgemeinschaft – vor allem Familie, Betrieb und Nachbar*innenschaft – in erster Linie als Gegenhalt zur kapitalistischen Konkurrenzlogik begriffen, denn die nationale Wettbewerbsfähigkeit steht im Vordergrund. Aufgaben des Staates sind die Sicherung der privatwirtschaftlich organisierten Wettbewerbsordnung und die Sanktionierung von Eingriffen. So wird mit Bezug auf Werner Sombarts „verstehende Nationalökonomie" (1930) beispielsweise von IfS-Mitarbeiter Felix Menzel (2018) ethnopluralistisch argumentiert, die angeblich spezifisch deutsche Wirtschaftskultur führe dazu, dass nicht in Deutschland geborene Menschen nicht zum nationalen Arbeitsmarkt passen würden und Fachkräftezuwanderung besagte Kultur zerstöre.

Derartige Flügelkämpfe zwischen vermeintlich sozial(istisch)en und (neo-)liberalen Kräften werden nicht nur im IfS ausgetragen. Sie waren und sind in ähnlicher Form auch in der NSDAP und AfD zu beobachten – und das nicht durch Zufall: Die „Konservative Revolution" gilt als wegbereitend für die NS-Diktatur und findet auf Basis des geteilten völkischen Nationalismus nun auch ihren Weg in die AfD. ■

Karina Korneli studiert Erziehungswissenschaft und Soziologie an der Universität Bielefeld. Im Rahmen eines Praktikums arbeitete sie am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung im Projekt „Metapolitik und Weltanschauung. Konzepte und Debatten der Neuen Rechten zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik". Der Artikel entstand basierend auf einem Vortrag, den sie im Rahmen einer Online-Veranstaltung der RAG Rhein-Main am 18. August hielt.

Literaturhinweise:

- Breuer, Stefan (1990): Die „Konservative Revolution" – Kritik eines Mythos, in: *Politische Vierteljahresschrift* 31 (4), S. 585–607.
- De Benoist, Alain (2017): *Kulturrevolution von rechts.* Dresden: Jungeuropa Verlag.
- Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (2021): *DISS Journal – Sonderausgabe 4, Neue Rechte und AfD. Wirtschaft* | *Klima* | *Soziales – die Bundestagswahl 2021*.
- Gießelmann, Bente, Benjamin Kerst, Robin Richterich, Lenard Suermann, und Fabian Virchow (Hrsg.) (2019): *Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe* (2. Aufl). Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.
- Menzel, Felix (2018): *Fachkräftesicherung ohne Masseneinwanderung. Eine politische Anleitung.* Wissenschaftliche Reihe, Heft 37. Steigra: Institut für Staatspolitik.
- Salzborn, Samuel (2017): *Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten.* Weinheim Basel: Beltz Juventa.
- Weiß, Volker (2017): *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes.* Stuttgart: Klett-Cotta.

Marie Basalla, Christine Müller-Botsch und Sabine Sieg

Macht euch ein Bild vom Widerstand!

Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand und ihr Projektpartner Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. laden bis zum 28. Februar 2022 junge Menschen dazu ein, am Jugendwettbewerb Remember Resistance 33–45 teilzunehmen und sich künstlerisch aktiv an der Erinnerungskultur zu beteiligen.

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus wird nach 1945 in seiner Breite und Vielfalt nur zögerlich anerkannt und geehrt. Es dauert Jahrzehnte, bis ein gesellschaftlicher Wandel einsetzt. Heute sind manche Menschen aus dem Widerstand sehr bekannt. An viele mutige Frauen und Männer, die auf unterschiedliche Weise Widerstand geleistet haben, wird jedoch an ihren Wirkungsstätten kaum erinnert.

Der *Jugendwettbewerb Remember Resistance 33–45* bietet die Möglichkeit, bundesweit verschiedener Menschen aus dem deutschen und europäischen Widerstand zu gedenken. Dabei wird an ihre Handlungen, Wertorientierungen und Ziele im Kampf gegen den Nationalsozialismus erinnert.

Fotos: Privatbesitz/Archiv Susanne und Dieter Kahl; Gestaltung: Braun Engels Gestaltung

Plakat zum Jugendwettbewerb Remember Resistance 33–45

Der Wettbewerb verbindet historisch-politische und kulturelle Bildungsarbeit: Teilnehmende zwischen 14 und 25 Jahren beschäftigen sich in Gruppen mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus und besuchen NS-Gedenkorte, Online-Seminare oder andere Veranstaltungen der historisch-politischen Bildung zum Thema. Anschließend wählen sie eine Person oder Gruppe im Widerstand gegen die NS-Diktatur aus, an die sie gern erinnern möchten. Zu dieser Person oder Gruppe erstellen sie gemeinsam einen künstlerischen Beitrag.

Auch wenig bekannte Menschen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus können im Rahmen des Wettbewerbs in den verschiedenen Regionen Deutschlands sichtbarer gemacht werden. Die Beschäftigung mit konkreten Personen bietet eine gute Grundlage für Akte des Erinnerns. Gefragt wird in dem Wettbewerb, wie junge Menschen heute an NS-Widerstandskämpferinnen und -kämpfer mit künstlerischen Entwürfen erinnern möchten: Welche Ausdrucksformen werden gewählt und welche Aspekte einer Biografie werden hervorgehoben? Welche sinnvollen Bezüge zwischen Widerstand in der Diktatur und politischem und zivilgesellschaftlichem Handeln in der Demokratie können hergestellt werden?

Dabei geht es auch um die Bedeutung, die der Widerstand gegen den Nationalsozialismus für uns heute hat: Was war Menschen im Widerstand wichtig? Wofür möchten wir uns in unserer Gegenwart und für die Zukunft engagieren? Gibt das Handeln der Menschen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus Impulse, uns für eine Kultur der Menschenrechte einzusetzen?

Der multimethodische Ansatz des Wettbewerbs ermöglicht die Annäherung an das Thema auf mehreren Ebenen. Unterschiedliche Neigungen und Kompetenzen sind gefragt. Eingereicht werden können künstlerische Arbeiten wie Zeichnungen, Graffiti, Tape Art, Drucke, Videoinstallationen, Collagen oder Fotografien. Auf die zehn besten Beiträge wartet eine ganz besondere Auszeichnung: Sie werden mit professioneller Unterstützung bearbeitet und als Public Art an öffentlichen Orten gezeigt – in offen zugänglichen Gebäuden, in Schaufenstern, auf Hauswänden oder anderen geeigneten Flächen.

Die Preisverleihung findet im Juli 2022 in Berlin statt und wird von einer gemeinsamen Abschlussaktion umrahmt. Alle Wettbewerbsbeiträge werden außerdem in einer Ausstellung präsentiert.

Teilnehmen können Gruppen von drei bis 30 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet. Dies können Gruppen aus unterschiedlichen Zusammenhängen sein, etwa aus Schulen, Universitäten, Jugendclubs, Vereinen, Glaubensgemeinschaften, Pfadfinderverbänden oder privaten »

» Freundeskreisen. Die Gruppen können eigenständig oder mit Unterstützung durch eine Projektbegleitung arbeiten, wie mit Lehrkräften, Jugendgruppen-Leiter*innen oder Künstler*innen.

Die Unterstützung von Projektgruppen kann dabei auf unterschiedliche Weise erfolgen: bei der inhaltlichen Recherche, bei der Vorbereitung einer Veranstaltung der historisch-politischen Bildung zum Nationalsozialismus mit Schwerpunkt auf den Widerstand oder bei deren Durchführung. Weitere Unterstützung bieten Aktive in den Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Ebenso kann beim Erstellen eines künstlerischen Entwurfs unterstützt werden. Für diese Begleitung kommen neben Kunstpädagog*innen an Schulen auch Träger kultureller Jugendbildung infrage, etwa Jugendkunstschulen. Finanzielle Mittel für künstlerische Workshops stehen zur Verfügung und können gerne bei der Projektkoordination angefragt werden. ■

■ **Weitere Informationen** und die **Anmeldung zum Wettbewerb** finden Sie auf *www.remember-resistance-33-45.de*

Kontakt:
Marie Basalla
Projektkoordination
Remember Resistance 33–45
info@remember-resistance-33-45.de

Marie Basalla, Dr. Christine Müller-Botsch und Sabine Sieg sind Mitarbeiterinnen der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und bilden das Projektteam für den **Jugendwettbewerb Remember Resistance 33–45**. Dieser ist Bestandteil des Förderprogramms „Jugend erinnert" der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Sena Çalışkan

Jugendbotschafter*innen und BeInterNett-Coaches diskutieren mit Ibrahim Arslan

Zeitzeuge berichtet über Herausforderungen mit Online-Formaten

„Herausforderungen politischer Bildungsarbeit online" hieß der Titel der Online-Veranstaltung mit Ibrahim Arslan, aber wir sprachen mit ihm noch über einiges mehr. Ibrahim Arslan engagiert sich politisch und leistet ehrenamtlich Aufklärungsarbeit. 1992 starben mehrere seiner Angehörigen bei dem rassistischen Anschlag in Mölln. Seit Jahren geht er auch für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in Schulen und andere Einrichtungen, um über sein Schicksal und den Umgang damit zu diskutieren.

Im ersten Teil der Veranstaltung sahen wir die Dokumentation „Der zweite Anschlag". Der Film ist eine Non-profit-Produktion, die die rassistischen Anschläge der vergangenen Jahrzehnte in Deutschland aus Sicht von Opfern und Angehörigen thematisiert und dabei auch Kontinuitäten aufzeigt.

Foto: © https://derzweiteanschlag.de

Filmszene aus „Der zweite Anschlag": Ibrahim Arslan umarmt nach einer Diskussionsrunde einen Teilnehmer.

Im Anschluss an den Film gab es einen kurzen inhaltlichen Input von Ibrahim Arslan. Dabei ging es unter anderem darum, mit welchen Problemen er und andere Überlebende und Angehörige rassistischer Gewalt konfrontiert sind. Ein wichtiges Thema dabei war, ob und wie rassistische Anschläge aufgearbeitet werden und in welcher Form Erinnerung und Gedenken

Foto: © https://derzweiteanschlag.de

Filmszene aus „Der zweite Anschlag". Zu sehen ist das Haus der Familie Arslan in Mölln in der Brandnacht 1992.

daran stattfinden. Ibrahim Arslan kritisierte besonders, dass Angehörige und Betroffene häufig nicht einbezogen werden, wenn es etwa um die Planung von Gedenkveranstaltungen geht.

Immer wieder betonte er, wie wichtig es sei, Betroffene zu Wort kommen zu lassen und ihnen zuzuhören. Dabei berichtete er von eigenen Erfahrungen, die er etwa mit Vertreter*innen der Stadt Mölln gemacht hat und die zur Initiierung der „Möllner Rede im Exil" führten. In Gedenken an die Opfer des Anschlags in Mölln veranstaltete die Stadt jährlich die sogenannte „Möllner Rede", die laut Arslan die Betroffenenperspektive nicht ausreichend berücksichtigte. Als Gegenentwurf dazu rief er im Jahr 2013 die „Möllner Rede im Exil" ins Leben, die seitdem jedes Jahr in einer anderen Stadt stattfindet und von Betroffenen organisiert wird.

Arslan hob überdies hervor, dass Betroffenen von Rassismus auch vor den Anschlägen nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt wurde, dass migrantisches Erfahrungswissen ignoriert wurde und noch immer ignoriert wird. Die Anschläge von Mölln, Solingen und anderen Orten hätten verhindert werden können und seien vorhersehbar gewesen, so Arslan. Die Vorboten seien sehr deutlich gewesen. In seinem Vortrag gab er einen Überblick über verschiedene rassistisch motivierte Anschläge der vergangenen Jahrzehnte und ihre Opfer. Er sprach außerdem darüber, wie die Aufklärungsarbeit und das Sprechen über diese Erfahrungen dabei helfen können, das Erlebte aufzuarbeiten. In diesem Zusammenhang erzählte er von seiner ehrenamtlichen Arbeit an Schulen, von prägenden Begegnungen mit Schüler*innen und davon, wie wichtig es ihm ist, in diesen persönlichen Austausch zu kommen. Auch wenn er zehn Stunden fahren müsse, um sich eine Stunde mit Menschen zu unterhalten, betonte er, würde er dies tun.

Pandemiebedingt führt Ibrahim Arslan seine Arbeit mittlerweile in Teilen auch über Online-Formate fort. Trotz der Vorteile, die er in diesen Formaten für sich sieht, ersetze dies nicht die Möglichkeit, nach Veranstaltungen mit einzelnen Teilnehmenden persönlich ins Gespräch zu kommen. In diesen Gesprächen bestehe die einzigartige Chance, eine Beziehung zu den Schüler*innen aufzubauen. Diese sei online nicht gegeben. Die Schulen betrachtet er als einen zentralen Aspekt seiner Aufklärungsarbeit. In diesem Kontext nannte er Forderungen, die er und andere Aktivist*innen an die Politik stellen. Eine zentrale Forderung lautet, rassistische Gewalttaten aus der Perspektive der Opfer und Angehörigen zu betrachten, aber auch, die Migrations- und Gastarbeitergeschichte als feste Bestandteile des Lehrplans im deutschen Bildungssystem zu etablieren.

Perspektiven der Betroffenen von Rassismus kämen aber nicht nur in der Schule zu kurz, sondern blieben auch sonst zu oft unberücksichtigt. Dies liege aber nicht daran, dass die Betroffenen nicht sprechen wollten, sondern daran, dass Ihnen der nötige Raum nicht gegeben werde.

In seinem Vortrag stellte Ibrahim Arslan daher exemplarisch einige Interventionen von Betroffenen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen vor. Darunter waren Filme, Ausstellungen an außerschulischen Bildungsorten, Theaterstücke und Bücher, die sich alle dazu eignen, sich intensiver mit der Thematik zu befassen. Nach dem Vortrag konnten wir Teilnehmenden Fragen an Ibrahim Arslan stellen und eigene Erfahrungen und Gedanken teilen. Es war eine große Bereicherung und eine sehr wertvolle Erfahrung, Ibrahim Arslan – wenn auch nur virtuell – kennenzulernen und seine Geschichte zu hören. ■

Sena Çalışkan absolviert ein Lehramtsstudium an der Freien Universität Berlin und ist Jugendbotschafterin von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.
Mehr Informationen zum Film auf *https://derzweiteanschlag.de*

RAG Südhessen

Bettina Bergstedt

Jüdische Anwälte im Darmstadt der NS-Zeit

Der Arbeitskreis Stolpersteine hat 20 jüdische Anwälte und deren Schicksale erforscht. Nun gab es dazu eine Veranstaltungsreihe.

Benno Joseph, Dr. Fritz Freund, Ernst Langenbach, Hugo Bender und Dr. Max Ranis waren nur fünf von 68 Anwälten, die in Darmstadt vor 1933 fest in die Stadtgesellschaft integriert waren. Sie hatten volle Auftragsbücher, manche hatten im Ersten Weltkrieg gedient. Sie gestalteten den Aufschwung in der Weimarer Republik mit und mussten den politischen und gesellschaftlichen Wandel hin zu Faschismus und Führerstaat erleben.

Anlässlich „100 Tage 1700 Jahre Jüdisches Leben in Darmstadt" initiierte Klaus Müller vom Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie" mit Michaela Rützel, Dietlinde Kling und Dr. Elisabeth Krimmel vom Arbeitskreis Stolpersteine die Vortragsreihe „Rechtsanwälte ohne Recht – Jüdische Anwälte in Darmstadt im NS-Regime", die sich mit den Schicksalen einiger Rechtsanwälte beschäftigt, eine Kooperationsveranstaltung mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Darmstadt und des Anwaltvereins Darmstadt und Südhessen.

Der Umbau der politischen Landschaft setzte mit der sogenannten „Machtergreifung", der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler durch Reichspräsident Paul von Hindenburg am 30. Januar 1933 ein. Am 1. Februar 1933 löste Hindenburg den Reichstag auf, am 4. Februar 1933 folgte eine Verordnung „zum Schutz des Deutschen Volkes".

Dies war der Auftakt zu weiteren massiven Eingriffen in Verwaltung und Gesetzgebung mit dem Ziel der Gleichschaltung und der Vertreibung und Vernichtung von Juden. Bei den Neuwahlen am 5. März 1933 wurde das Wahlergebnis von 43,9 Prozent für die NSDAP im Bundesdurchschnitt in Darmstadt mit 50 Prozent der Stimmen übertroffen.

Antisemitische Tendenzen gab es bereits während der Weimarer Republik; die Justiz war damals eine bürgerlich-konservative Domäne. Am 1. April 1933 rief die NSDAP offen zum „Judenboykott" auf

Foto: Hess. Staatsarchiv Darmstadt

Amtseinführung von Dr. Ludwig Scriba als Präsident des Oberlandesgerichts Darmstadt am 1. Februar 1936. 1885 geboren, war Scriba bereits 1932 in die NSDAP eingetreten.

und startete ihre Hass- und Neidkampagne gegen jüdische Geschäftsleute, Ärzte und Rechtsanwälte. Denn gerade in diesen Berufen gab es vergleichsweise viele und starke jüdische Persönlichkeiten mit ausgezeichneten Qualifikationen. Von zahlreichen anderen Berufen seit Jahrhunderten ausgeschlossen, hatten sie sich über Generationen in diesen Sparten etabliert: In Darmstadt war knapp ein Drittel der 68 Anwälte jüdischen Glaubens. Nun sollten laut Erlass des Hessischen Justizministers jüdische Richter zu „Urlaubsgesuchen" veranlasst werden und die Anzahl der Rechtsanwälte höchstens noch proportional zur Anzahl der jüdischen Bevölkerung vor Gericht auftreten.

Am 7. April 1933 verkündete das „Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft", dass jüdischen Anwälten ab sofort die Zulassung entzogen werden könne, es sei denn, sie hätten diese vor 1914 erhalten oder „an der Front für das Deutsche Reich" gekämpft. Kurz darauf listete die Darmstädter Tageszeitung die Namen der Rechtsanwälte öffentlich, die nicht mehr arbeiten durften. Von den 1933 in Darmstadt ansässigen 20 Rechtsanwälten, die ermittelt werden konnten, mussten drei sofort, bis November 1938 weitere acht ihren Beruf aufgeben. Den Nürnberger Gesetzen 1935, die – rassistisch begründet – nur noch „arischen" Bürgern politische Rechte einräumten, folgte das „allgemeine Berufsverbot" für jüdische Rechtsanwälte im November 1938, das in Darmstadt weitere neun Anwälte betraf.

Nur Rechtsanwalt Benno Joseph, 1885 in Darmstadt geboren, blieb im Landgerichtsbezirk Darmstadt bis Februar 1943 tätig. Er hatte seine Zulassung seit 1912 beim Oberlandesgericht in Darmstadt, nach 1938 durfte er als „Rechtskonsulent" ausschließlich die Interessen von Juden vertreten, was er mit großer Standhaftigkeit und Integrität tat. Am 11. April 1944 kam er in Theresienstadt um.

Nicht alle Anwälte in Darmstadt waren von Anfang an von Berufsverboten betroffen: Es waren wohl zu viele, als dass man sie allesamt sofort hätte aus dem Verkehr ziehen können. Das stimmte diejenigen hoffnungsvoll, die ihre Kanzlei behielten. Dr. Fritz Freund war einer von ihnen.

Foto: Hess. Staatsarchiv Darmstadt

Benno Joseph (*1885) war nach 1938 der einzige Darmstädter Rechtsanwalt, der als sog. Rechtskonsulent zur anwaltlichen Vertretung ausschließlich jüdischer Mandanten verpflichtet wurde. Er wurde am 11. April 1944 in Theresienstadt ermordet.

Dabei ging die öffentliche Verbrennung „undeutscher Bücher" am 21. Juni 1933 auf dem Merckplatz weder an ihm noch an anderen Darmstädtern spurlos vorbei, das „Darmstädter Tagblatt" lobte am kommenden Tag die Aktion als Symbol für den Kampf „gegen das Undeutsche", und der Rektor der Technischen Hochschule, Professor August Thum, gab seinen Segen, wie Dr. Elisabeth Krimmel in ihrem Buch „Freund ohne Freunde" über das Leben von Fritz Freund schreibt.

Foto: Hess. Staatsarchiv Darmstadt

Rechtsanwalt Dr. Fritz Freund (* 1898) mit seiner Tante Hanna Kay. Aufgenommen in seiner Berliner Wohnung im Frühjahr 1938. Dr. Freund und seine Ehefrau Hilde wurden 1942 nach Theresienstadt verschleppt und von dort am 18. Mai 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Rechtsanwälte ohne Recht:

Dr. Hugo Bender
(* 1863, † 1941 England)
Dr. Fritz Freund
(* 1898, † 1944 in Auschwitz)
Dr. Karl Heß
(* 1900, † 1975 Brasilien)
Benno Joseph
(* 1885, † 1944 Theresienstadt)
Ernst Langenbach
(*1884, † 1941 Sachsenhausen)
Dr. Alfred Leoni
(* 1876, † 1933 Frankfurt/Main, Suizid)
Sally Levi
(* 1886, † 1937 Argentinien, Suizid)
Dr. Lucian Löb
(* 1889, † 1972 USA)
Dr. Friedrich Mainzer
(* 1875, † 1955 England)
Dr. Ludwig May
(* 1903, † 1973 USA)
Hermann Metz
(* 1854, † unbekannt, Darmstadt)
Dr. Salomon Oberndorf
(* 1860, † 1942 Darmstadt)
Dr. Richard Oppenheimer
(*1874, † 1938 Buchenwald)
Dr. Max Ranis
(* 1894, † 1943 USA)
Dr. Emanuel Reis
(* 1855, † 1936 Darmstadt)
Dr. Gustav Reis
(* 1887, † 1966 USA)
Ebo Rothschild
(* 1902, † 1977 Israel)
Ernst Sondheimer
(* 1890, † 1950 USA, Suizid)
Dr. Josef Strauß
(* 1878, † 1942 Ghetto Łodz)
Dr. Hermann Wolf
(* 1880, † 1951 USA)

Quelle: Arbeitskreis Stolpersteine, Michaela Rützel

Seine Halbschwestern, Hanna und Hildegard, mussten schon im April 1933 die Eleonorenschule verlassen. Als der Halbbruder ihre Ausreise nach Palästina zu organisieren begann, schwante ihm, dass ein Erlass im März 1935, der Palästina-Ausreisen angeblich erleichtern sollte, vor allem einem Ziel diente: Einblick in die Vermögensverhältnisse von Juden zu erhalten, um diese abschöpfen zu können. Immer mehr Freunde wandten sich von ihm ab, mit dem „Gesetz zur Verhütung von Missbräuchen auf dem Gebiet der Rechtsberatung" (Dezember 1935) durfte dann auch Fritz Freund nicht mehr tätig sein. Er ging nach Berlin, wurde dort 1940 zur Zwangsarbeit verpflichtet, wurde 1942 mit seiner Frau Hilde nach Theresienstadt und am 18. Mai 1944 nach Auschwitz deportiert und dort umgebracht.

Foto: privat

Rechtsanwalt und Justizrat Dr. Hugo Bender (* 1863), seit 1925 Vorstandsvorsitzender der Hessischen Rechtsanwaltskammer, seit 1907 Abgeordneter in der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung und langjähriger Fraktionsvorsitzender der Deutschen Volkspartei. 1933 wurde er von allen öffentlichen und politischen Ämtern ausgeschlossen. Er floh 1939 nach England, wo er 1941 starb.

Was passierte mit den 20 Rechtsanwälten, deren Leben teilweise nachrecherchiert werden konnte? Elf von ihnen emigrierten rechtzeitig. Von ihnen kam nur einer nach 1945 zeitweise nach Darmstadt zurück, zwei nahmen sich im Exil das Leben. Zwei der neun zunächst in Darmstadt verbliebenen Rechtsanwälte starben in Darmstadt 1936 und 1942. Ein Anwalt beging im Oktober 1933 Suizid. Fünf Rechtsanwälte, darunter Fritz Freund und Benno Joseph, wurden im KZ oder Vernichtungslager ermordet. ■

Der Artikel erschien zuerst am 28. Oktober 2021 im *Darmstädter Echo*, Seite 10. Wir danken der Zeitung und der Journalistin und Lektorin Bettina Bergstedt (Foto) für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

RAG Mittelrhein

Friedhelm Boll

Fortsetzung des Versöhnungsprozesses in Maillé

Besuch vom 25. bis 26. August 2021

Im August 2019, am 75. Jahrestag des Massakers von Maillé 1944, kamen mit unserer Delegation zum ersten Mal Deutsche nach Maillé, um mit den Überlebenden zu sprechen. Damals schrieb die Nouvelle République de Tours vom „Beginn eines Versöhnungsprozesses". Nun, zwei Jahre später, konnten wir erleben, dass dieser Versöhnungsprozess große Fortschritte macht. In diesem August trafen wir eine Reihe von hochbetagten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen mit ihren Kindern. Es war ein Zusammentreffen, das offener, herzlicher und engagierter ablief als beim ersten Mal.

Zuerst sprachen wir mit Eugénie Bernard, die wie 2019 mit ihren drei Töchtern gekommen war (siehe Zeitschrift 102). Sie hatte nie über ihre Erfahrungen beim Massaker gesprochen. Das lange Schweigen dieser jetzt 95-jährigen Dame hat uns alle schon vor zwei Jahren stark beeindruckt. Nun kam in ihrer Erzählung eine wichtige Bemerkung vor: „Erst als wir feststellten, dass unser Schicksal – das meiner Schwester und meins – in der Ausstellung des Maison du Souvenir nicht erwähnt wurde, machte es ‚klick'! – Ich merkte, dass ich erzählen musste." Daraufhin hatte ihre Tochter Ghislaine ein umfangreiches Interview mit ihrer Mutter geführt und daraus ein Buch gemacht. Sie schenkte mir das Buch, das in der Gedenkstätte noch nicht vorlag, mit Widmung als Dank für unsere Bemühungen. Wir konnten von Eugénie Bernard weit mehr erfahren als bei unserem Besuch im Jahr 2019. Abgesehen von ihren Töchtern war es somit die Gedenkstätte, die sie motivierte, ihr Schweigen zu brechen.

Eugénies Familie und einer ihrer Arbeiter, Monsieur Ménanteau, haben das Massaker überlebt, weil sie zwei gute Verstecke hinter ihrem Hof und im Keller der Sakristei der Kirche fanden. Stundenlang gab es Gewehrschüsse und Schreie im Dorf. Die jungen Soldaten töteten alle Einwohner und brüllten „wie die Verrückten". Am frühen Nachmittag sah die Gruppe, dass vom Haus ihres Arbeiters dicker Rauch aufstieg: Eugénie packte ihren Mut zusammen und begleitete Monsieur Ménanteau bis zu seinem Haus. Schon im Eingang streckten sich tote Kinderbeine

Foto: Friedhelm Boll

Blumengestecke zum Gedenken an das Massaker von Maillé

aus der Tür. Madame Ménanteau und ihre weiteren vier Kinder lagen eng umschlungen in einer Zimmerecke. Sie waren aus nächster Nähe erschossen worden.

Am folgenden Tag stand das gesamte Dorf unter Schock: Viele Gebäude waren zerstört, Bauernwagen verbrannt, es gab eine große Anzahl von Toten. Die Zählung ergab später 124 Ermordete. Da niemand anderes zur Verfügung stand, mussten Eugénies Vater als stellvertretender Bürgermeister und sie die Aufgabe übernehmen, die Leichen des Dorfes zu identifizieren. Sie durchkämmten alle Straßen, jedes Haus, jeden Keller, wobei sie auch die verbrannten Leichen zu identifizieren hatten. Was sie sahen, waren die größten Grausamkeiten des Massakers. Eugénies Familie hat überlebt, allerdings hatte sie Onkel und Cousinen verloren. Sie heiratete und wollte sich nicht beklagen. So schwieg sie. Zu Christiane Goldenstedt sagte sie : „Je porte ça sur mon dos" (Ich trage dies auf meinem Rücken).

Monsieur Ménanteau heiratete später eine Witwe, mit der er Zwillinge bekam. Einer ist Jacques, der uns ebenfalls berichtete. Er war mit seinem Cousin erschienen. Beide äußerten sich voll Hochachtung über Eugénie, weil sie als 18-Jährige den Mut aufgebracht hatte, schon am Nachmittag des Massakers zusammen mit Jacques' Vater das brennende Haus der Ménanteaus aufzusuchen, wo sie seine ermordete Familie fanden. Auf dem Rückweg mussten sie sich wieder vor mordbereiten Deutschen verstecken. Auch alliierte Flieger waren zu hören. In Jacques' Familie wurde ebenfalls nicht über das Massaker gesprochen.

Jacques' etwas älterer Cousin setzte den Bericht nahtlos fort. Lilian Ménanteau, von Beruf Koch, berichtete, dass sein Vater als Zwangsarbeiter nach Deutschland gehen sollte, jedoch fliehen konnte und als Maquisard, als Partisan im Untergrund verschwand. Nach dem Krieg wurde der Vater eingezogen und für ein Jahr in Koblenz als Teil der französischen Besatzungstruppen eingesetzt. Daher lernte Lilian seinen Vater erst kennen, als er bereits viereinhalb Jahre alt war. Über seine Zeit im Untergrund und in Koblenz habe der Vater gegenüber seiner Familie nie gesprochen. Auch Lilian bestätigte, dass im Dorf immer geschwiegen wurde. Sei-

Foto: privat

Eugénie Bernard (mit Blumen), ihre Töchter (zweite und dritte v. links, Dame mit Sonnenbrille in der 2. Reihe), Cousins Lilian und Jacques Ménanteau (mit Ehefrau, unmittelbar hinter M. Bernard) sowie Mitgliedern der Delegation.

ne Biografie sei durch das Massaker wenig beeinflusst worden. Allerdings tue es ihm sehr leid, dass er seine Tante und ihre fünf Kinder nicht kennengelernt habe, die ermordet wurden. Für den langjährigen Vorsitzenden der Opfervereinigung Serge Martin empfand er große Bewunderung. Das Bundesverdienstkreuz habe dieser völlig zu Recht erhalten.

Ebenso wie Jacques Ménanteau entstammte auch Anne-Marie Prouteau einer zweiten Ehe. Sie erzählte zunächst von ihrem Vater, der als Kriegsgefangener auf einem deutschen Bauernhof arbeitete, wo er nicht gut behandelt wurde. Während des Massakers wurden dessen erste Frau und seine Kinder grausam ermordet. Lange überlegten seine Schwestern, wie sie ihrem Bruder mitteilen sollten, dass seine Familie umgekommen sei. Wegen der Briefzensur schrieben sie nur einen Satz: „Deine Frau und die Kinder sind zur Großmutter übergegangen." Anne-Maries Vater verstand die Nachricht, da die Großmutter tot war. Wie der Vater reagierte und was anschließend geschah, hat er nie erzählt. Etwas musste passiert sein, denn er hatte eine große Narbe auf dem Rücken. Anne-Marie traute sich nicht, ihn nach der Wunde zu fragen. Und auch über das Massaker wurde nie gesprochen. Wie alle Einwohner des Dorfes ging man am Jahrestag immer zu der Trauerfeier, die erste Ehefrau mit den ermordeten Kindern wurde aber nie erwähnt. Schließlich erfuhr Anne-Marie von einer Dorfbewohnerin, dass sie Geschwister auf dem Friedhof habe, und so auch von der ersten Ehe ihres Vaters und dem Schicksal ihrer Halbgeschwister.

Das Massaker hat ihr Leben noch auf eine andere Weise beeinflusst. Als sie 1948 kurz nach ihrer Geburt getauft wurde, war das Ehepaar Hale aus den USA anwesend. Es übernahm sofort die Patenschaft für Anne-Marie. Durch dieses Ehepaar kam außerordentlich viel Hilfe nach Maillé. Unter anderem wurden alle Kinder mit Weihnachtsgeschenken überrascht. Anne-Marie selbst erhielt als Patenkind ein zusätzliches Geschenk. Schon bald wurde sie deshalb gehänselt und immer wieder ausgeschlossen. Auch als ihr Vater die Eheleute Hale bat, die Geschenke unmittelbar nach Hause und nicht an die Schule zu schicken, hörten die Anfeindungen nicht auf. Er habe oft gesagt: „La guerre reste la guerre" (Krieg bleibt Krieg).

Vor zwei Jahren hatte Anne-Marie schon einmal berichtet. Damals war ich innerlich so aufgewühlt, dass ich das Interview abbrechen musste. Noch vor wenigen Monaten hätte sie sich geweigert, in Deutschland als Zeitzeugin aufzutreten. Nun überlegte sie, nahm eine entsprechende Einladung von uns an und sagte, jetzt könne sie sich eine solche Reise vorstellen. Möglicherweise seien sogar andere Familienmitglieder bereit, sie nach Deutschland zu begleiten. Auch Jacques Ménanteau würde mit nach Deutschland kommen. Dies war ein großer Erfolg für unsere Gespräche und bietet eine gute Grundlage für die weitere Versöhnungsarbeit.

Besonders beeindruckt hat uns darüber hinaus eine 96-jährige Zeitzeugin, die sich offensichtlich seit dem 25. August 1944 selbst mit dem Vorwurf belastete, am Tod ihres Vaters schuld zu sein. Der Vater arbeitete im Nachbardorf Nouatre und hatte von den dort stationierten Wehrmachtssoldaten erfahren, dass „eine Aktion" im Gang sei. Daher habe er ihr zugeredet, nicht nach Maillé zu gehen, wo sie die Großeltern pflegen sollte. Sie ging dennoch, um den Großeltern Bescheid zu geben, dass sie am folgenden Tag zu Hause bleibe. Kaum hatte sie sich auf den Weg »

Michael u. Barbara Vogel, Charlotte Seibt, Friedhelm Boll, Christiane u. Albert Goldenstedt, Jürgen u. Ursula Schroeter.

Foto: privat

» gemacht, als der Vater erfuhr, dass die Aktion beginne. Er folgte ihr und wurde kurz darauf als Erster ermordet. Zeitlebens machte sie sich Vorwürfe, die schließlich stärker waren als ihre konkreten Erinnerungen an das Massaker. Bei ihrer Schilderung der Ereignisse schien es uns nun so, als habe sie inzwischen Frieden mit sich und ihren Erinnerungen gemacht.

Am Abend saßen wir noch lange mit Bürgermeister Bernard Eliaume zusammen. Er erzählte, dass sein Vorgänger ihn dringend gebeten habe, niemals ein Auto mit deutschem Nummernschild nach Maillé zu lassen. Auch in seinem Haus, das außerhalb des Dorfes lag, sollte er nie Deutsche empfangen. Dabei hatte seine Frau seit ihrer Schulzeit eine enge deutsche Freundin. Wenn Gäste aus Deutschland kamen, mussten sie das Auto sofort verstecken und durften in der Öffentlichkeit nicht Deutsch sprechen. Wir sahen, dass sich inzwischen vieles in Maillé geändert hatte.

Alle teilten die von Lilian Ménanteau geäußerte Meinung, es sei an der Zeit, dass endlich einmal ein hochrangiger deutscher Politiker oder eine hochrangige deutsche Politikerin nach Maillé käme, um in einer Geste Scham und Reue zu äußern und um Verzeihung für die Verbrechen der Deutschen im Zweiten Weltkrieg zu bitten. ■

Prof. Dr. Friedhelm Boll ist Mitglied des Vorstandes und Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Mittelrhein von Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. Er dankt Christine Goldenstedt für die Überlassung ihrer Aufzeichnungen.

RAG Nordhessen-Südniedersachsen

Eine Mauer, die kommunizieren will

Im Rahmen einer Gedenkveranstaltung wurde Anfang September der neugestaltete Eingangsbereich zum Jüdischen Friedhof in Wolfhagen vorgestellt. Anwesend waren unter anderem die Hessische Justizministerin und Schirmherrin des Vorhabens Eva Kühne-Hörmann, der Direktor des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen Daniel Neumann und der Regierungspräsident Hermann-Josef Klüber. Zu diesem Anlass wurde im Rahmen der Veranstaltung auch der Ehrenpreis der Stadt Wolfhagen an Ernst Klein verliehen. Klein ist Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und war langjähriger Sprecher der RAG Nordhessen-Südniedersachsen. Wir veröffentlichen hier den Redebeitrag von Ernst Klein zum Jüdischen Friedhof Wolfhagen und Auszüge der Rede des Bürgermeisters Reinhard Schaake zur Verleihung des Ehrenpreises.

Ernst Klein: „Wir sind heute hier zusammengekommen, um der Öffentlichkeit ein Bauwerk zu übergeben, das den jüdischen Bürgerinnen und Bürgern gewidmet ist, die einst hier in dieser Stadt zu Hause waren, das aber gleichzeitig die heute und in der Zukunft hier lebenden Menschen zum Erinnern und Nachdenken anregen soll.

Diese neu errichtete Mauer ist keine Mauer im üblichen Sinne. Mauern wollen oft abwehren oder den Blick auf das Dahinterliegende verwehren. Diese Mauer ist nicht dazu bestimmt, Betrachter fernzuhalten, nein, sie will kommunizieren. Sie möchte die Vorübergehenden einladen näherzutreten, die Namenstafeln zu lesen und die während der NS-Diktatur zerstörten und dann 1948 im hinteren Bereich des Friedhofs wieder aufgestellten Grabsteine wahrzunehmen, was jahrzehntelang wegen der hohen, völlig die Sicht versperrenden Hecke nicht möglich war.

Die Steine dieser Mauer erinnern auch an den steinigen Weg, auf dem sich die Wolfhager Juden im Lauf der Zeit gegen viele Widerstände behaupten mussten. 1621, vor genau 400 Jahren, erlaubte der hessische Landgraf Moritz zwei jüdischen Familien die Niederlassung in Wolfhagen, erst 120 Jahre später lebten 40 jüdische Einwohner in der Stadt. In dieser Zeit wurde von der kleinen Jüdischen Gemeinde an der Liemecke, ungefähr im Bereich des heute dort bestehenden Supermarkts, ein Friedhof angelegt, von dem leider keine sichtbaren Spuren mehr vorhanden sind. In unmittelbarer Nachbarschaft wurde 1793 trotz heftiger Proteste der Juden ein Schützenhaus gebaut. Ende der 1820er Jahre war der Friedhof voll belegt. Die gewünschte Erweiterung scheiterte daran, dass die wenigen Wolfhager Juden sowohl das Grundstück als auch den Bau eines neuen Schützenhauses bezahlen sollten, was aber ihre finanziellen Möglichkeiten völlig überstieg.

1834 konnte die langsam wachsende jüdische Gemeinde hier an der Wilhelmstraße von der evangelischen Kirchengemeinde ein 3.007 Quadratmeter großes Grundstück erwerben und einen neuen Friedhof anlegen. Die jahrelangen Bemühungen um eine Sicherung des alten Begräbnisplatzes mit einer Mauer scheiterten am Widerstand der städtischen Behörden. Einige dort noch vorhandenen Grabsteine wurden daraufhin auf

Foto: © Stadt Wolfhagen

Ernst Klein bei seiner Rede im Rahmen der Gedenkveranstaltung.

den neuen Friedhof gebracht und hier aufgestellt. Als Abgrenzung zur Straßenseite wurde eine Mauer aus Sandsteinen errichtet, die vor rund 50 Jahren abgebrochen und durch die bis vor Kurzem noch vorhandene Hecke ersetzt wurde. Die neue Mauer stellt nun – in abgewandelter Form – den ursprünglichen Zustand wieder her.

In dem von Baruch Wormser erstellten Verzeichnis sind im Jahr 1938 noch 177 vorhandene Grabsteine dokumentiert. Nachdem der Friedhof bereits 1924 in einer Gewaltaktion geschändet worden war, wurden zu Beginn des Zweiten Weltkriegs alle Steine umgestürzt und größtenteils zertrümmert. Nach Ende des Weltkriegs und der NS-Herrschaft wurden auf Vorschlag von Opfer-Organisationen und auf Anordnung der Behörden mit den Bruchstücken der Grabsteine eine Mauer und ein Ehrenmal gebaut. Die unversehrten Steine wurden vor dieser Anlage abgelegt und später wieder aufgestellt. Die Einweihung erfolgte am 5. September 1948 in Anwesenheit des Hessischen Landesrabbiners Dr. Wilhelm Weinberg und einer kleinen Gruppe jüdischer Gäste, die die Zeiten der Verfolgung überlebt hatten. Die Zahl der nichtjüdischen Teilnehmer scheint nicht sehr groß gewesen zu sein.

Die damals an dem Gedenkstein angebrachte Tafel erinnert in hebräischer und deutscher Schrift an die Verstorbenen, die hier bestattet worden sind. An die während der NS-Terrorherrschaft ermordeten jüdischen Frauen, Männer und Kinder aus Wolfhagen erinnert der Text auf dieser Tafel nicht. Gemeinsam mit der seit über 20 Jahren bestehenden „Initiativgruppe 9. November" habe ich mich intensiv mit der Aufarbeitung der Geschichte der jüdischen Gemeinde in Wolfhagen beschäftigt und die Schicksale der Gemeindemitglieder, die ausgegrenzt, verfolgt und in die Flucht oder in den Tod getrieben wurden, erforscht und dokumentiert.

Nach langer ehrenamtlicher Vorarbeit und Abwägung vieler Argumente hat sich unsere Gruppe – ebenso wie bei den an verschiedenen Häusern angebrachten Gedenktafeln – dazu entschlossen, die Erinnerung nicht in Form der bekannten Stolpersteine umzusetzen. Unsere Überlegungen sind nicht als Kritik an den in vielen Orten erfolgten Stolperstein-Verlegungen zu verstehen. Sie sind aber Ausdruck des Respekts vor den Empfindungen zahlreicher Betroffener, wie zum Beispiel auch der jüdischen Ehrenbürger Lutz Kann und Ralph Mollerick, mit denen ich viele Gespräche über individuelle Formen der Erinnerung führen konnte.

Anders als in der Nachkriegszeit wurde mit der Neugestaltung keine von den Behörden auferlegte Pflicht erfüllt, sondern eine Gedenkstätte auf Initiative von Bürgerinnen und Bürgern aus dieser Stadt und dieser Region mit großem finanziellen Engagement des Landes Hessen und der Stadt Wolfhagen geschaffen. Nach einer langen Phase des Verdrängens in früheren Jahrzehnten wollen wir mit diesem Projekt das Gedenken an die Ermordeten in den Blickpunkt der Lebenden rücken. Wir wollen die früher in Wolfhagen lebenden jüdischen Bürgerinnen und Bürger durch die Lesung ihrer Namen symbolisch wieder in die Gemeinschaft aufnehmen, aus der sie ausgegrenzt und in den Tod getrieben wurden.

Die Namen und persönlichen Daten auf den acht Gedenktafeln und die Steine dieser Mauer können nicht das unvorstellbare seelische und körperliche Leid ausdrücken, das jeder einzelne Mensch erdulden musste. Aber sie können dauerhaft unsere Achtung vor den Toten und den in die Emigration Getriebenen ausdrücken und den Lebenden aufzeigen, wohin es führen kann, wenn große Teile eines Volkes einem verbrecherischen Regime folgen und aus Fanatismus und Hass die Menschenwürde und selbst das Leben von Minderheiten nicht mehr achten. Sie sollen uns auch bedenken lassen, dass das Töten von Menschen nicht erst in den Vernichtungslagern begonnen hat. Fängt die Vernichtung von Menschen nicht schon an, wenn man seine verfolgten Nachbarn im Stich lässt, wenn man zulässt, dass Minderheiten in menschen- »

» verachtender Weise gedemütigt, ausgegrenzt und ausgeraubt werden?

Ich danke allen, die an der Verwirklichung dieser Gedenkmauer mitgewirkt haben, und hoffe, dass sie eine nachhaltige Anregung sein wird zur Auseinandersetzung mit den immer noch bestehenden Problemen von Vorurteilen, Diskriminierung und Gewalt sowie zu den Fragen nach Menschenwürde, Gleichberechtigung und gegenseitiger Achtung. Die jetzt fertiggestellte Neugestaltung des Jüdischen Friedhofs ist ein bedeutender Meilenstein auf dem nicht immer einfachen Weg der regionalen Erinnerungsarbeit. Möge dieser Meilenstein für die Zukunft wirken wie ein Stein, den man ins Wasser wirft und der dadurch Kreise erzeugt, kleine Kreise, größere Kreise und zuletzt Kreise, so weit das Auge reicht. Kreise gegen das Vergessen und für das friedliche Miteinander aller Menschen. Schalom!" ■

Verleihung des Ehrenpreises der Stadt Wolfhagen an Ernst Klein

Bürgermeister Reinhard Schaake: „Der Ehrenpreis der Stadt Wolfhagen wird an Personen verliehen, die durch ihr Engagement und besondere Leistungen einen wesentlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben der Stadt erbracht haben. Es ist mir heute eine besondere Freude, diese Auszeichnung einer Person zuteilwerden zu lassen, die sich seit Jahrzehnten für die Aufarbeitung der Wolfhager Vergangenheit eingesetzt und auch einen Namen gemacht hat. [...] Er hat es sich zur Lebensaufgabe gemacht, die menschlichen Schicksale der jüdischen Bürgerinnen und Bürger in der Region und unserer Stadt aufzuarbeiten. [...]

Lieber Ernst, ich freue mich sehr, dich im Namen der städtischen Gremien der Stadt Wolfhagen auszeichnen zu dürfen. Es gehört viel Mut dazu, ein so schwerwiegendes Thema anzupacken: Menschen, die die Gräueltaten während der NS-Herrschaft am liebsten nie wieder erwähnen möchten, zu kontaktieren und mit ihnen gemeinsam die Geschehnisse aufzuarbeiten. Mitte der 1990er Jahre gestalteten sich noch viele Gespräche mit Betroffenen als sehr schwierig oder waren gar nicht möglich. Später mit der Bildung der „Initiativgruppe 9. November" im Zusammenwirken der Kirchen, Schulen sowie des Heimat- und Geschichtsvereins ist es langsam gelungen, mit noch lebenden Zeitzeugen die Geschichte Wolfhagens aufzuarbeiten.

Eine der ersten Aktivitäten unter dem zeitaufwendigen ehrenamtlichen Einsatz Ernst Kleins war Anfang des Jahres 2000 die Installation von bis zum heutigen Tage allgegenwärtigen Hinweistafeln an Häusern ehemaliger jüdischer Bewohner und Eigentümer. Diese Erinnerungstafeln werden jährlich am Gedenktag des 9. November durch weitere Namen ergänzt.

Ernst Klein ging es aber nicht nur um die Aufarbeitung der abscheulichen Vergangenheit, ihm lagen und liegen die Schicksale der überlebenden Familienangehörigen am Herzen, die ihre schlimmen Erinnerungen aus der Kindheit bis heute in ihrer Seele tragen. So finde ich, dass die Bezeichnung „Brückenbauer", wie Ernst Klein gern genannt wird, sehr zutreffend ist. Er hat zwischen den auf dieser Erde noch lebenden jüdischen Einwohnern, die einst hier in unserer Region wohnten und den Holocaust überlebten, ihren Nachkommen und uns vermittelt und somit bis heute eine neue Verbundenheit geschaffen.

Das größte Ereignis, welches vielen von Ihnen mit Sicherheit noch gut im Gedächtnis ist, war der 13. Februar 2013. An diesem Tag wurde den beiden Bürgern der einst jüdischen Gemeinde Wolfhagen Ralph Mollerick und Lutz Kann aufgrund ihres Engagements für Versöhnung die Ehrenbürgerschaft der Stadt Wolfhagen verliehen. Dies wäre, lieber Ernst, nicht möglich gewesen ohne die bereits vor Jahren entstandene und intensiv gestaltete Heimatverbundenheit sowie die Wiederbegegnung mit noch lebenden Nachbarn und Freunden, auch von Ralph Möllerick und Lutz Kann. Ein maßgeblicher Verdienst deinerseits.

Stolz schaue ich auf die im Jahr 2018 erschienene deutsche Fassung der Biografie unseres noch lebenden Wolfhager Ehrenbürgers Ralph Mollerick, die nur durch ausdauerndes Engagement und außergewöhnliche Hingabe von Ernst Klein übersetzt werden konnte.

Die Mandatsträger unserer Stadt mit mir als Bürgermeister meinen, Ernst Klein gebührt für die geleistete anspruchsvolle Arbeit große Anerkennung. Mein Dank gilt ebenso den Mitwirkenden der Initiativgruppe. Durch enges Zusammenwirken aller Beteiligten ist hiermit ein wichtiger geschichtlicher Beitrag zur Aufarbeitung der Erlebnisse in der Zeit des Nationalsozialismus der Stadt Wolfhagen gelungen. [...]

Im Namen der städtischen Gremien danke ich dir, lieber Ernst, für deinen einzigartigen Einsatz zur Aufarbeitung der jüdischen Geschichte und Erinnerung an die Schicksale der ehemaligen Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens der Stadt Wolfhagen. Wir sind voller Hoffnung, dass sich diese schrecklichen Ereignisse niemals wiederholen werden." ■

BU zur Verleihung Ernst Klein

Foto: © Stadt Wolfhagen

RAG Münsterland

Gedenken an den Brandanschlag 1991 in Hünxe

Gemeinden feierten Gottesdienst für die Opfer rechter Gewalt als Zeichen gegen Fremdenhass. Sie spendeten an Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Fotos: Gerd Hermann (Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Funke-Mediengruppe)

Vor der Veranstaltung hatten sich Bürgerinnen und Bürger trotz Regens zum Gedenken an der seiner Zeit gebrandschatzten Unterkunft, die bis heute Geflüchtete beherbergt, und zu einem Schweigemarsch getroffen.

Mit einem Plädoyer für wachsames, stets aufs Neue würdiges „Buchstabieren des Miteinanders von Kulturen, Religionen und Nationen" ist in Hünxe am Niederrhein im Kreis Wesel an die Opfer des dortigen rechtsextremen Brandanschlags von 1991 erinnert worden. Stefan Querl, Vertreter des Sprechers aller Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., war als Hauptredner

Sprach als Augen- und Zeitzeuge vor Jugendlichen in Hünxe: Stefan Querl war Hauptredner im ökumenischen Gedenkgottesdienst für die Opfer des rechtsextremen Anschlags 1991 am Niederrhein.

Gast am Ort des Übergriffs. Der 47-Jährige war als Reporter Augenzeuge der Ereignisse vor 30 Jahren gewesen und sprach nun auf Einladung des Bürgermeisters Dirk Buschmann sowie der Kommunal- und Kirchengemeinden am Niederrhein.

In Hünxe hatten drei betrunkene rechtsextreme Männer in der Nacht zum 3. Oktober 1991, dem damals erstmalig freien Nationalfeiertag, eine Sammelunterkunft für Geflüchtete mit einem Molotow-Cocktail angezündet. Ein Kind erlitt schwerste Brandverletzungen und wurde für sein Leben entstellt. Weitere Geflüchtete wurden verletzt und obdachlos, so dass die evangelische Gemeinde für die Betroffenen Notunterkünfte einrichtete – auf Betreiben des Pastoren-Ehepaars Martin und Annette Duscha, des Gemeindedirektors Hermann Hansen und vieler Helferinnen und Helfer aus der Ökumene.

Obwohl viele Nachbarn sich nach dem Anschlag sicher waren, dass die Täter von auswärts ins Dorf gekommen sein mussten, ermittelte die Polizei schließlich drei junge Hünxer, die der aggressiven Skinhead-Szene zuzurechnen waren. Einer der Täter nahm sich nach dem Strafurteil vor dem Landgericht Duisburg das Leben. Die Flüchtlingsfamilie verließ den Ort.

Bei der ökumenischen Gedenkveranstaltung in der Dorfkirche stellten Jugendliche nun auch kritische Bezüge zur Gegenwart her – und Stefan Querl erinnerte als heutiger Sprecher der RAG Münsterland an seine ersten damaligen Begegnungen mit Opfern politisch motivierter Gewalt. Seit 20 Jahren ist er am Geschichtsort Villa ten Hompel in Münster tätig und beschrieb die damaligen Ereignisse als „aufrüttelnd und prägend" für seinen gesamten späteren Lebensweg. Für Projekte, die der Begegnung und Prävention dienen sollen, legten die Anwesenden in der Kollekte zusammen. Sie spendeten das Geld an Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Geplant ist, diese Mittel zu nutzen, um gemeinsam mit der Gesamtschule Hünxe Workshops und Foren auf den Weg zu bringen. ■

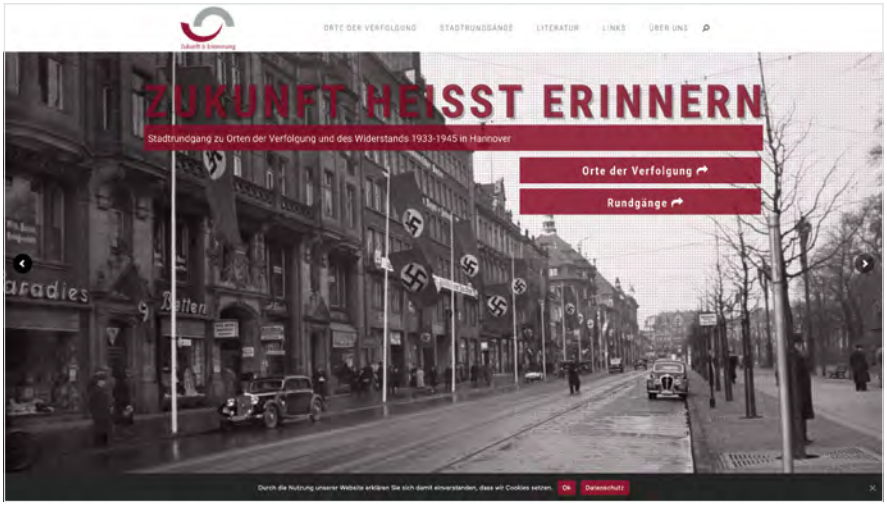
■ Ausführlich dokumentiert sind die damaligen Ereignisse in Hünxe unter dem Jahre 1991 auf *www.nrz-chronik.de*

RAG Hannover

Michael Pechel

Topografie der Verfolgung: Das digitale Projekt „Zukunft heißt Erinnern"

Die Internetseite *zukunft-heisst-erinnern.de* markiert seit 2014 etwa 50 Orte der Verfolgung auf interaktiven Karten der Innenstadt Hannovers: verlegte Stolpersteine für Opfer des NS-Regimes, Täterorte wie die ehemalige Gauleitung, Stätten der Propaganda-Erfolge wie den Ballhofplatz inmitten der Altstadt oder den 1934–36 entstandenen Maschsee. Sie werden mit Kurztexten erläutert sowie – wenn vorhanden – mit zeitgenössischen Fotografien belegt. Dahinter steht ein topografischer Ansatz: Das Abstraktum „Nationalsozialismus" wird lokal konkretisiert, verbunden mit uns bekannten Orten und einstigen Bewohnerinnen und Bewohnern dieser Stadt.



Screenshot: Liane Czeremin

Die Startseite der Homepage *zukunft-heisst-erinnern.de*.

„Denn was in Auschwitz und Bergen-Belsen endete, begann mitten in der deutschen Gesellschaft und vor aller Augen" –
so die einleitenden Worte der Seite.

Neu hinzugekommen sind vier Touren, die ausgesuchte Orte thematisch verbinden: Rundgänge erinnern an die Verfolgung von Juden und Sinti. Sie führen zu Versammlungsplätzen und Gebäuden der bedeutenden Arbeiterbewegung Hannovers und zeigen Verwaltungen und Museen als Profiteure von finanzieller Ausplünderung und Raubkunst. Sie können digital verfolgt, aber auch analog abgeschritten werden. Ausgangs- und Endpunkt ist jeweils das neu entstandene *ZeitZentrum Zivilcourage* der Landeshauptstadt Hannover gegenüber dem Neuen Rathaus. Das Zentrum diskutiert unter der Fragestellung „Mitmachen oder Widerstehen?" die Handlungsoptionen und -spielräume von Menschen in der deutschen Diktatur – und regt mit Mitteln erforschenden Lernens an, sich aktiv mit der Stadtgeschichte auseinanderzusetzen. Dafür wird biografisches Material zu 45 Menschen aus Hannover angeboten, die aus dem ganzen Spektrum zwischen den Polen Täter und Opfer stammten.

Viele dieser historischen Protagonisten treffen wir auf den Stadtrundgängen an ihren ehemaligen Wohn- oder Wirkungsorten wieder. Und auch hier geht es oft um Zwischen- und Grautöne: um die Mitmacher, Profiteure und Verwaltungsbeamten, ohne die das Regime nicht so effektiv funktioniert hätte, wie es der Fall war. Der Rundgang „Finanzraub – Kunstraub" bietet viele Beispiele dafür. Als die jüdischen Haushalte im Frühjahr 1939 alle Edelmetalle aus ihrem Besitz abliefern mussten, um die durch Hochrüstung klammen Reichsfinanzen zu stützen, war auch das kommunale Leihamt involviert. Etwa 150 Gegenstände ergänzten nach dieser Raubaktion das städtische Ratssilber.

Von Beginn an waren zudem Finanzbeamte an der Ausplünderung der Flüchtlinge aus Nazi-Deutschland beteiligt. In ihren Verwaltungsabläufen erreichte der „Präzisionsirrsinn" (H. G. Adler) seine Höhepunkte: Obwohl jüdische Konten längst eingefroren waren, jüdischer Besitz sich schon in Sammellagern befand, konnten die Finanzbehörden durch eine Verordnung vom November 1941 gesetzlich erst über „Judengut" verfügen, nachdem dessen Besitzerinnen und Besitzer die deutsche Grenze überschritten hatten – in Richtung der Ghettos und Vernichtungslager in Osteuropa. Wie zahlreiche schriftliche Anfragen bei der Gestapo nach dem Fahrplan der Deportationszüge belegen, hielten sich die Beamten peinlich genau an diese Vorgaben – ihr Handeln sollte schließlich dem Gesetz entsprechen.

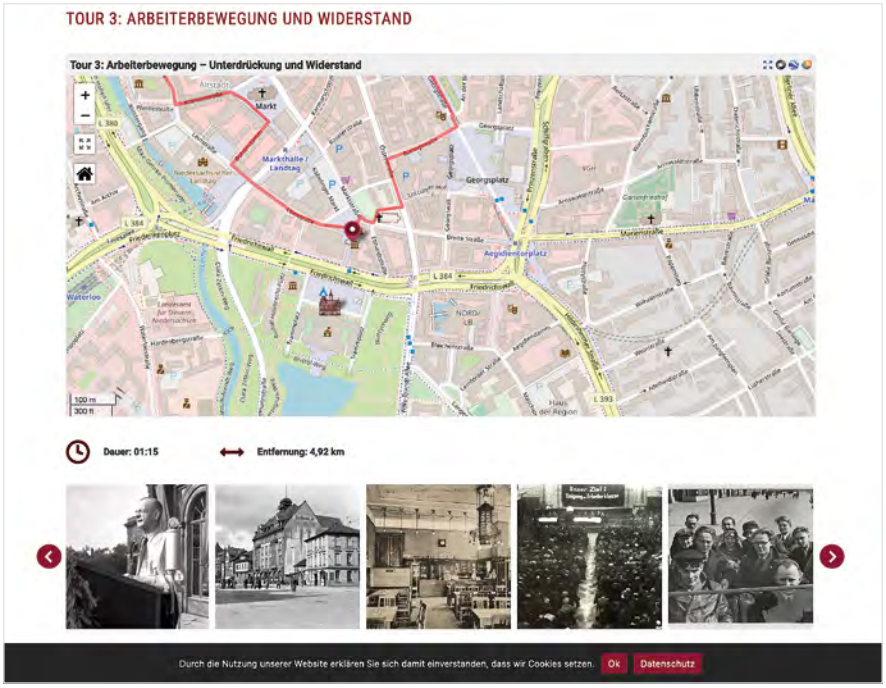
Die erschreckende Erkenntnis: Für die Mitwirkung an der Ausplünderung der Juden bedurfte es nicht einmal einer radikalen antisemitischen Einstellung (obwohl diese natürlich half). Das Wirken des Kunsthistorikers Dr. Ferdinand Stuttmann ist eines von vielen Beispielen dafür. In den 1920er Jahren als Mitglied der von Kurt Schwitters gegründeten Vereinigung „die abstrakten hannover" und der Kestner Gesellschaft augenscheinlich ein Freund der künstlerischen Moderne, stieg er im Nationalsozialismus an die Spitze hannoverscher

Museen auf. Seit 1933 war er Mitglied der NSDAP, begutachtete als Sachverständiger der NS-Reichskammer der bildenden Künste das Eigentum deportierter Jüdinnen und Juden und filterte museumswürdiges Kulturgut heraus. Dieser Raubzug bot ihm die Chance zur Aufwertung der Museumsbestände, die er anscheinend ohne jeden Skrupel nutzte. All dies behinderte seine Nachkriegskarriere nicht: Von 1952 bis zur Pensionierung 1962 stand er an der Spitze des Niedersächsischen Landesmuseums Hannover und brachte es in dieser Zeit unter anderem bis zum Vorsitzenden des Deutschen Museumsbundes.

Auf Seiten der Opfer finden wir rassisch Verfolgte, Frauen und Männer aus der Arbeiterbewegung, Homosexuelle und „Wehrkraftzersetzer", als „lebensunwert" oder „erbkrank" Diskriminierte. Die NS-„Volksgemeinschaft" definiert sich durch ihre Ausschlüsse.

Über manche Personen sind wenige oder keine Dokumente erhalten, andere sind im historischen Gedächtnis reich repräsentiert. Stolpersteine in der Kramerstraße erinnern an das Schicksal der jüdischen Familie Eigermann, die vor dem Ersten Weltkrieg vor Pogromen aus dem russischen Galizien geflohen war und wie viele „Ostjuden" in den schäbigen Fachwerkquartieren der hannoverschen Altstadt lebte. Nach Neugründung Polens wurden im Oktober 1938 etwa 17.000 polnische jüdische Staatsangehörige, zu denen die Familie Eigermann jetzt zählte, zu Opfern der Massenabschiebung von Deutschland nach Polen – Vorspiel zur Pogromnacht im November. Herschel Grünspans Geburtshaus steht in der benachbarten Burgstraße. Von den Angehörigen der Familie Eigermann ist nicht eine Fotografie überliefert.

Im Gegensatz dazu Familie Steinitz: säkular ausgerichtetes jüdisches Großbürgertum mit Wohnung in der mondänen Georgstraße, der Mann leitender Arzt an einer städtischen Klinik, die Ehefrau mit Kunststudium. Käte Steinitz gestaltete mit Kurt Schwitters Kinderbücher in moderner Typografie, beide organisierten die legendären „Zinnoberfeste" in Hannover. Die Beletage der Familie gegenüber der Oper war Kunstsalon und Treffpunkt der Avantgarde, das ins Exil gerettete Gästebuch nennt Namen wie El Lissitzky, Mary Wigman, Raoul Hausmann, László Moholy-Nagy, Nelly und Theo van Doesburg und viele andere. Nach Berufs- und Betätigungsverboten flüchtete die Familie bis 1936 in die Vereinigten Staaten.



Screenshot: Liane Czeremin

Eine der Touren auf *zukunft-heisst-erinnern.de*.

Auch auf dem Stadtrundgang zur hannoverschen Arbeiterbewegung treffen wir auf einfache Mitglieder sowie Prominente wie Otto Brenner, Kurt Schumacher oder den Arbeiterfotografen Walter Ballhause. Ein Stolperstein in der Kramerstraße der Altstadt liegt vor dem Wohnhaus des Schlossers Otto Kreikbaum. Wie seine spätere Frau war er von Jugend an in der KPD und deren Nebenorganisationen aktiv. Deshalb wurde er bereits kurz nach der Machtübertragung von den Nazis in „Schutzhaft" genommen und als politischer Häftling in das im April 1933 gegründete KZ Moringen bei Göttingen, danach in das „Moorlager" Esterwegen gebracht. Bei Kriegsbeginn noch wegen „Wehrunwürdigkeit" vom Kriegsdienst ausgeschlossen, sollte er sich nach der Kriegswende 1942 in einem „Bewährungsbataillon" rehabilitieren. Der deutsche Kommunist starb in sowjetischer Kriegsgefangenschaft.

Kurt Schumacher dagegen, früherer Leiter der Stuttgarter SPD und Reichstagsabgeordneter, erlebte das Kriegsende in Hannover. Er war nach zehn Jahren KZ-Haft im Jahre 1943 als Schwerkranker unter Polizeikontrolle an den Wohnort seiner Schwester nach Hannover entlassen worden. Unmittelbar nach der Befreiung trieb Schumacher die Wiederbegründung der SPD voran. Am 6. Mai 1945 wurde er bei einem Treffen von etwa 130 Sozialdemokraten im Sitzungssaal des Polizeipräsidiums zum Ortsvereinsvorsitzenden gewählt, ein Jahr später machte ihn der erste Nachkriegsparteitag in einem Saal der hannoverschen Hanomag zum Parteivorsitzenden. Bis zum Umzug in die Bonner „Baracke" 1951 blieb die hannoversche Odeonstraße Sitz der Parteileitung. 1952 starb der schwerkranke Politiker in Bonn, beigesetzt wurde er in Hannover in einem Ehrengrab.

Träger der Internetseite sind die Vereine Netzwerk Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover und Stadtjugendring Hannover. Alle Redaktionsarbeiten erfolgten ehrenamtlich, die Programmierung wurde durch Mittel der Landeshauptstadt Hannover, Stadtsparkasse Hannover, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der IG Metall Hannover finanziert. Ein bisher nicht finanzierbares Desiderat bleibt die Erweiterung durch Fremdsprachen. ■

Michael Pechel ist langjähriger freier Mitarbeiter der Gedenkstätten Bergen-Belsen und Hannover-Ahlem sowie Mitglied der RAG Hannover von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

LAG Baden-Württemberg

Harald Stingele und Christian Werner

„Kunst belebt Erinnerung“

Das Stuttgarter Projekt *Stolper*Kunst

Vielfältige, oft dramatische Biografien sind mit den Stolpersteinen verknüpft. Hier setzt *Stolper*Kunst an und legt Künstler*innen diese Themen ans Herz. *Stolper*Kunst verankert Themen der Erinnerung im Programm von Kunstinstitutionen und initiiert die Zusammenarbeit von Künstler*innen und Kunstinstitutionen untereinander und mit Akteur*innen der Erinnerungsarbeit. Durch ungewohnte Formate verändert es die Ansprache, durchbricht Rituale und erschließt besonders auch für Jugendliche die Bedeutung der Stolperstein-Themen für die Gegenwart. So fördert *Stolper*Kunst die Verjüngung und Erweiterung der Erinnerungskultur.

Fast 1.000 Stolpersteine liegen auf Stuttgarter Gehwegen. Und es ist nicht absehbar, wie viele noch hinzukommen. Um dem Stolperstein-Projekt neue Perspektiven zu erschließen, veranstalteten die Stuttgarter Stolperstein-Initiativen im Juli 2016 eine Open-Space-Konferenz. Hier loteten Gabriele Hintermaier und Boris Burgstaller vom Schauspiel Stuttgart sowie die Stolperstein-Akteure Harald Stingele und Rainer Redies in einem Workshop aus, ob und wie Kunst die Erinnerungsarbeit befruchten kann. „Kunst belebt Erinnerung“ war die gemeinsame Überzeugung. Unter diesem Leitgedanken wurden schnell interessierte Künstler*innen und Kunstinstitutionen gewonnen, der Name *Stolper*Kunst gefunden und ein Logo entwickelt. Die Projektwebsite www.stolperkunst.de wurde eingerichtet, um die Arbeit zu dokumentieren und dem Projekt öffentliche Aufmerksamkeit zu sichern.

Um Mittel beschaffen, Verträge abschließen und im öffentlichen Raum agieren zu können, begab sich *Stolper*Kunst unter das Dach der Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber e.V. Dieser Verein ist aus einem Aktionsbündnis hervorgegangen, das sich erfolgreich für den Erhalt der ehemaligen Gestapozentrale „Hotel Silber“ in Stuttgart eingesetzt und die Einrichtung eines Lern- und Gedenkortes erreicht hat. Ihm gehören in der Erinnerungsarbeit engagierte Personen und Organisationen an, darunter auch die in fast allen Stuttgarter Stadtteilen aktiven Stolperstein-Initiativen. Als Gesamtkunstwerk zeigen die Stolpersteine, wohin gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit führt. Jeder einzelne Stolperstein steht für eine durch Diffamierung, Ausgrenzung, Verfolgung und Mord beendete Biografie. Hier knüpft *Stolper*Kunst an und animiert Künstler*innen, mit ihren Mitteln Geschichten aus dem Kontext der NS-Vernichtungspolitik darzustellen und Gegenwartsbezüge herzustellen.

So unterschiedlich die Schicksale der Stuttgarter NS-Opfer sind, an die mit Stolpersteinen erinnert wird, so vielfältig ist das Spektrum der Mittel, die bisher gewählt wurden, um die Geschichten von Jüdinnen und Juden, von Sinti und politisch Widerständigen, von Kranken und Deserteuren, von Zwangsarbeiter*innen und Homosexuellen künstlerisch zu erzählen.

Mit Flucht, Deportation und Entwurzelung setzt sich eine vom Lokstoff!-Jugendensemble gestaltete Performance auseinander. Im Mittelpunkt: Skulpturen von Dora Varkonyi.

Foto: Adrian Schmidt

Foto: Adrian Schmidt

Schüler*innen der Berta-von-Suttner-Schule beim Straßentheater über das Schicksal von Eugen Spilger, der wenige Tage vor Kriegsende erschossen wurde.

In Theatern und Schulen, auf Straßen und Plätzen

Mit einer vom Theater Lokstoff! entwickelten Performance trat *Stolper*Kunst im September 2017 erstmals öffentlich in Erscheinung. Anlass war die Benennung einer Straße nach Else Josenhans, die wenige Tage vor Kriegsende im Hotel Silber bestialisch ermordet wurde. Seitdem wurden in Theatern und Schulen, auf Straßen und Plätzen, sogar in früher von Juden bewohnten Wohnungen rund 20 Projekte in Kooperation mit verschiedenen Institutionen realisiert. Mit „Bis zum letzten Tanz" erinnerten Studierende der Staatlichen Hochschule für Musik und Darstellende Kunst an das tragische Schicksal der jüdischen Tänzerin Suse Rosen. Die szenisch-musikalische Lesung „Zwerland", die die Verfolgung einer Bäuerin wegen ihrer angeblichen Beziehung zu einem polnischen Zwangsarbeiter zum Thema hatte, war Teil der Eröffnung des „Hotel Silber" im Dezember 2018. Den Jahrestag des Kriegsendes nahm eine Schulklasse zum Anlass, mit Straßentheater an Eugen Spilger zu erinnern. Er war kurz vor Kriegsende erschossen worden, weil er in im aussichtslosen Gemetzel des Krieges keinen Sinn mehr sah. Für den VfB Stuttgart gestaltete *Stolper*Kunst eine Stele vor dem Clubhaus, so wurden 1933 ausgeschlossene Juden und politisch Oppositionelle symbolisch wieder in den Verein aufgenommen.

Aus Corona-Zwängen entstehen neue Ideen

Ein Höhepunkt der *Stolper*Kunst-Aktivitäten ist der Film „Die doppelte Lücke". Der Titel spielt darauf an, dass im Stuttgarter Rathaus nirgends auf die Zerstörung der kommunalen Demokratie im Frühjahr 1933 unter Führung von Oberbürgermeister Karl Strölin verwiesen wird. Zwar zeigt eine Gemäldegalerie der Ehrenbürger im ersten Stock auch die ehemaligen Stuttgarter Stadtoberhäupter seit Ende des 19. Jahrhunderts, aber zwischen Karl Lautenschlager und Arnulf Klett klafft eine unsichtbare Lücke: Hatte Stuttgart zwischen 1933 und 1945 keinen Oberbürgermeister? Auch an die aus politischen oder antisemitischen Gründen entlassenen städtischen Mitarbeiter*innen sowie an den ermordeten Gemeinderat Heinrich Baumann wird an keiner Stelle erinnert.

Ursprünglich sollte mit einer Performance auf die doppelte Lücke im Stuttgarter Rathaus aufmerksam gemacht werden. Diesen Plan machte die Corona-Pandemie zunichte und zwang alle Beteiligten zum Umdenken. Es wurde der Dreh eines Films zum Thema beschlossen. Dieser konnte unter erschwerten Bedingungen und dank großem Engagement der beteiligten Künstler*innen in Zusammenarbeit mit dem Theater La Lune realisiert werden. Bei der Premiere im Stuttgarter Gemeinderat signalisierten die demokratischen Fraktionen Einverständnis mit der Forderung, die Lücken im Stuttgarter Rathaus zu schließen. Nun bleibt abzuwarten, ob und wie der Gemeinderat, der Oberbürgermeister und der Kulturbürgermeister den Impuls aufgreifen.

Das Filmprojekt konnte trotz Corona-Einschränkungen realisiert werden. Alle Schulprojekte mussten dagegen abgebrochen oder konnten gar nicht in Angriff genommen werden. Für andere Ideen wurde auf digitale Formate zurückgegriffen. Statt der coronabedingt abgesagten Premiere der szenischen Lesung „Völker der Erde – Literarische Entgegnungen zur Sprache der NS-Justiz" wurde ein Hörstück entwickelt, das online verfügbar ist und demnächst auch im SWR gesendet wird. Das Online-Projekt „Digitales Stolpern – der Liebe wegen" erinnert über einen Instagram-Kanal an queere Menschen, die ihrer Veranlagung wegen verfolgt wurden. Auch das Format „Stolperblick" verdankt »

Foto: Laura Kifferle

Szene aus „Schweigen ist Silber“. Das Stück kam zur Erinnerung an die Reichspogromnacht und anlässlich der Eröffnung des Lern- und Gedenkortes Hotel Silber im Theater Tri-Bühne zur Uraufführung.

» sich dem Zwang, neue Wege zu suchen. Die Idee: Künstler*innen begegnen einem Stuttgarter Stolperstein oder einem anderen Ort, der in Stuttgart an die Verfolgungen in der NS-Zeit erinnert, und nehmen ihn bewusst wahr: „Ich stehe vor einem Stolperstein, vor einem Denkmal, an einem Ort der NS-Verfolgung. Was sehe ich, was höre ich, was klingt bei mir an, was assoziiere ich? Was weiß ich über die Geschichte des Menschen, an den dieser Stein erinnert? Wie kann ich das mitteilen und einen Bezug zum Heute herstellen?“ Ausgehend von dieser Begegnung entwickeln die Künstler*innen eine Gestaltungsidee, die in einem Videoclip aufgezeichnet wird. In dieser Reihe sind bisher 14 Einzelfilme entstanden.

Weitere Szene aus dem Stück „Schweigen ist Silber“.

Foto: Laura Kifferle

Christian Werner hat Jura und Schauspielkunst studiert und arbeitet als freier Schauspieler und Regisseur sowie als Projektmanager für die Initiative Hotel Silber e.V. in Stuttgart. **Harald Stingele**, ist Diplompsychologe und Autor und Mitgründer und Koordinator der Stuttgarter Stolperstein-Initiativen, seit zwölf Jahren Sprecher der Initiative Lern-. und Gedenkort Hotel Silber e.V. und Mitentwickler der Dauerausstellung im Hotel Silber.

Noch nicht auf sicheren Füßen

Finanziell lebt *Stolper*Kunst bis jetzt von Spenden und Zuschüssen. Um solche beantragen zu können, muss in aller Regel ein Eigenanteil nachgewiesen werden. Ihn zu beschaffen gelang gleich zu Beginn mit einem erfolgreichen Crowdfunding. Daraufhin wurde das Projekt über zwei Jahre aus dem Innovationsfonds Kunst des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg gefördert. Auch Mittel aus der institutionellen Förderung des Hotel-Silber-Vereins durch das Kulturamt der Stadt Stuttgart kamen *Stolper*Kunst zugute. Zuschüsse müssen beantragt, die Arbeit geplant, koordiniert und bekannt gemacht werden. Dieses Projektmanagement wurde anfangs rein ehrenamtlich geleistet. Seit 2020 wird es über eine 20-Prozent-Stelle unterstützt. Damit steht *Stolper*Kunst aber noch längst nicht auf sicheren Füßen. Es bleibt zu hoffen, dass das innovative Potenzial des Projekts von den kulturpolitisch Verantwortlichen erkannt und *Stolper*Kunst durch eine kontinuierliche öffentliche Förderung auf eine sichere Grundlage gestellt wird. ■

Mit der Inszenierung „Komm schöner Tod“ des Theater La Lune erreichte *Stolper*Kunst überregionale Beachtung; das Stück wurde bundesweit zu Gastspielen sowie zur Gedenkstunde des Landtags am 27. Januar 2020 in Grafeneck eingeladen. Der „Familienabend“ des Theaters Lokstoff! bekam 2020 den Rahel-Straus-Preis von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Dieter Behringer

Sinti und Roma: Neue Broschüre über deportierte Kinder aus Ettlingen

Das Ettlinger Bündnis gegen Rassismus und Neonazis hat eine neue Publikation über die Schicksale zweier Kinder aus Ettlingen in Baden-Württemberg herausgebracht, die während des Zweiten Weltkrieges im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ermordet wurden. Übergeordnete Themen des Büchleins sind die jahrhundertelange Leidensgeschichte der Unterdrückung und Verfolgung der Sinti und Roma, der systematische Völkermord während des Zweiten Weltkrieges und die Deportation von Kindern. Überdies berichtete der inzwischen verstorbene Zeitzeuge Hugo Höllenreiner für die Publikation über seine persönlichen Erlebnisse mit dem berüchtigten Lagerarzt Josef Mengele. Auch verschiedene Aktionen des Widerstands werden dargestellt.

Cover der Broschüre

Einigen Raum nehmen die Vorstellung der Situation in Ettlingen und die Biografien der beiden Sinti-Kinder Georg und Karl Johannes Reinhardt ein. Sie entstammten verschiedenen Familien.

Zunächst kontrollierte das Bezirksamt Ettlingen nach den Maßgaben des NS-Regimes im Jahr 1934 bei einer „Bestandsaufnahme" 42 sogenannte „Zigeuner". Wandergewerbescheine wurden eingezogen, wenn sie keinen Wohnsitz angeben konnten, eine Wohnsitznahme wurde jedoch unterbunden, wenn keine Möglichkeit bestand, den Lebensunterhalt zu verdienen.

Lagerplätze der Gemeinde befanden sich zu dem Zeitpunkt bei den ehemaligen Gaskesseln in der heutigen Goethestraße und auch beim Fußballplatz am Wasen. 1932 war ein „Zigeuner-Aufenthaltsplatz" an der Bulacher Straße bei der Kläranlage angelegt worden. 1938 ordnete der Landrat gegenüber den Bürgermeistern an, dass Reisen und der Aufenthalt von Sinti und Roma gänzlich zu verbieten sei. „Baden muss in kürzester Zeit zigeunerfrei werden!", hieß es.

Ob die Familien Reinhardt, die im Mittelpunkt der Broschüre stehen, in Ettlingen gemeldet waren oder auf der Durchreise, also auf einem „Zigeunerlagerplatz" ihre Kinder bekommen haben, das war für das Schicksal dieser beiden Kinder ohne jede Bedeutung. Beide starben 1943 in Auschwitz-Birkenau. Georg Reinhardt war acht Jahre, Karl Johannes Reinhardt sieben Jahre alt. ■

Die Dokumentation ***Weil sie „Zigeuner" waren***, in der mediale Schlaglichter auch Beispiele heutigen Antiziganismus vermitteln, ist gegen eine Spende von 6 Euro plus Porto (1,55 Euro) über die E-Mail-Adresse *ettlinger-buendnis@gmx.de* erhältlich.

www.gegen-vergessen.de

MIGRATIONS GESCHICHTEN

Besuchen Sie den Blog von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.: migrations-geschichten.de

Ernst-Jürgen Walberg bespricht:

Ernst-Jürgen Walberg, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und bis Ende 2011 Kulturchef von NDR 1 Radio MV in Schwerin, schreibt regelmäßig über Neuerscheinungen zu einem aktuellen historischen Thema in unseren Ausgaben der Zeitschrift.

Perspektiven für unsere Zukunft?

Szenarien, Interventionen und andere bitter notwendige Zwischenrufe.

Es ist Nacht da irgendwo am Ende der Welt. Ein Güterzug bummelt gemächlich durch die verschneite Landschaft. Hinter hohen Schneewehen verbirgt sich die Stadt und duckt sich das flache, eingeschneite Gebäude dort hinten. Hier sind nur wenige Fenster erleuchtet, Einzelheiten sind kaum zu erkennen, doch Ljudmila Ulitzkaja weiß mehr: „In einer Isolierkammer sitzt Rudolf Iwanowitsch Mayer. Er trägt Schutzanzug und -maske. Sein Gesicht ist nicht zu sehen, seine Hände stecken in Handschuhen. Mit einer langen Nadel verteilt er eine Zellkultur auf Petrischalen. Die Flamme eines Spiritusbrenners zittert bei jeder seiner Bewegungen. Seine Bewegungen aber sind geschmeidig, magisch."

In der Pförtnerbude klingelt das Telefon. Moskau ist dran und lässt sich nicht abwimmeln. Die Pförtnerin geht durch den Flur zur verschlossenen Tür der Isolierkammer ganz hinten. „Mayer! Komm! Telefon! Moskau, für dich! Komm!", ruft die alte Tatarin und: „Mayer! Komm! Ein wütender Natschalnik ruft dich!" Rudolf Iwanowitsch Mayer ist genervt von der Störung, legt die Nadel weg und steht auf. Seine „Maske verrutscht ein wenig, die Kinnhalterung hat sich gelöst". Ohne seine Handschuhe und seinen Schutzanzug geht er zum Telefon und erklärt, er brauche noch mehr Zeit, acht Wochen etwa, na gut, wenn es sein müsse, dann schaffe er es auch in sechs Wochen. Schon jetzt berichten? Das gehe noch nicht. „Also, wenn Sie das so sehen. Aber ich halte den Bericht für verfrüht. Ich lehne die Verantwortung dafür ab. Ja, ja, auf Wiedersehen."

Also doch: Drei Tage Moskau, stundenlange Fahrt dorthin im überfüllten Zug, dann Hotel Moskwa, schnell zum Friseur dort, später der Vortrag vor dem Kollegium des Volkskommissariats für Gesundheit im Gebäude des Präsidiums der Medizinischen Akademie über den neuen Impfstoff gegen alle Arten von Pestviren. Auch wenn die Arbeiten dafür noch ein bisschen dauern werden zur Prüfung der Wirksamkeit, die Monate für die Tests, dann eine Versuchsreihe mit Studenten, auch die erhöhten Sicherheitsanforderungen noch… Mayer ist müde jetzt, er fühlt sich schlapp, es geht ihm nicht gut, es geht ihm gar nicht gut, mies, einfach nur entsetzlich schlecht. Später Schüttelfrost und hohes Fieber, der Bezirksarzt telefoniert. Mit dem Krankenwagen in das Jekaterina-Krankenhaus, in der Notaufnahme kümmert sich Doktor Sorin um den inzwischen halb Bewusstlosen mit seinem Husten und diesem rosa-weißen Schaum vor dem Mund.

Wenig später lässt der Notarzt die Tür zur Notaufnahme verriegeln: Quarantäne für Rudolf Iwanowitsch Mayer und für sich selbst, für Dr. Alexander Matwejewitsch Sorin. Stunden später wird hier auch der Hotelfriseur noch eingeliefert werden. Die tödliche Diagnose für alle: Lungenpest. Alle drei werden nicht überleben, einer verrutschten Maske und einer lockeren Kinnhalterung wegen.

Mächtiger Mann mit georgischem Akzent

Wen kann der infizierte Mayer noch angesteckt haben, in seiner Stadt, auf der Zugfahrt nach Moskau, in Moskau selbst, im Hotel, beim Friseur, im Volkskommissariat oder schon im Krankenhaus? Alle müssen gefunden werden, um einen Ausbruch der Seuche, um eine Epidemie zu verhindern. Die Aufregung ist gewaltig, man ist ratlos und ziemlich hilflos auch. Wer kann helfen, schnell, unbürokratisch, effizient? Stalin kann. „Der Mächtige Mann steht entschlossen auf. ‚Wir helfen. Bei den Listen und auch bei der Liquidierung.' Der Volkskommissar erstarrt. ‚Nein, nein, es geht nur um Quarantäne. Nicht um Liquidierung.' […] Der Mächtige Mann sieht den Volkskommissar von oben herab an und sagt ein wenig spöttisch: ‚Auch dabei werden wir helfen. Wir haben da unsere Möglichkeiten …'"

Ljudmila Ulitzkaja
Eine Seuche in der Stadt. Szenario.
Aus dem Russischen von Ganna-Maria Braungardt.
Carl Hanser Verlag, München 2021
Gebundene Ausgabe, 112 Seiten
ISBN 978-3-446-26966-8 • 16,00 €

Dann fahren sie los, nachts und in den frühen Morgenstunden, die NKWD-Leute mit ihren „Schwarzen Raben", den dunklen Häftlingstransportern. Dass sie Infizierte suchen und einsammeln, nicht politisch Missliebige; dass sie in Sachen Infektionsschutz unterwegs sind und nicht als gnadenlose Verhaftungskommandos, das ahnt niemand und weiß keiner. Manche fliehen aus purer Angst, manche schreiben verschreckte Abschiedsbriefe, da greift einer zur Pistole und nimmt sich das Leben, andere denunzieren noch schnell den Ehemann, den ungeliebten … bis sich leise, noch fast ungläubig herumspricht: „Dina, es war die Pest. Nur die Pest!" Das sagt der Bezirksarzt Kossel zu seiner Frau, er hat sich nicht infiziert.

Und die Bilanz sonst? Bitter und zynisch: drei Tote, viel Angst, noch mehr Erschrecken und ein paar Kollateralschäden. Doch zum Schluss: „Das Ganze wird übertönt von flotter, triumphaler Marschmusik."

1978 hat Ljudmila Ulitzkaja ihr Szenario „Eine Seuche in der Stadt" geschrieben. Sie hat es damals für die Teilnahme an einem Drehbuchgrundkurs eingereicht. Sie hatte keine Chance, ein Film ist nie daraus geworden. Und ihr Manuskript hatte die studierte Genetikerin bald vergessen. Längst gehört die seit Jahren scharfe Putin-Kritikerin zu den bedeutendsten, den besten Autorinnen in Russland: „Ich kann Politik überhaupt nicht leiden, aber die Situation zwingt mich dazu, politisch zu sein." Seit ihrer Erzählung „Sonetschka" (1992) erscheinen ihre Geschichten und Romane mit großem Erfolg auch in deutscher Übersetzung. 2020 ist die Autorin mit dem Siegfried-Lenz-Preis ausgezeichnet worden.

Ihr Manuskript „Eine Seuche in der Stadt" hat Ljudmila Ulitzkaja beim Aufräumen wiedergefunden, da war schon Corona-Zeit. So unglaublich es klingen mag: Ihre Filmerzählung hat einen wahren Kern, in ihrem Nachwort erinnert die Autorin an das längst vergessene Geschehen: 1939 drohte in Moskau tatsächlich eine Pestepidemie. Ein Labormitarbeiter hatte sich bei der Forschung und Herstellung eines Impfstoffes gegen die Pest infiziert und war (ohne das schon zu wissen) zu einer Konferenz nach Moskau gefahren. 1939, da war der stalinistischen Große Terror, da waren Verfolgungen, Verhaftungen, Folterungen, Schnellgerichtsverfahren noch an der Tagesordnung. Oder mit Ljudmila Ulitzkaja: „Das ist das Subtile an der geschilderten Situation: Die Pest zu Zeiten der politischen ‚Pest'." Und der Geheimdienst NKWD im einmaligen Dauereinsatz bei der Suche nach Kontaktpersonen und als Lebensretter. Und gar nicht so nebenbei wird jede Information säuberlich registriert und abgeheftet, die auf Feinde der Partei weist… wenn die Shurkina ihren Ehemann denunziert, zum Beispiel, er immerhin Mitglied des Kollegiums des Volkskommissariats für Gesundheit… Das wird später erledigt werden, dafür wird Zeit genug sein dann.

Makabrer geht es kaum, und ich wiederhole mich: zynischer auch nicht.

Kultur – Glücksfall und Grundrecht

Der Regisseur Wim Wenders hält das Wort „Kultur" nicht mehr aus, wenn es denn fällt, weil: „Das geschieht nämlich fast nur noch aus der Defensive heraus, und meistens eben in dem Zusammenhang, dass Kultur geschützt, gefördert oder irgendwie protegiert werden müsste. […] Wir sollten uns diese Sichtweise schleunigst wieder abgewöhnen. Kultur muss oder darf nie entschuldigt werden. Sie ist vor allem und als Allererstes ein menschliches Grundbedürfnis, und damit auch ein Grundrecht."

Gut klingt das, keine Frage, sehr gut eigentlich. So wie Kultur als „Lebensmittel" oder als „Überlebensmittel". Oder wie die Aktionskünstlerin Cesy Leonhard schreibt: „Kunst ist kein schmückendes Beiwerk, sondern ein Glücksfall." Oder wie der Maler Gerhard Richter schon 1982 im Rahmen der documenta 7 notiert hatte: „Die Kunst ist die höchste Form von Hoffnung." Hier ist dieser eine Satz wieder zu finden mit Quellenangabe und unter der fett gesetzten Überschrift „O.T." – viel mehr braucht es wirklich nicht, um Wertschätzung auszudrücken, um über die eigene Arbeit als „Kulturschaffender" und das eigene Leben Zwischenbilanz zu ziehen.

Das ist auch so ein Wort, das man nicht mehr lesen mag nach der Lektüre dieser „57 Interventionen für die Kultur" unter dem Titel „Kann das wirklich weg?". Übrigens: „Systemrelevant" ist nicht nur hier der nervigste Begriff von allen für alle, die die vielen Corona-Monate noch nicht ganz vergessen haben, in denen die ach so „systemrelevante Kultur" dank der politischen Praxis mittelfristig im geschmackvollen Dunstkreis von Freizeiteinrichtungen und -aktivitäten, also zwischen Saunen, Tattoo-Studios, Spielhallen und Bordellen einsortiert war.

Apropos systemrelevant: Da ist in diesem mitleidig schwarzumkleideten Buch die Schriftstellerin Eva Menasse so frei und empfiehlt wunderbar treuherzig, den Begriff „systemrelevant" durch das Wort „wichtig" oder alternativ, also noch deutlicher: durch „notwendig" zu ersetzen. Ihre Begründung: „Wer *notwendig* ist, der kann die Not wenden, abwenden, vielleicht, hoffentlich, im besten Fall." Wie soll das gehen, wenn die Theater geschlossen, die Konzertsäle verrammelt, die Kleinkunst- »

Marion Ackermann, Jörg Bong, Carsten Brosda, Gesine Schwan (Hg.)
Kann das wirklich weg?
57 Interventionen für die Kultur.
Ch. Links Verlag, Berlin 2021
Taschenbuch, 240 Seiten
ISBN 978-3-96289-136-7 • 20,00 €

» bühnen dauerhaft ohne Personal sind, von Besuchern gar nicht zu reden? Wie soll das gelingen, wenn Museen lichtlos, Kunsthallen ohne aktuelle Ausstellungen, Buchhandlungen ohne Lesende bleiben, an Vorlesende gar nicht zu denken, verschlossen bis auf den rettenden Online-Handel, den so tadellos umweltfreundlichen? Wie soll das funktionieren, wenn die großen Literatur-, Theater- und Kunstkritiker kleinlaut schweigen in Sachen Kultur und Ulrich Matthes, der Schauspieler und Präsident der Deutschen Filmakademie, zur Ausnahme wird: unnachgiebig, zornig, beredt und heftig engagiert? Es ist äußerst bedauerlich, dass kein Text von, kein Interview mit Ulrich Matthes in dieses Buch gefunden hat.

Doch Igor Levit ist hier – mit seiner Sehnsucht nach Konzerten in wirklichen Räumen und mit realen Menschen, ohne die Konzerte keine Ereignisse sind, leblos bleiben irgendwie. Genau das reicht nicht. „Alle Pläne, Listen, Demonstrationen, Ideen, Papiere, Zoom-Meetings, Talks etc., sie alle bringen mich nicht zurück in den Zustand, der es mir erlaubt, kreativ nachzudenken, solange das Elementarste meines Lebens fehlt: Musik und Menschen." Igor Levits allabendliche Hauskonzerte im Netz mit Tausenden von Zuhörenden, sie waren viel mehr als nur kümmerlicher Ersatz: musikalischer Trost, einfühlsame Hilfe, ersehnte Ablenkung und trotzdem leicht hilflose Versuche gegen das angeordnete Schweigen der Künste. Igor Levit formuliert es subjektiv, härter also: „Ich, der ich ein Digital Native par excellence bin, ich will das nicht mehr. Ich sehne mich nach dem Analogen. Ich würde auf allen Vieren krabbeln, nur um vor Menschen spielen zu können. Und es wäre mir egal, ob es zwei Menschen sein werden oder 2000. Hauptsache, Menschen."

Ich fürchte, wir werden in naher Zukunft noch sehr viele solcher „Interventionen für die Kultur" lesen oder hören müssen: traurige und zornige, ratlose oder aufmunternde, wütende und einsame und vor allem die, die uns helfen können. „Kunsterleben", so hat die Schauspielerin Sibel Kekilli ihre hübsche kleine Stichwort-Geschichte aus Namen, Titeln, Eindrücken, Erinnerungen genannt. Hier für Sie nur die letzten Zeilen, diese: „All das berührt. Beeinflusst, irritiert, erfreut, weitet den eigenen Horizont. / Ein ‚ohne' gibt es nicht. / Brotlose Kunst? / Bildende Kunst! / Kunst bildet. / Herzensbildung."

Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Geschichte

2017 ist der Historiker Magnus Brechtken mit seiner eindrücklichen Studie „Albert Speer. Eine deutsche Karriere" zum Bestsellerautor geworden, auch deshalb, weil er sich Speers Lebenslegenden und -lügen aus der Nachkriegszeit systematisch und akribisch vorgenommen hat. Speer hatte in seinen „Erinnerungen" (1969) und in seinen „Spandauer Tagebüchern" (1975) kräftig das Eigenbild vom „guten Nazi" aufpoliert, äußerst wohlwollend begleitet und unterstützt von dem Journalisten Joachim Fest und seinem Verleger Wolf Jobst Siedler. Die Auseinandersetzungen damals sind unvergessen.

Magnus Brechtken ist stellvertretender Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte und Professor an der Universität München. Seine jüngste Veröffentlichung „Der Wert der Geschichte. Zehn Lektionen für die Gegenwart" beantwortet weit ausholend nur diese eine Grundsatzfrage: „Können wir aus der Geschichte lernen?" Von Anfang an ist Brechtkens Antwort eindeutig ein uneingeschränktes Ja! Schwieriger wird es (und diffuser auch), wenn es darum geht: Wie ist das Gelernte anzuwenden und auf unsere Gegenwart zu beziehen? Wie sind „unser Erfahrungswissen und das Bewusstsein für die Ressourcen der Geschichte" einzusetzen als Orientierungshilfen für die Zukunft? Und wie sind unsere Erkenntnisse aus der Geschichte und unsere (Lebens-) Erfahrungen zu bewahren und aktuell gegen Populisten zu verteidigen, gegen „Crash-Propheten" oder „Untergangsbeschwörer"? Die „Zehn Lektionen für die Gegenwart" stehen ganz am Ende des Buches, kurzgefasst und präzise in Bezug auf die sechs umfassenden Kapitel vorweg; und etwas zu allgemein, oberflächlich fast und sehr verkürzt formuliert für Leserinnen und Leser, die die sechs umfassenden Analysen davor nur flüchtig überflogen haben.

Am Anfang geht es um Religion, ihre Rolle im Dreißigjährigen Krieg, um Glaubensfreiheit dann und das Entstehen des säkularen, freiheitlichen Staates eine halbe Ewigkeit später. Artikel 20 des Grundgesetzes, „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" – einer der wenigen Grundsätze mit Ewigkeitsklausel –, er darf niemals geändert werden. Es folgen Kapitel über Politik und Partizipation, über Nationalismus, Krieg und Frieden, Wirtschaft und Gesellschaft. Es sind konzise Entwicklungsgeschichten des jeweiligen Geschichtsabschnitts von den Anfängen bis heute, schnelle, auch lückenhafte Überblicke, Werte und Wertungen inklusive. Oder anders: Wie haben sich unsere freiheitliche Ordnung und unsere offene Gesellschaft durchgesetzt? Wie haben sich unsere Rechte und Pflichten entwickelt und verändert? Wie standfest ist die liberale Demokratie, wie konkurrenzfähig die Marktwirtschaft, wie unangreifbar und überlebensfähig der Rechtsstaat? Wo sind ihre Wurzeln, wie sind sie zu dem geworden, was sie heute sind und bedeuten? Und wie überlebensfähig ist all das, was wir längst für selbst-

Magnus Brechtken
Der Wert der Geschichte.
Zehn Lektionen für die Gegenwart.
Siedler Verlag, München 2020
Gebundene Ausgabe, 304 Seiten
ISBN 978-3-8275-0130-1 • 20,00 €

verständlich halten? Wie steht es um die Menschenrechte, um unsere und um die aller anderen? Um den Frieden? Um die Freiheit? Aus Brechtkens zehnter Lektion: „Jeder von uns ist gefragt: […] Wenn wir vergessen, was die Grundlagen unserer Freiheit sind und wie sie erkämpft wurden, laufen wir Gefahr, sie zu verlieren. Setzen wir uns dafür ein, sie zu erhalten!"

Von der Diskriminierung zur Gleichberechtigung

Vollständigkeit scheint nicht angestrebt, manche nach wie vor aktuellen Themen fehlen ganz oder verkommen zu Randnotizen, die Geschichte der DDR zum Beispiel oder die Folgen der Wiedervereinigung, selbst die zögerlichen, halbherzigen Versuche der Politik gegen den Klimawandel bleiben außen vor. Das ist schon deshalb schade, weil Magnus Brechtken durchaus auch Überraschendes präsentiert und längst Vergessenes – in diesem Kapitel zum Beispiel: „Das Bild der Frau: Geschlechterverhältnisse."

Patriarchalisch waren die Verhältnisse bis zur Französischen Revolution, als in Frankreich die ersten Frauen öffentlich auftraten und etwa „Über die Ungerechtigkeit der Gesetze zum Vorteil der Männer auf Kosten der Frauen" redeten. Das waren nur Episoden, bis Napoleon Bonaparte darauf bestand, ein Mann habe „absolute Macht" über seine Frau zu haben.

In den späten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ergänzte nicht nur das Großherzogtum Baden sein „Gesetzes- und Verordnungsblatt" durch die Regel: „Nur unverheiratete Frauen können als Lehrerinnen […] angestellt werden." Preußen ordnete 1892 an, verbeamtete Lehrerinnen seien bei Heirat zu entlassen, gestrichen würden ihre bis dahin erworbenen Pensionsansprüche. Erst die Weimarer Reichsverfassung legte in Artikel 128 fest: „Alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt." Das Zölibat für Lehrerinnen entfiel. Und Artikel 109 bestimmte: „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten." Ende gut, alles gut? Die Gleichberechtigung der Frauen ein Grundrecht? Und dann bei massiv steigenden Arbeitslosenzahlen Ehepaare als Doppelverdiener?! Ganz schnell ist 1923 das Beamtinnenzölibat wieder da.

Und knapp zehn Jahre später gibt es ein neues „Gesetz über die Rechtsstellung der weiblichen Beamten", das festlegt: „Verheiratete weibliche Reichsbeamte sind jederzeit auf ihren Antrag aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen. Die vorgesetzte Dienstbehörde kann die Entlassung auch ohne diesen Antrag verfügen, wenn die wirtschaftliche Versorgung des weiblichen Beamten nach der Höhe des Familieneinkommens dauernd gesichert erscheint."

Wir springen noch einmal in der Zeit. Im Mai 1949 wird das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verabschiedet, nur vier Frauen gehören dem Parlamentarischen Rat an und immerhin 61 Männer. Gegen heftige Widerstände kann Elisabeth Selbert durchsetzen: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt" wird im Grundgesetz stehen. Na also, Ende gut, alles gut? Die Gleichberechtigung der Frauen ein Grundrecht? Es sieht so aus, denn beschlossen wird mit Artikel 117 Grundgesetz auch, dass am 1. März 1953 alle Paragrafen außer Kraft treten werden, die dem Gleichberechtigungsartikel widersprechen. Die Frist verstreicht ungenutzt.

Bis 1958 gelten in der Bundesrepublik Deutschland viele Uraltparagrafen fort. Unter anderem § 1354 BGB: „[…] Dem Manne steht die Entscheidung in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten zu, er bestimmt insbesondere Wohnung und Wohnort. […]" Auch § 1358 BGB gehört dazu: „[…] Hat sich die Frau einem Dritten gegenüber zu einer von ihr in Person zu bewirkenden Leistung verpflichtet, so kann der Mann das Rechtsverhältniß ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, wenn er auf seinen Antrag von dem Vormundschaftsgerichte dazu ermächtigt worden ist. […] Das Vormundschaftsgericht hat die Ermächtigung zu ertheilen, wenn sich ergiebt, daß die Thätigkeit der Frau die ehelichen Interessen beeinträchtigt." Selbst § 1361 BGB behält seine Gültigkeit bis 1958, man mag es nicht glauben: „(1) Das Vermögen der Frau wird durch die Eheschließung der Verwaltung und Nutznießung des Mannes unterworfen (eingebrachtes Gut). (2) Zum eingebrachten Gute gehört auch das Vermögen, das die Frau während der Ehe erwirbt."

Erst 1962 ist es die SPD, die im Bundestag eine „Enquetekommission zur Situation der Frauen" beantragt. Das geschieht nach einem langen Debattentag mehr so am Rande, fast nebenbei. Vier Jahre später ist der „Bericht über die Situation der Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft" öffentlich. 1973 beantragt die CDU/CSU wegen des deutlich veränderten Frauenbildes in der Gesellschaft – unter anderem hatte in der Zwischenzeit 1971 die „Stern"-Titelgeschichte „Wir haben abgetrieben!" für erbitterte Diskussionen gesorgt – eine neue Enquetekommission „Frau und Gesellschaft"; sie sollte „Empfehlungen für die rechtliche und soziale Gleichberechtigung der Frau in der Gesellschaft" erarbeiten. Erst 1977 lag ein Zwischenbericht mit „Werkstattcharakter" vor (ganze 95 Seiten schmal), 1980 gab es noch einen Folgebericht (beeindruckende 38 Seiten stark). Und das war es dann fast.

Jetzt endlich Ende gut, alles gut? Volle Gleichberechtigung der Frauen als Grundrecht? Magnus Brechtken umschreibt seine Antwort so: „Grundsätzlich geht es auch bei Fragen der Gleichberechtigung immer um politische, gesellschaftliche und ökonomische Machtfragen, die im demokratischen Rechtsstaat über Parlamente, Gesetze und Institutionen, aber auch über wirtschaftliches Gewicht und Vermögen entschieden werden. Deshalb ist die Frage der Partizipation der Frauen in den Gesetzgebungsgremien, in öffentlichen Institutionen, aber auch in Unternehmensvorständen und Aufsichtsräten von zentraler Bedeutung für faire Teilhabe." Dieser kurze Absatz könnte (s)eine elfte Lektion für die Gegenwart sein. Und für die Zukunft auch? ■

Die „nassen Sachen“ der Stasi

Ulli Engst

Die Stasi, die Geheimpolizei der DDR, steht nicht erst seit Neuestem für menschenverachtende Überwachungs- und Verhörmethoden. Doch als ob dies nicht genug gewesen wäre, gingen die Mitarbeitenden des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) noch viel weiter, wie Freya Klier in ihrem jüngst erschienen Buch „Unter mysteriösen Umständen“ zeigt. Darin beschäftigt sich die Autorin mit den bisher kaum bekannten, geschweige denn aufgeklärten Morden und Mordversuchen der Stasi, intern als „nasse Sachen“ bezeichnet. Dieses Thema bewegt Freya Klier schon seit über drei Jahrzehnten, denn im November 1987 überlebte die ehemalige Bürgerrechtlerin selbst nur knapp einen vermutlichen Mordanschlag.

Die 1950 in Dresden geborene Autorin und Regisseurin veröffentlichte bereits zahlreiche Bücher und Filme zum Thema DDR. Für ihr Engagement bei der Vergangenheitsaufarbeitung und ihren Einsatz für Demokratie und Freiheit wurde sie vielfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Bundesverdienstkreuz (2005). In ihrem aktuellen Buch trägt sie nun die Namen und Geschichten von etwa 70 Menschen zusammen, die vermutlich von der Stasi ermordet wurden.

Freya Klier strukturiert ihr Buch nach einer klaren Linie, so ist ein Kapitel jeweils einem Jahrzehnt gewidmet, gefolgt von einem Überblick zur Zeit nach dem Ende der DDR. Die Opposition zum SED-Regime in den verschiedenen Dekaden erscheint dabei häufig geprägt von einer oder ein paar bestimmten gesellschaftlichen Gruppen, die in den Kapiteln eine entsprechend große Rolle einnehmen, zum Beispiel Jugendliche in den 1950ern oder ab den 1980er Jahren die Punk-Szene.

Angesichts der großen Zahl an zusammengetragenen, durchgängig ergreifenden Schicksalen fällt es bisweilen schwer, Zusammenhänge zwischen den einzelnen Geschichten herzustellen. Die Autorin zieht zwar Verbindungslinien zu bekannten historischen Ereignissen, was die Schicksale in einen größeren Kontext einordnet. Um Linien zwischen den einzelnen Fällen ziehen zu können, würde man sich an einigen Stellen jedoch noch mehr Einordnung wünschen.

Dennoch sind die ergreifenden Geschichten der Zeitzeug*innen die große Stärke von Freya Kliers Buch. Den Erinnerungen räumt sie viel Platz ein, wobei die Ereignisse häufig detailliert beschrieben sind und so den Leser*innen das verbrecherische Ausmaß der Stasi-Methoden erschreckend realitätsnah vor Augen führen.

Die Autorin webt gelegentlich eigene Erinnerungen ein und beschreibt ihre Lebensumstände zu bestimmten Zeiten, zum Beispiel ihren Aufenthalt im Kinderheim oder den Tod ihres Bruders. So schildert sie auch sehr eindrücklich den auf sie verübten Anschlag während einer Autofahrt und die anschließenden psychischen Belastungen, unter denen sie bis heute leidet.

Freya Klier macht in ihrem Buch deutlich, dass die Stasi nicht allein und an anderen DDR-Institutionen vorbei handelte. Vielmehr arbeitete sie eng mit Polizei und Justiz zusammen und wurde von diesen in ihrem verbrecherischen Treiben unterstützt. Das MfS war ein essenzieller Bestandteil des Staatsaufbaus der DDR, entsprechend müssen die Morde und Mordversuche der Stasi-Mitarbeitenden als zentraler Teil der DDR-Geschichte verstanden werden.

Doch auch nach der deutschen Wiedervereinigung endeten die tödlichen Methoden der Stasi nicht. Beispielsweise unter dem Pseudonym „Die Rote Faust“ scheuten ehemalige MfS-Mitarbeitende nicht davor zurück, Gewalt gegen Menschen anzuwenden, die an einer ehrlichen Aufarbeitung der Vergangenheit interessiert waren. So starben seit den 1990er Jahren überdurchschnittlich viele ehemalige Bürgerrechtler*innen verdächtig jung, beispielsweise an Krebs. Das Morden der Stasi war laut Freya Klier keineswegs plötzlich vorbei, nur weil der Staat, in dessen Namen sie ihre Verbrechen verübte, nicht mehr existierte.

Am Ende ihres Buches spannt die Autorin den Bogen zu unserer Gegenwart und verschiedenen aktuellen autokratischen Regimen, von Russland über China bis in die Türkei, die bis heute mit den altbekannten Stasi-Methoden gegen Kritiker*innen und Oppositionelle vorgehen. Menschen wie Alexander Litwinenko, Sergei Wiktorowitsch Skripal oder Liu Xiaobo wurden Opfer von Angriffen auf ihre körperliche Unversehrtheit, die ihr Leben beenden sollten. Damit lassen sie sich in die Reihe derjenigen einordnen, denen Freya Klier ihr Buch „Unter mysteriösen Umständen“ gewidmet hat. ■

Ulli Engst ist Projektkoordinator im Bereich Demokratiegeschichte bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Zusätzlich promoviert er an der Freien Universität Berlin zu historischen Narrativen in digitalen Spielen.

Freya Klier
Unter mysteriösen Umständen.
Die politischen Morde der Staatssicherheit.
Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 2021
Gebundene Ausgabe, 304 Seiten
ISBN 978-3-451-03306-3 • 26,00 €

Vorstand und Beirat

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle, Vorsitzender, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes a. D.

Christine Lieberknecht, Stellvertretende Vorsitzende, Ministerpräsidentin des Landes Thüringen a. D.

Linda Teuteberg, Stellvertretende Vorsitzende, MdB

Andreas Dickerboom / Stefan Querl, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Iris Gleicke, Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer a. D.

Kerstin Griese, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin für Arbeit und Soziales

Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer, Zeithistoriker bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

VORSTAND

Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e. V.

Erik Bettermann, ehemaliger Intendant der Deutschen Welle

Prof. Dr. Friedhelm Boll, ehemaliger Historiker am Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Tilo Braune, Staatssekretär a. D., Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e. V.

Burkard Dregger, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz a. D.

Reinhard Grindel, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes a. D.

Dr. Norbert Haase, Historiker, ehemaliger Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Christoph Heubner, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK)

Christian Hirte, MdB

Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln

Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig

Birgit Kipfer, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg, Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim"

Dr. Susanne Kitschun, Leiterin des Gedenk- und Ausstellungsortes Friedhof der Märzgefallenen, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Ernst Klein, Mitglied der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen

Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg-Vorpommern a.D.

Dr. Anja Kruke, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Uta Leichsenring, ehemalige Leiterin der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Winfried Nachtwei, Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, MdB a. D.

Paul Nemitz, Hauptberater in der EU-Kommission, Generaldirektion Justiz und Verbraucherschutz

Dr. Maria Nooke, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Prof. Dr. Friedbert Pflüger, Direktor des European Centre for Energy and Ressource Security

Dr. Melanie Piepenschneider, Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Ernst Piper, Historiker, Verleger

Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur, Verleger

Dieter Schulte, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Lala Süsskind, ehemalige Vorsitzende des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Lothar Tautz, Religionspädagoge

Dr. h.c. Josef Thesing, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

Arnold Vaatz, MdB, Staatsminister a. D.

Ernst-Jürgen Walberg, ehemaliger Kulturchef von NDR 1 Radio Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Gert Weisskirchen, MdB a. D.

EHRENVORSITZENDER

Dr. h.c. Joachim Gauck, Bundespräsident a. D.

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende, Bundesministerin a. D., Präsidentin des Deutschen Bundestags a. D.

Rainer Braam, Unternehmer

Prof. Dr. Hubert Burda, Verleger

Dr. Thomas Goppel, Staatsminister a. D.

Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer, Theologe und Bürgerrechtler

Walther Seinsch, Unternehmer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des FC Augsburg

Barbara Stamm, Präsidentin des Landtages von Bayern a. D.

Dr. Monika Wulf-Mathies, Gewerkschafterin, EU-Kommissarin a. D.

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, 2015–2020, Historiker

Wolfgang Tiefensee, 2012–2014, Bundesminister a. D.

Dr. h.c. Joachim Gauck, 2003–2012, Bundespräsident a. D.

Dr. h.c. Hans Koschnick (†), 2000–2003, Bürgermeister von Bremen a. D.

Dr. Hans-Jochen Vogel (†), 1993–2000, Bundesminister a. D.

Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Jugendwettbewerb

REMEMBER 33
RESISTANCE 45

Macht euch ein Bild vom Widerstand!

Wir freuen uns auf kreative Beiträge zur Erinnerungskultur!

- Public Art zu Menschen aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus
- Wettbewerb vom 1. September 2021 bis 28. Februar 2022
- Für alle zwischen 14 und 25 Jahren, in Gruppen ab 3 Personen
- Weitere Informationen unter www.remember-resistance-33-45.de

Unterstützen Sie die Gruppen als Projektbegleitung!

Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin

In Kooperation mit
Gegen Vergessen Für Demokratie e.V

Gefördert von
Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
BERLIN Senatsverwaltung für Kultur und Europa

Fotos: Privatbesitz; Archiv Susanne und Dieter Kahl
Gestaltung: Brandt Angels Gestaltung